

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigensatz für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 8 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Intentions-Gebühr

Beträgt für die schlagfertige Kolonelle oder deren Mann 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pfg. (täglich 2 fertige Blätter), jedes weitere Blatt 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Blatt 10 Pfg., jedes weitere Blatt 5 Pfg. Worte über 10 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Intention für die nächste Nummer wählen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. August 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 10. September, abends 7 Uhr,

nach dem „Volkshaus“ in Jena, Karl Zeisplatz, ein.

An die 7 Uhr abends erfolgende Eröffnung schließen sich die Konstituierung des Parteitag, die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission an. Die Verhandlungen der folgenden Tage finden in dem gleichen Lokale statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: H. Müller, F. Ebert.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Raden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Sed.
4. Die Reichsversicherungsordnung. Berichterstatter: Hermann Rolfenbühr.
5. Die Reichstagswahlen. Berichterstatter: A. Weber.
6. Die Waiseier. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Betreibt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge müssen spätestens am 14. August im Besitz des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

H. Leber, Jena, Magdelsstieg 5.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

versandt.

Vor dem Parteitage findet am 8. und 9. September im „Gewerkschaftshaus“ zu Jena, Johannisplatz 14, eine

Sozialdemokratische Frauenkonferenz

best. — Die vorläufige Tagesordnung dieser Konferenz lautet:

1. Geschäftsbericht des Frauenbureaus.
 - a) Agitation, b) Frauentag, c) Die Kinderschulkommissionen. Berichterstatterin: L. Biehl.
 - d) Die Lesesabende, e) Die Besatzverdelkommissionen. Berichterstatterin: G. Waader.
2. Die Frauen und die Reichstagswahlen. Berichterstatterin: A. Petzin.
3. Die Frauen und die Gemeindepolitik. Berichterstatterin: A. Weigl.

Zur Teilnahme sind die Parteitagdelegierten berechtigt, die ein Mandat zur Frauenkonferenz haben. Der Frauenkonferenz geht am Donnerstagsabend 8 Uhr eine geschlossene Sitzung im gleichen Saale voraus.

Mit sozialistischen Grüßen

Der Parteivorstand.

Fromme Geschichtsfälscher.

Man schreibt uns:

Auf dem Mainzer Katholikentage treibt die Gesellschaft geistlicher Demagogen, die dort in seltener Auslese verammelt ist, eben ein so unbesonnenes Spiel mit dem „sozialen Wert“ Kettlers und der angeblich seit Anbeginn vom Zentrum in Erbpacht genommenen Arbeiterschulpolitik, daß es geradezu eine Notwendigkeit ist, an ein paar geschichtliche Tatsachen zu erinnern, die die Ungehörigkeit jener Zentrumsliegenden in das hellste Licht stellen. Aus den Zolldebatten, Steuerberatungen und Arbeiterschuldiskussionen des letzten Jahrzehnts im deutschen Reichstage weiß jeder Arbeiter, der politischen Interesse hat, welche antisozialen Schandtatzen vom Zentrum berichtet wurden. Nicht so bekannt sind die Anfänge der deutschen Sozialpolitik und die noch viel schändlichere Rolle, die der politische Katholizismus dabei spielte. Sie

mögen also gerade im Anschluß an die Mainzer Zentrumsparade aufgefrischt werden.

Das Sturmjahr 1848 hatte die erste organisierte deutsche Arbeiterbewegung gesehen und diese Bewegung hatte in Preußen die ersten gesetzgeberischen Angstprodukte gezeitigt. Durch Gesetz vom 16. Mai 1853 ging man an die erste Einschränkung der Kinderarbeit in Fabriken und des beispiellosen Raubbaus, der vom deutschen Kapitalismus der industriellen Frühzeit seit 1830 an der Gesundheit und dem Leben zahlloser kindlicher und jugendlicher Arbeiter getrieben worden war. Das Gesetz verbot vom 1. Mai 1854 ab die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren und beschränkte die Arbeitszeit der Kleinen von 13 und 14 Jahren auf sechs Stunden täglich, wenn sie wenigstens drei Stunden täglichen Schulunterricht genossen. Von diesen schwächlichen Bestimmungen konnte der Minister auch noch Ausnahmen für einzelne Fabriken gewähren. In der frommen rheinischen Stadt Aachen, damals noch mehr als heute reine Zentrumsdomäne, sollte ein Fabrikinspektor, dem zugleich die Kontrolle des Schulunterrichts übertragen wurde, über die Ausführung des neuen Schutzgesetzes wachen. Zwei preussische Forscher aus der Schmoller'schule, die hoch erhaben über jeden Verdacht tendenziöser Darstellung sind, haben nach den preussischen Regierungsakten geschildert, wie leicht die frommen Aachener Fabrikanten und die liebe katholische Geistlichkeit dem Schulbeamten seine Arbeit machten. (L. Hun, Die Industrie am Niederrhein und Aachen, Geschichte der preussischen Fabrikgesetzgebung.)

Die kirchentreuen und die von christlicher Liebe triefenden Aachener Tuchkapitalisten scheuten kein Mittel, Betrug, Gewalt und Beleidigung, die sie gegen den armen Fabrikinspektor verübten, um die schändlichste Ausbeutung kindlicher Arbeitskräfte nach wie vor durchzusetzen, und die Kapläne unterstützten sie dabei in der kräftigsten Weise. Während man heute seitens des Zentrums bis zum Ueberdruß in der bekannnten Betteluppenpolitik öffentlicher und privater Wohlfahrtsanstalten macht, klagt die Aachener Regierung im Jahre 1858 über den Widerstand, den die größere Zahl der Unternehmer der allgemeinen Veteiligung der Arbeiter an einer öffentlichen Speiseanstalt entgegensetzte; in den Akten wird die Vermutung ausgesprochen, daß die Aachener Unternehmer der Besserstellung der Arbeiter lediglich aus dem Grunde entgegenträten, „um ihn in fortwährender Abhängigkeit von sich zu erhalten“. Das Aachener Proletariat durfte keine billige Suppe essen, wenn es keine Zentrumsuppe war! Der neue Kinderschulgesetz aber blieb im frommen Aachen trotz aller Mühen des eifrigen Fabrikinspektors jahrzehntelang auf dem Papiere stehen, und am lebhaftesten trat der kapitalistische Widerstand der erzkatholischen Kreise hervor bei den Bemühungen des Beamten, für die Fabrikinder unter 14 Jahren das gesetzliche Mindestmaß eines täglich dreistündigen Unterrichts zur Ausführung zu bringen. Eine Kabinetsorder vom 14. Mai 1825 hatte die Schulentlassung der Kinder vom Gutachten der Geistlichen abhängig gemacht. Statt diese Befugnis so zu benutzen, daß die ausgelegenen Aachener Fabrikinder die Schonzeit des Unterrichts solange als möglich genossen, erklärte die katholische Geistlichkeit von Aachen dem kindermordenden Kapitalismus ihrer Glaubensgenossen vom Unternehmertum zuliebe die Jugendlichen vielfach schon mit dem dreizehnten, ja sogar mit dem zwölften Jahre als schulentlassend. Diese wackeren Seelenhirten konnten die armen Kindesleiber dem Moloch Fabrik-Ausbeutung gar nicht rasch genug ausliefern. Sie handelten damit zugleich im Interesse kurzschichtiger Arbeiterkinder, die bei den elenden Löhnen für Erwachsene nach einem Nebenverdienst ihrer Kinder geradezu angeln mußten und nun doppelt innig in der heiligen Messe beteten, da ihnen der Kaplan jene Möglichkeit so früh, als es nur anging, eröffnet hatte. Was aus den Jugendlichen wurde, die so zeitig der Fabrikarbeit ausgeliefert wurden, kümmerte weder die beschränkten Eltern noch die Kleriker. Nach 1865, also zwölf Jahre nach Erlass des Schutzgesetzes, strapazierte sich der verlassene Aachener Fabrikinspektor ab, um der massenhaften Uebertretung der Vorschriften planmäßig entgegenzuwirken. Anton berichtet wörtlich darüber:

„Er ließ es sich nicht verdrießen, mit dem Bürgermeister, den Stadtvorordneten und dem Vorsitzenden der Handelskammer mündlich und schriftlich Rücksprache zu nehmen sowie die öffentliche Meinung durch Aufsätze in den Tagesblättern zu beeinflussen, hatte jedoch nicht den geringsten Erfolg. Stadt, Handelskammer und Geistlichkeit waren nicht geneigt, den Arbeiterfamilien die Wohltat des Gesetzes vom 16. Mai 1853 angedeihen zu lassen, um diese so zu dem falschen Schlusse zu bringen, daß das Gesetz und in Verbindung mit ihm der Schulzwang sie benachteilige. Auch in den letzten Amtsjahren des Inspektors wurde es nicht besser in Aachen. Es gelang dem Beamten nicht, das Vorurteil der möglichen Kreise zu überwinden.“

So sah die Praxis der katholischen Sozialpolitik aus genau zu der Zeit, da der Mainzer Bischof Ketteler seine sozialen Programme und Schriften veröffentlichte, die man jetzt als Muster „charitativer Arbeiterpolitik“ durch alle Verhandlungen des Mainzer Katholikentages schleift. Schon damals wachte die linke Hand des Zentrums und seiner geistlichen Helfershelfer nicht, was die rechte Hand tat. Mit der Linken machte man die arbeitervreundliche Geste. Mit der Rechten hielt man gerade an allen jenen Stellen, wo man alles zu sagen hatte, wie in der Aachener Stadt-

verwaltung und in den Aachener Schulen, das Proletariat wie mit eisernem Griff bei der schäbigsten und unmenschlichsten Ausbeutung durch katholische Kapitalisten fest. Der so erzielte Sündenlohn floß ja den Aachener Kirchen und geistlichen Anstalten in Gestalt reichlicher Geschenke und „frommer“ Stiftungen wieder zu, mit denen sich die rechtgläubigen und zentrumsfesten Fabrikanten von ewiger Verdammnis loskauften. Also ist der Anfang aller Sozialpolitik des deutschen politischen Katholizismus würdig des Endes, daß sie heute im schwarzblauen Bloß genommen hat. Die schleimigen Reden der Katholikentage von damals und von heute sind und waren lediglich dazu bestimmt, die vom Zentrum beförderte Ausbeutung mit einem Schutzhügelzug zu versehen, der es reinlichen Händen verbietet, die ganze Sache anzufassen. Damals verriet man die Kindergeneration eines ganzen Arbeitergeschlechtes, heute verrät man Heimarbeiter, Zündholzproletariat und Brauereiarbeiter, wenn es gilt, sie durch gesetzliche Maßnahmen vor dem ärgsten Elend zu schützen.

Besser bestellt war es 1865 mit der Einsicht der preussischen Regierung in das widerliche Getue. Im Berliner Handelsministerium machte man damals an den Rand der erschütternden Berichte des Aachener Fabrikinspektors die ebenso treffende als unvorsichtige Bemerkung: „Die Dummheit konveniert (paßt zu) den in Aachen herrschenden Tendenzen (Richtungen) allerdings mehr als die Bildung.“ Heute, nach beinahe 50 Jahren, macht die preussische Regierung „mit den in Aachen herrschenden Tendenzen“, d. h. mit dem Zentrum, Schulverpfassungs- und Ausschreibungsmaßnahmen gegen die Arbeiterjugend. So glorreich hat sich die „Bildung“ an den maßgebenden Stellen in Preußen entwickelt!

Der Jagowische Schieberlaß

hat nicht nur in der ganzen liberalen Presse, sondern sogar im „Reichsbote“ lebhaftesten Widerspruch gefunden. Der „Reichsbote“ sagt:

„Wir sind durchaus der Meinung, daß die Verbrechertrotz mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit verfolgt werden müsse, denn sie ist die Feindin der Menschheit, aber diese Rücksichtslosigkeit kann doch erst da eintreten, wo es zweifellos feststeht, daß die Beamten einen wirklichen Verbrecher vor sich haben, an dem die Menschheit nichts verliert, auch wenn er im Handgemenge Leben oder Gesundheit einbüßt. Andererseits ist der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß auch die Verbrecher, die bisher kaum an einen Kampf auf Leben und Tod gedacht haben, durch den Jagowischen Schieberlaß, der sie ja gewissermaßen für vogelfrei erklärt, veranlaßt werden, sich mit einer Schießwaffe zu versehen und von dieser weitgehenden Gebrauch zu machen.“

Das war keine glückliche Stunde, die Herrn von Jagow diesen Erlaß diktierte, und wir hegen den dringenden Wunsch, daß diese Verordnung so bald wie möglich redressiert werde, da es jedem friedlichen Bürger passieren kann, daß er sich durch irgend welchen Zufall plötzlich einem Schutzmann gegenüber sieht, der also augenblicklich den Auftrag hat, ihn bedingungslos niederzuknallen, weil ja der Beamte sonst leicht — zu spät schiefen könnte. Herr v. Jagow wird auch allmählich zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß sein Schieberlaß zwar ganz gut gemeint gewesen sein mag, in seiner Weise aber den gewollten Zweck nicht. Herr v. Jagow wird auch daran denken müssen, daß die bevorstehende Wahlkollation solchen dankbaren Stoffes bereits übergenug hat, der doch sehr leicht den Ausschlag erwecken könnte, als sei den Staatsbehörden an dem Leben der Staatsbürger nur wenig gelegen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über diese ausnahmsweise verständigen Aeußerungen des konservativen Blattes sehr geärgert. Namentlich wundert sie sich darüber, wie ein konservatives Blatt sagen kann, daß es einem friedlichen Bürger auch einmal passieren könne, einem Schutzmann gegenüberzustehen, der augenblicklich den Auftrag habe, ihn bedingungslos niederzuknallen. So etwas sei denn doch ganz und gar ausgeschlossen.

Das Agrarierblatt denkt wohl an die endlose Rachschiff, die Polizeibeamten randalierenden und exzedierenden Korpsstudenten gegenüber zu beobachten pflegen. Selbst tätliche Angriffe von Studenten auf Schulleute haben ja bisher noch niemals zu dem Gebrauch des Säbels, geschweige denn zu dem des Schießens geführt. Wie sollte da „einem friedlichen Bürger“, das heißt einem Angehörigen der gebotenen Klassen, jemals der Jagowische Schieberlaß verhängnisvoll werden können!

Nun, der „Reichsbote“ erinnert sich wohl daran, wie in Probit unterschiedlos auf das Publikum losgegrünelt wurde, wie die harmlosesten und loyalsten Staatsbürger mit Gummischlauch und Polizeifädel Belamität machten. Gätte damals der Schieberlaß schon existiert, so hätten diese friedlichen Staatsbürger sicherlich auch blaue Bohnen zu Kosten bekommen, wie ja vermutlich auch der Arbeiter Hermann unter solchen Umständen nicht ein Opfer des Säbels, sondern des Brownings geworden wäre. Die „Deutsche Tageszeitung“ freilich, wie auch die „Domb. Nachrichten“ und ähnliches Scherzschneidwerk finden ja gerade deshalb den neuesten Maß des Berliner Polizeipräsidenten so lobenswert, weil sie auf ein Probit in neuer verbesserter Auflage hoffen.

Dankwird für Jagow!

Nach einer Meldung der „Draunschweiger Landesztg.“ soll der preussische Polizeiminister den Schieb-

beschl des Herrn v. Jagow durchaus gebilligt haben. Das läßt dem provozierend kräftigen Erzreaktionär v. Dallwitz außerordentlich ähnlich. Hat doch Herr v. Dallwitz auch die Etren gehabt, die vom Gericht festgestellten unerhörten Mißhandlungen der Schutzmannschaft in Moabit bedingungslos zu verteidigen!

Weiter wird noch gemeldet, daß das Polizeipräsidium vor einigen Tagen der rheinischen Metallwarenfabrik einen Auftrag auf Lieferung von 5000 Dienstrevolvern gegeben habe. Das soll vielleicht eine kleine Entschädigung für entgangene Kriegslieferungsprofite sein! Uebrigens muß jetzt die Zahl der vorhandenen Revolver und Brownings so groß sein, daß sich fast jeder Schutzmann wie ein Tigeresse mit einem ganzen Arsenal von Schießwaffen ausstatten kann. Dange machen gilt trotzdem nicht. Auch die Berliner Wörder werden sich durch den Schießerschlag nicht allzu sehr einschüchtern lassen. Demn entdekt werden sie ja schließlich doch nicht!

Politik und Revolver.

Von juristischer Seite wird und geschrieben:

In den Erörterungen über den Jagow'schen Moabit-Erlass ist eine Seite, sozusagen die politische-psychologische des Falles, bisher nicht gebührend gewürdigt worden. Man erinnert sich des Moabiter Prozesses, der Rolle, die die Schutzleute dort spielten, des Nordes an dem Arbeiter Herrmann und des Winkes, welchen der Landgerichtsdirektor Unger in seiner Rechtsbelehrung dem Berliner Publikum im Kampfe gegen die Polizei gegeben hat. Der „wohlgeleitete Revolververkauf“ erinnerte daran, daß es auch gegen Polizei Kollaterale gebe. Das war den Scharfmachern unbehagen, der Justizminister „stellte“ bekanntlich Herrn Unger und Bemühte sich im Abgeordnetenhaus höchstselbst, den enormen Eindruck der Unger'schen Worte zu verwischen, damit nur ja niemand — jenes Winkes eingedenk — sich etwa gegen polizeiliche Willkür wirklich einmal zur Wehre setze. Herr Weseler operierte damals mit allerlei Reichsgerichtsentscheidungen, auf welche sich zu stützen vor einer im wesentlichen nicht juristischen Versammlung ja nicht besonders schwer ist. Herr v. Jagow konnte die „Affäre“ aber noch gar lange; für ihn war und blieb „der Grenzschuß der Polizei rein“ und daran änderte weder der Nord Herrmanns etwas, noch die spätere christliche Weisheitsbegleitung, welche die wesentlichen Uebergriffe der Schutzleute gewissermaßen dokumentarisch festlegte.

Es war die Möglichkeit vorhanden, daß die gesamte der Berliner Polizei nicht sehr günstige Situation, insbesondere die durch die Unger'sche Keuschung hervorgerufene Stimmung auf die Schutzmannschaft — namentlich in politisch bewegten Verhältnissen! — eine lähmende und hemmende Wirkung ausüben werde. Was sollte dann aus der „Autorität der staatlichen Gewalt“ werden? Aus jener „Autorität“, die sich die Scharfmacher nicht anders vorstellen können, als in Verbindung mit polizeilichem Dreckhauen, Schimpfen, Schlagen, Schreien, wozüglich mit Wundtätigen? Aus jener „Autorität“, welche die Scharfmacher, die Kriegsheer und all die ähnlichen Gefellen zwar — wenn es ihnen gerade so in den Aram paßt — für sich nicht als bindend anerkennen, die sie aber „schonungslos“ gewalttätig wissen wollen zur Einschüchterung, Wiederholung und Unterdrückung aller freihellichen Bestrebungen, insbesondere zur Anrechtung der ihnen so verhassten, machtvolken, modernen Arbeiterbewegung.

Eine lähmende, innerlich erzieherische Wirkung auf die Schutzmannschaft? Wieviel ist in bewegter Zeit hier und da ein Auftrumpfen eines sich seines Staatsbürgerrechts bewußten Bürgers? Eine Anwandlung a la Unger? Das kann, das darf nicht sein! Also: Prinzipis obsta. „Wenig vor“, sagte Miquel...

Im Juni dieses Jahres ereignete sich der Fall Lucht. Auf der Freidrichstraße wird ein Schutzmann von einem Verbrecher erschossen. Änderung des § 8 der allgemeinen Dienstvorschriften: Was bisher in zweiter Linie erst gestaltet war (statt zu schlagen zu schießen) ist in Zukunft gleich erlaubt. Bei „Gewalt oder Tötlichkeit“. In „dazu geeigneten Fällen“. Also Lucht und Lucht jeglichem rein subjektiven Ermessen geöffnet. Und was damals als Recht statuiert worden ist, wird jetzt anläßlich des Falles Hager (der hinreichend geklopft hat) den Weanien bei Strafandrohung zur Pflicht gemacht.

Den Herrn Polizeipräsidenten sollte es einigermassen stutzig machen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Post“ sich am meisten und lautesten über seinen Erlass freuen. „Eine vernünftige Verfügung“ triumphierte neulich das Organ des (westland) Herrn v. Stumm und die „Deutsche Tageszeitung“ wurde noch deutlicher. Als das „Berliner Tageblatt“ auf die Gefährdung des friedlichen Bürgers durch den Schießerschlag hinwies, insbesondere bei möglichen Ausläufen usw., schaute das Agitorblatt: ... Der „friedliche Bürger“ habe bei Volksausläufen, Straßendemonstrationen u. dgl. nichts zu suchen... Dabei besitz das Blatt die Frechheit, die den Erlass Bekämpfenden dadurch anzupöbeln, daß es so tut, als wolle man „Schutz den Wachen“ gewähren.

Es soll nicht behauptet werden, Herr v. Jagow habe politische Nebengedanken. Aber man kann sich des Eindeuts nicht erwehren, daß das Scharfmachergeindel gar nicht so sehr an den Kampf gegen das eigentliche Verbrechertum denkt, sondern Mißbrauch zu politischen Zwecken erstrebt und erhofft.

Dem Scharfmachergeindel aber, wenn es sich so einfallen lassen sollte, offen oder versteckt unsere zum Schutze des Publikums vorhandenen Schutzleute freivol gegen das Volk hegen zu wollen, sei die Rechtsbelehrung des Herrn Unger in warmende Erinnerung gebracht.

Vom Katholikentag.

Malz, 9. August.

Die geschlossenen Versammlungen der Katholikentage dienen der Beratung der Anträge. „Beratung“ ist eigentlich zu viel gesagt, man würde richtiger sagen: Aufstellung der in den Ausschüssen angenommenen Anträge. Eine Aussprache findet in den geschlossenen Versammlungen nur in seltenen Fällen statt. Bei den meisten Anträgen meldet sich niemand zu Worte und der Vorsitzende stellt die einstimmige Annahme fest.

Zu den Ausschüssen hat die Presse keinen Zutritt, und was hier vorgeht, erfährt man nicht oder nur in Andeutungen und auf Umwegen. Meist wird sich ja auch hier der Untertänigkeitssinn des christkatholischen Mannes bewähren, der gern oder ungern etwaigen Widerspruch unterdrückt, zumal wenn eine weltliche oder geistliche Autorität in der Nähe ist. Nur hier und da, wenn es sich um die Gegensätze großer Gruppen handelt, die dem einzelnen als Mißhalt dienen, da findet dieser oder jener mal den Mut, seinen Meinungen offen und entschiedenen Ausdruck zu geben. Das ist der Fall gewesen, als im Ausschusse für soziale Fragen ein mittelständischer Antrag verhandelt wurde, der es für notwendig erklärte, daß der „selbständige Mittelstand stets hinreichend Arbeit und Absatz“ habe und der deshalb „unter Hinweis auf die Gebote der Nächstenliebe“ alle Katholiken auffordere, „bei Vergeltung von Arbeiten und bei Einkäufen zunächst die Handwerker und Kleingewerbetreibenden zu be-

rücksichtigen.“ Im Ausschusse erhob sich über diesen Antrag ein erregter Kampf zwischen Mittelstands- und Arbeitervertretern. Von Arbeiterseite wurde geltend gemacht, daß es Unrecht sei, einen Arbeiter mit geringem Lohn und großer Familie unter Berufung auf die „christliche Nächstenliebe“ zu behindern, seine Bedürfnisse da zu befriedigen, wo er für eine Ware 10 Pf. weniger zahle. Die Erregung übertrag sich auch auf die Verhandlungen in der geschlossenen Versammlung. Die Debatte vertheilte sich um die „christliche Nächstenliebe“, im Grunde handelte es sich um die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze der Mittelständler und der Arbeiter, die ja vielfach, z. B. in der Frage der gewerkschaftlichen Organisation, der Konsumvereine usw., zu bemerken sind. Die Meinungen standen einander scharf gegenüber. Der Abgeordnete Bachem schlug vor, sich auf die allgemeinen Grundsätze zu einigen und die besonderen Differenzen auf dem nächsten Katholikentag zu verhandeln. Da das Ergebnis der Abstimmung über den mittelständischen Antrag zweifelhaft war, erfolgte Ausschaltung durch „Hammelsprung“ — eine ungewohnte Erscheinung auf einem Katholikentag. Für den Antrag der Mittelständler ergaben sich 102 Stimmen, darunter die weitaus größere Anzahl der anwesenden Geistlichen; für einen im Sinne der Arbeitervertreter abgeänderten Antrag 96 Stimmen.

Und noch einmal traten bei der Beratung der Anträge des Ausschusses für soziale Fragen die Gegensätze im katholischen Lager hervor. Die München-Grabbacher hatten einen Antrag eingebracht, worin sie die Erwartung ausdrückten, daß die katholischen Arbeitervereine weiterhin im Sinne des Katholikentages und die noch fernstehenden katholischen Arbeiter in ihren Reihen sammeln werden. Das brachte die Leute der Berliner Richtung auf die Beine, die es sich nicht nehmen lassen wollten, daß Ketteler von Gott und Recht wegen zu ihnen gehört. Sie kamen mit einem Antrag, worin die Katholiken aufgefordert werden, „im Geiste Kettelers ihre soziale Tätigkeit auszuüben“, das heißt für eine „Arbeiterbewegung nach den Grundsätzen der katholischen Kirche“ einzutreten. Fast schien es, als ob es über der Leiche Kettelers zu einem Kampfe zwischen Berlin und München-Grabbach kommen sollte, als Leute, denen die Einigkeit des Katholikentages anvertraut ist, in Aktion traten und die Berliner veranlaßten, ihren Antrag zurückzuziehen. Die „Einigkeit“ war gerettet!

Zwei Anträge, die nacher in einen zusammengezogen wurden, beschäftigten sich mit der Jugendpflege. Es wird darin gefordert die katholische Unterbringung der Fürsorge für die schulentlassene Jugend, zumal der katholischen Jugendvereine durch Mitarbeit darin, durch Beschaffung der nötigen Geldmittel, Einrichtung von Jugendheimen, Erholungsplätzen, Ferienlagerstätten usw. Selbstverständlich fehlt nicht ein Antrag, der die pflichtmäßige Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule fordert, da „nur mit Hilfe der Religion eine charakterstarke, sittenreine, lönigstreue und vaterlandsliebende Generation herangebildet werden kann.“ Ein weiterer Antrag empfiehlt die Rekruten-, Soldaten- und Reservistenfürsorge bringen, „dem finanziellen Wohlwollen der deutschen Katholiken“. Weiter werden empfohlen der katholische Frauenbund als die „Organisation der katholischen Frauen aller Schichten der Bevölkerung“ und die von diesem geleiteten „Vestrebungen zur Förderung der weiblichen Jugend auf konfessioneller Grundlage“. Ein Antrag zum Schutze der jugendlichen Industriearbeiterin empfiehlt die Fürsorge für die Wirtenschaft, die hauswirtschaftliche und berufliche Fortbildungsschule, namentlich auf konfessioneller Grundlage, die Anpassung des Berufs an die weibliche Eigenart, Belehrung über den häuslichen Beruf in der Volksschule, für Fabrik- und Industriearbeiterinnen Einführung von Maßnahmen, die den weiblichen Gesundheitsverhältnissen sowie der hauswirtschaftlichen und beruflichen Fortbildung Rechnung tragen.

Die dritte öffentliche Versammlung, deren Besuch schon Läden ausfüllte, gehörte der „christlichen Bildung“. Der Hauptwochsführer im Kampfe für die Rückwärtsentwicklung der Schule, der Zentrumabgeordnete Marx-Düsseldorf, redete über die Schulfrage.

Er verkündete „auf Grund des Naturrechts, der Geschichte und des Gewissens“ den Satz, daß zuerst die Eltern das Recht und die Pflicht hätten, über die Erziehung und die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Dieses Recht sei „bedingt und begrenzt durch das Recht der Organisation, es sei in Einklang zu bringen mit den Ansprüchen des Staates, der Gemeinde, aber auch, und zwar in nicht mindererem Maße: mit dem Recht der Kirche“. Mit allen Kräften müsse man dem Grundsatz widerstreben, daß die Schule eine Staatsanstellung, dem Staate allein gebore das Regiment in der Schule. Das Ziel des Unterrichts und der Erziehung sei ausgedrückt im Katechismus: Wir sind auf Erden, um Gott zu erkennen, ihm zu dienen, ihn zu lieben und dadurch in den Himmel zu kommen.

Der Redner, ein Muster von Einseitigkeit, Hebestreimungskunst und Gedankenlosigkeit in der Werturteilung aufgetragenen Materials, verucht nun den Nachweis, wie schlimm es mit der Glaubensfeindlichkeit der Schulregierungen, der Parteien und der Lehrer in den einzelnen Bundesstaaten sehe. Heraus aus dem liberalen Lehrerverein und hinein in den katholischen Lehrerverein — ruft er den Lehrern zu, und jedem Katholiken macht er es zum Grundgesetz: „In die gelehrenden Körperschaften, in die kommunalen Vertretungen gehört niemand hinein, der nicht die die Aufsichtserhaltung der konfessionellen Volksschule, für die Wahrung der Rechte der katholischen Kirche auf Durchdringung des ganzen Unterrichts mit sittlich-religiösem Geiste stets mit ganzer Kraft einzutreten gewillt ist!“ Wer das genügt Herr Marx noch nicht. Er will eine Organisation zur Verteidigung der konfessionellen Schule, zur Förderung des christlichen Unterrichts und der christlichen Erziehung schaffen. Der Schlußtreibe der Ungläubigen und Unentschlossenen soll ein Bund der Kämpfer für Christus und seinen Glauben entgegengesetzt werden.

Morgen, in der letzten geschlossenen Versammlung, wird Herr Marx sein Wort wahr machen. Er wird einen vom Ausschusse bereits angenommenen Antrag einbringen, der die Gründung einer „Organisation der katholischen Deutschlands zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung“ ankündigt und den katholischen Eltern den Anschluß an diese „zeitgemäße und wichtige Gründung“ dringend empfiehlt. Der Antrag wird, nach der Aufnahme der heutigen Marx'schen Rede zu urteilen, einstimmig und mit säkularisiertem Beifall angenommen werden. Die liberale Reaktion ist um eine Waffe reicher!

Ein schweizer Professor, Prälat Dr. Wisler aus Chur redete sodann über

Katholikentag und Wissenschaft.

Man kennt den Gedankengang unserer Frommen in dieser Frage: Religion und Wissenschaft widerstreiten einander nicht; beide erstrecken ja die Wahrheit, und da es nur eine Wahrheit gibt, müssen beide zu denselben Ergebnissen kommen. Deshalb tritt auch die

Kirche für die Freiheit der Wissenschaft ein. Aber — und jetzt muß Herr Wisler reden: „Eines verbittet sich die Kirche, nämlich Einbruch der Wissenschaft in ihr Glaubensreich. Und eines erlaubt sich die Kirche zu jeder Zeit, nämlich gewisse Sätze, die als Ergebnis der Wissenschaft gepriesen werden, die aber die Offenbarung aufheben oder gefährden würden, zurückzuweisen“. Das nennt dann Herr Wisler den „Wund der Kirche mit Vernunft und Wissenschaft“. Arme Wissenschaft, arme Vernunft, die sich auf diesen Wund mit der Kirche einlassen würde!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. August 1911.

Kriegsruhe und Monarchismus.

Die offene Hebe der ehrfamen „Post“ gegen den Kaiser, den sie für Deutschlands „Schmach“, d. h. für die jetzigen Kompensationsverhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung verantwortlich macht, scheint in den nicht nur nominell royalistischen Kreisen der Reichspartei eine derartige Zustimmung hervorgerufen zu haben, daß der Vorsitzende dieser Partei, der Fürst v. Saybold, öffentlich den Abbruch aller Beziehungen seiner Partei zu diesem Blatt verlangt. Er hat an den Schriftführer der Reichspartei Reichstagsabgeordneter Amtsgerichtsrat Dr. Brunstermann zu Stadthagen (Schaumburg-Lippe) das nachfolgende öffentliche Schreiben gerichtet:

3. St. Ostende, den 8. August 1911.

Berehrter Freund und Kollege!

Es drängt mich, Ihnen meine Meinung über den Artikel der „Post“ vom 4. d. M. auszusprechen, worin der Verlauf der Verhandlungen über die Marokkofrage als nationale Schmach, viel schlimmer als Ohnmacht, bezeichnet wird. Dieser Artikel ist, da ich mich zurzeit auf Reisen befinde, erst nachträglich zu meiner Kenntnis gelangt. Empfindend ist die Leichtfertigkeit, mit welcher über Dinge abgeurteilt wird, welche der „Post“ nicht bekannt sind. Sie selbst wird nicht behaupten können, daß ihr die Details der Besprechungen zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem französischen Vorkämpfer bekannt wären.

Noch schlimmer ist es, daß die Person Sr. Maj. des Kaisers hierbei in einen direkten Gegensatz zu dem Reichkanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gebracht wird, ein Unfand, den das Ausland ausbeuten und der unsere auswärtigen Amt die Führung der Geschäfte erschweren muß.

Für das monarchische Gefühl tief verletzend ist die Art und Weise, mit welcher, in der Form theoretischer Fragen, über Seine Majestät der Kaiser zu Gericht gefessen wird. Wie Ihnen bekannt ist, habe ich im Mai dieses Jahres Anlaß genommen, das Verhalten der „Post“ in unserer Fraktion zur Sprache zu bringen. Mit dem Artikel vom 4. August hat dieses Blatt alle Beziehungen zu der Reichspartei unmöglich gemacht, und wird es nötig sein, nach Wiederkunft des Reichstags hierüber einen Beschluß der Fraktion zu fassen und zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Ich erwarte bestimmt, daß die Partei mit Hierbei zustimmen wird.

Mit kollegialstem Gruß

Ihr ergebener

Saybold.

Die „Post“ hat bisher auf diesen Brief nicht geantwortet. Vielleicht gedankt sie ihn zu ignorieren; vielleicht auch möchte die Redaktion zunächst mit ihren Hintermännern und großindustriellen Geldgebern Rücksprache nehmen, da deren befürwortete Unterstützung ihr wäntiger erscheint, als das wenig einbringende Wohlwollen der freikonservativen Parteileitung, darf sie doch mit ziemlicher Zuversicht darauf rechnen, daß ihr bisheriger erster Mitarbeiter, Freiherr Octavio v. Heblitz, gegen entsprechende Vergütung ihr auch künftig seine Dienste zur Verfügung stellen wird.

Anstatt ihre Angriffe einzustellen, setzt die „Post“ denn auch vorläufig ihre Verhöhnung des Kaisers und der Regierung fort, indem sie ironisch die früheren deutsch-französischen Verhandlungen über die Algeirasakte, die Erklärungen der „Nordd. Allgem. Ztg.“ über den Einzug der Franzosen in Fez und die Entsendung des „Panther“ nach Agadir als ein fortgesetztes großes Mißverständnis bezeichnet, da die Regierung niemals die ernstliche Absicht gehabt habe, die Interessen des deutschen Volkes und seiner Ehre zu wahren, sondern nur darauf hätte vorberreitet wollen, „daß sie in dem Augenblick, wo Frankreich Fez oder ganz Marokko besetzen würde, sich die Freiheit nehmen werde, still und heimlich auf alle Rechte, die Deutschland bisher in Marokko besaß, zu verzichten“.

Nachdem sie in diesem Ton weiter über die jetzigen Kompensationsverhandlungen gehöhnt hat, leistet sich zum Schluß die „Post“ folgende Verpöschung der Regierung und der „Nordd. Allgem. Ztg.“:

Unter diesen Umständen war es natürlich auch ein Mißverständnis, wenn dem neuen Leiter des Auswärtigen Amtes nicht nur von seinen Kollegebrüdern, sondern auch von Politikern, die ihm weniger nahe stehen, Vorbeeren gereicht wurden für seine nationale Tat. Körper werden sich darüber erheben, daß der Leiter des Auswärtigen Amtes diese Vorbeeren aus dem deutschen Mitterwalde schmunzelnd pflückte und damit auf Reisen ging. Einseitige Männer werden auch hierin Weisheit und Patriotismus erkennen. Das deutsche Volk wollte und sollte einmal wieder eine nationale Freude erleben, da es die Hitze der letzten Tage besser ertragen ließ.

Es kann dann das kalte Sturzbad von Swinemünde, französische und englische Wässer, die einige Tage vorher bereits auf eine Schwelung der auswärtigen Politik — heute muß man sagen: auf die Aufklärung des Mißverständnisses hinwiesen — haben recht behalten. Das Sturzbad in Swinemünde hat seine Wirkung getan. Die politischen Hitzköpfe, die unmittelbar daran beteiligt waren, sind bedeutend abgekühlt und ernüchtert zurückgekehrt. Heute halten sie es für menschenfreundlich, das selbe Sturzbad der Abkühlung dem ganzen deutschen Volke zukommen zu lassen.

Es würde nicht würdig und unpatriotisch im höchsten Maße sein, wenn irgendein Zeitungsschreiber oder Politiker mit seinem beschränkten Intellektionsverständnis wollte, daß es sich hier tatsächlich nur um ein Mißverständnis gehandelt habe. Wenn ein Blatt von der Charakterlosigkeit und Lauterkeit, von der Ueberzeugungstreue und Wahrhaftigkeit der „Allgemeinen Zeitung“ derartige Behauptungen aufstellt, dann haben eben alle Joecel des Verstandes und der Erinnerung zu schweigen. Ein Blatt, das es fertig brachte, den abgesetzten Bismarck als „einen Greis, der polternd hinter dem Reichswagenherlaufe“ zu charakterisieren, ein Blatt, das die Charakterlosigkeit besitzt, mit jeder Regierung bald nach rechts, bald nach links zu

schwenken, würde seine Spalten einer solchen Erklärung nicht öffnen, wenn es nicht vollständig von ihrer Richtigkeit und Wahrheit überzeugt wäre!

Wir haben nicht den geringsten Anlaß, uns über diesen hässlichen Streich der scharfmaschigen großindustriellen Propagandapatrioten, in deren Geschäftsinteresse sich die „Post“ entrüstet, mit der heutigen Regierung irgendwie aufzuregen. Wir schauen vielmehr höchst vergnügt als lachende Dritte den journalistischen Leistungen der „Post“ und ihrer Wideracherin, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, zu. Besser als durch diese prächtigen Stillschreibungen kann dem deutschen Volk gar nicht demonstriert werden, daß der vielgepriesene Monarchismus der zum Krieg gehenden großen Patrioten auf einem höchst mächtigen Untergerüst ruht und sofort in die Brüche geht, wenn der betreffende Monarch, mag er heißen, wie er will, nicht den Profitwünschen seiner „Getreuen“ Rechnung trägt.

Und ferner zeigen diese Auslassungen deutlich, daß gewisse Kreise der Stahl-, Kanonen- und Panzerpatrioten, von denen die „Post“ begünstigt wird, viel weniger an einer Vergrößerung des Kolonialbesitzes liegt als an einem frisch-fröhlichen Kriege, der ihnen schöne profitable Lieferungen für Meer und Marine einträgt. Wir sind deshalb auch durchaus damit einverstanden, wenn die „Post“ noch einige so schöne Dekartel bringt. Bei den Antikriegsdemonstrationen und bei der späteren Wahlagitator lassen sich die Dinger recht nützlich verwerten.

Abg. Eichhoff in Aßen.

Der konservativ-ultramontan-nationalliberal schillernde fortschrittliche Abg. Eichhoff löst durch nationalliberale Blätter eine Erklärung verbreiten, in der er den Professor Dr. Schloßmann in Düsseldorf heftig angreift. Dieser weist dagegen dem Abg. Eichhoff nach, daß er die Unwahrheit gesagt hat, denn er, Prof. Schloßmann, sei nicht mit geringer Mehrheit, sondern in geheimer Wahl, einstimmig zum Vorsitzenden des Bezirkes Rheinland gewählt worden. Dem „Verl. Tagebl.“ wird weiter berichtet:

Freilich paßte Herrn Eichhoff auch die sonstige Zusammensetzung des Vorstandes nicht. So wandte er sich gegen die Wahl von Arbeitern in den Provinzialvorstand, wobei er die Invalideität von Arbeitern in politischer Hinsicht bezweifelte. Die Angelegenheit der Wahlparole in Düsseldorf hat gar nichts mit der ganzen Affäre Eichhoff zu tun. Sie wird von Eichhoff herangezogen, um seinen Sonderbestrebungen einen sachlichen und politischen Anstrich zu geben. In Wirklichkeit ist der Beweggrund seines ganzen Vorgehens ausschließlich geldgierig. Er will sich um ihn nur eine verächtliche Minderheit zusammensuchen und die rheinische Volkspartei von den Geheimkonventikeln, in denen Eichhoff Politik zu treiben liebt, nicht wissen will. Im übrigen will es uns anständiger erscheinen, einen Sozialdemokraten zu wählen, als wie es der Abg. Eichhoff getan hat, zu sozialdemokratischen Abgeordneten zu laufen und diesen gegenüber seine eigenen Parteifreunde zu beschimpfen.

Herr Eichhoff hat auch betont, er sei froh, aus dem Bezirk Rheinland ausgeschieden und nun wieder seinem alten Bezirk Oden angeschlossen zu sein. Diese Freude ist aber sehr einseitig, denn das „Dortm. Tagebl.“ stellt fest, daß man im Bezirk Oden von dem Abg. Eichhoff absolut nichts wissen wolle, weil man jederzeit froh gewesen sei, Herrn Professor Eichhoff an den Bezirk Rheinland abtreten zu können, um so in Westfalen von seinen Quertreibereien berichtet zu werden. Gefalle es Herrn Eichhoff nicht mehr in wahrhaft fortschrittlicher Gesellschaft, so möge er sie ganz meiden und seinem Herzen folgen. Die fortschrittliche Volkspartei brauche sich darum nicht zu grämen, denn sie verliere nichts als einen Querschnitt an ihm. Einleitend meint die „Dortmunder Zeitung“:

Schon von jeder hat der Herr Professor die Rolle des enfant terrible in der Partei gespielt. Schon oft hat er durch seine meist unübersehbaren Seitenstümpfe die Partei in eine wahrhaft peinliche Lage gebracht. Aber immer noch hat er es verstanden, einestells zu verhüten, daß er an die Luft gesetzt würde, andererseits die Dinge so zu drehen, daß keine „wichtige“ Person in den Vordergrund trat. Wenn seine Politik gar keine Gegenliebe bei den Vertrauensleuten aus den anderen westfälischen und rheinischen Wahlkreisen fand, dann wählte er sich mit anerkannter Virtuosität auf den unüberstandenen Professor zurückzugehen.

Zweifellos gehört der Abg. Eichhoff zu den widerwärtigsten Persönlichkeiten, die der Reichstag und Landtag aufzuweisen haben. Der Sozialismus, den er der Regierung gegenüber bei jeder Gelegenheit an den Tag legt, wirkt geradezu abstoßend. Ob freilich die Zeitung der fortschrittlichen Volkspartei den Mut hat, einem Rate der „Dortmunder Zeitung“ folgend, dem Skandal in Lemmer-Wietmann schließlich ein Ende zu machen, Herrn Eichhoff also beiseite zu schieben, muß abgewartet werden.

Landtagswahlen in Elsaß-Lothringen.

Als Tag für die allgemeinen Wahlen zur Zweiten Kammer des Landtages für Elsaß-Lothringen ist durch Anordnung des Statthalters der 22. Oktober d. J. festgesetzt worden. Etwa erforderliche Nachwahlen haben demgemäß am 29. Oktober stattzufinden.

Schwacher Trost.

Offenbach a. M. ist die erste Stadt in Deutschland, in der die Unmenschlichkeit der Feuerbestattung durchgeführt ist. Vorbedingung ist nur, daß ein Normallohn bezahlt wird, der etwa 30 M. kostet. Daß damit die Zahl der Feuerbestattungen steigt, das leuchtet auch der hochkonservativen „Schlesischen Zeitung“ ein, doch tröstet sie sich und ihre Anhänger mit dem Bemerkten:

In Venedig wird sich dieses Beispiel nicht ohne weiteres nachahmen lassen, da das preussische Feuerbestattungsgesetz vorschreibt, daß durch die Gebühren die Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals der Anstalten zum mindesten gedeckt werden muß.

Erkrankung des Papstes.

Verschiedene liberale Blätter wußten dieser Tage zu berichten, daß der Papst bedenklich erkrankt sei. Darauf veröffentlicht der „Observatore Romano“ heute abend folgende Note: Im Gegensatz zu den übertriebenen oder phantastischen Nachrichten, die von den italienischen und fremden Blättern verbreitet werden, können wir versichern, daß der Gesundheitszustand des Papstes sich bessert. Der Widertonfall im rechten Arme hat beträchtlich abgenommen und ist in vollständiger Besserung begriffen. Inzwischen bedarf der Papst insofern keine weiteren der außerordentlichen Hilfe noch mehrere Tage der Ruhe und Pflege.

Eine andere Meldung demeritert, daß der Papst von Bronchitis befallen sei. Das geht auch hervor aus den Mitteilungen, die Staatssekretär Merri del Val dem diplomatischen Korps gemacht hat, als dieses nach den gestrigen Feierlichkeiten sich nach dem Versinken des Papstes erkundigte und seine Glückwünsche zur Genesung darbrachte. — Heute früh besuchte den Papst seine Schwester und seine Nichte.

O welche Lust, Soldat zu sein!

Ein bemerkenswerter Militärprophet, in den auch einige politische Momente hineinspielen, wurde jetzt vor dem Kriegsgericht in Dresden verhandelt. Wegen Verlegung von Wehrverpflichtung, Verletzung von Vorgesetzten und andernfallsiger Gehorsamsverweigerung hatte sich der Soldat zweiter Klasse und Militärgeliebten Paris zu verantworten. Im Herbst 1908 wurde P. bei der 1. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 179 in Marzen eingestuft, aber bald danach wegen Fahnenflucht zu 8 Monaten

und Verweisung in die zweite Klasse verurteilt, weil er versucht hatte, nach seiner Aushebung in das Ausland zu gehen. Nach Verurteilung der Strafe kam P. wieder nach Marzen zurück. Da er aber nun Soldat zweiter Klasse war, wurde er verachtet und gemieden; auch verschiedene Ausdrücke mußte er über sich ergehen lassen. Das wollte so depressierend auf P., daß er eines Tages dem Hauptmann die Bitte vorbrag, in die Arbeiterabteilung versetzt zu werden. „Ich bin Soldat zweiter Klasse und fühle mich nun auch als Mensch zweiter Klasse“, erklärte der Angeklagte. Seinem Wunsch wurde aber nicht Rechnung getragen. Eines Tages erklärte er plötzlich dem Feldwebel gegenüber, er mache keinen Dienst mehr mit und verweigere den Gehorsam; in ihm gehe etwas vor, daß er befürchtet, es könne noch mehr passieren. Dafür erhielt er — acht Monate Gefängnis! Der ärztliche Sachverständige bezeichnete Paris als geistig minderwertig und als einen Menschen, der an Ueberempfindlichkeit und Selbstüberschätzung leide. Unmittelbar danach ereignete sich ein ganz gleicher Fall. Der Soldat Rosenthal von derselben Kompagnie trat ebenfalls vor und erklärte den Gehorsam zu verweigern zu müssen. Man setzte diesen Fall sofort auf das Konto des Paris. Die Frage, ob er von P. angeheult worden sei, betraute Rosenthal; er gab aber an, daß P. einige Aeußerungen ihm gegenüber getan habe. So soll der Angeklagte nach Angaben P.'s gesagt haben: „Ich lasse mich nicht mehr schänden, bei diesen Menschen schänden ist es nicht auszuhalten!“ Bei einer anderen Gelegenheit soll P. gesagt haben: „Du wirst es auch nicht aushalten, Dich werden sie schon noch zwiebeln!“ Rosenthal erhielt wegen Gehorsamsverweigerung neun Monate Gefängnis! Auch ein dritter Soldat machte eines Tages Miene, den Gehorsam zu verweigern, hier soll P. ebenfalls — verheerend gewirkt haben!

Nun wurde gegen Paris ein neues Strafverfahren eingeleitet. Daß er verheerend gewirkt habe, schließt man aus den Aeußerungen und dem Vorleben (1) des Angeklagten! P. ist vor seinem Diensteintritt in Leipzig gewesen und hat dort eifrig die Zeitschriften besucht; außerdem hat er — ha ha — anarchistische Zeitschriften und sozialdemokratische Zeitungen gelesen. In den letzteren hat er mehrfach über Soldatenmishandlungen gelesen und im Anschluß daran einmal geklagt: „Wenn ich zum Militär muß, reiß ich aus!“ P. steht sogar in dem Verdacht — Anarchist zu sein! Das befreit die Angeklagte, gibt aber zu, sozialdemokratisch gesinnt zu sein; er habe viel gelesen und sei aufgeklärt. Die ihm zur Last gelegten Aeußerungen bestreiten er, R. habe das nur vorgebracht, um eine geringere Strafe zu erhalten; verheißt habe er niemanden. Der Verhandlungsführer bemerkt darauf: Wenn Sie derartige Zeitungen (sozialdemokratische) lesen, dann ist es wohl anzunehmen, daß Sie solche Aeußerungen getan haben! Kein Zeuge vermochte zu bestätigen, daß P. gesagt hat: „Weigere ich den Gehorsamsverweigerung, stelle das Gericht das Verfahren ein.“ Dagegen hat es für erwiesen angesehen, daß der Angeklagte die zitierten Aeußerungen getan hat und zwar in der Absicht und mit dem Vorsatz — Mißvergnügen zu machen. Es hat auf 4 Wochen Arrest erloschen und eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten 3 Wochen Gefängnis gebildet.

Oesterreich.

Der Sturz des Kriegeministers.

... jeden vernünftigen Anlaß wird der Kriegminister Feldzeugmeister v. Schönau ein Jahr vor seinem fünfzigjährigen Dienstjubiläum in den Ruhestand geschickt. Seine Entlassung geräde in dem Augenblick, wo in Ungarn die Wehrverträge obsteniert wird, ist jenseits von Standpunkt des Hauptinteresses des Imperialismus und Militarismus, des allmächtigen Kronfolgers Franz Ferdinand höchst ungünstig, denn man wird das allgemein als Sieg der Opposition und als Aufgabe aller Hoffnungen auf Erledigung der Wehrverträge ansehen. Schönau wird weiter entlassen wenige Tage vor den großen Wahlen, die diesmal Franz Ferdinand zu „Leiten“ gerufen wird. Und hierin liegt auch die Ursache der ganz unmotivierten Fortschickung Schönau's, der sich stets als getreuer Anwalt des Militarismus, als äußerst geschickten und in der Form einwandfreien Parlamentarier dazu erwiesen hat: Franz Ferdinand will ihn aber nicht mehr sehen. Vom Stapellauf des Dreadnought und von der Eröffnung des Krüdensteckplatzes Gasmaster konnte der ungeliebte Minister sich drücken, bei den Wahlen ginge das nicht. Also muß er fort in Pension. Die Wähler zählen sie ja.

Spanien.

Gärung bei der Kriegsmarine.

Auf dem Kriegsschiff „Romancia“ kam es vor einigen Tagen zu einer Meuterei. Ueber Ursachen und Verlauf derselben ließ sich nichts Bestimmtes sagen, da die Penur wieder einmal die Derselben, bis den wahren Sachverhalt darzustellen könnten, zurückhält. Daß die Sache aber ernst war, geht daraus hervor, daß das Kriegsgericht sofort in Aktion trat und einen Rotkopf zum Tode, die anderen Meuterer — man spricht von einigen zwanzig — zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilte. Das Todesurteil soll bereits Mittwochabend auf der Höhe von Cadix vollstreckt worden sein.

Auch auf anderen Kriegsschiffen soll es unter der Mannschaft gären.

Die Arbeiterbewegung von Cadix und dem benachbarten San Fernando hat als Protest gegen die Hinrichtung der Meuterer der „Romancia“ — in Cadix ist das Gerücht verbreitet, daß entgegen der Erklärung von Canalejas nicht nur ein Meuterer, sondern alle Hiningerichtet worden sind — den Generalstreik erklärt. Die Fabriken mußten feiern, die meisten Geschäfte waren geschlossen, im Arsenal und in den Docks wurde nicht gearbeitet, Straßenbahn und Straßenbahn verkehrten nicht. Die Stadt bot bei der allgemeinen Verleumdung in den Strahlen einen ungewohnten Anblick dar. In San Fernando hatte die Arbeiterschaft gleichfalls einen ständigen Proteststreik inszeniert. Zu Ruhestörungen ist es nirgends gekommen.

England.

Das Tadelvotum.

London, 8. August 1911. (Fig. Ber.) „Der Rat, der Seiner Majestät von Seiner Majestät Minister gegeben wurde, wodurch sie von Seiner Majestät ein Unterscheid erhielten, daß eine genügende Anzahl Weere ernannt werden sollten, um die Parlamentsbill in der Gestalt, in der sie dieses Haus verließ, zur Annahme zu bringen, ist eine große Verletzung der konstitutionellen Freiheit, wodurch neben anderen üblen Folgen das Volk davon ausgeschlossen sein wird, sich wieder über die Politik der Gomerule auszusprechen.“

Dieses Tadelvotum, das mit 305 gegen 240 Stimmen in der englischen Volksvertretung abgelehnt wurde, gehört wohl zu den ungewöhnlichsten Operationen, zu denen Herr Balfour je seinen Namen hergegeben hat. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß Herr Balfour zu diesem Schritt von den konservativen Draufgängern gezwungen worden ist, die noch immer nicht begreifen wollen, daß sie die Partie um die Parlamentsbill verlieren haben und die wie eingefleischte Spieler noch immer hoffen, daß sich in irgendeiner mysteriösen Weise das Glück ändern wird. Daß Herr Balfour nicht mit dem Herzen bei der Sache war, beweist nicht allein die schwache Logik des sonst so gewandten Dialektikers, sondern auch das erschreckend hohe klingende Pathos seiner Rede. Um seinen Ausführungen einen Schein der Stichhaltigkeit zu geben, verüßte er sogar eine Geschichtsfälschung, bei der er aber sofort zur Rede gestellt wurde.

Der Ministerpräsident Asquith hatte daher ein lediges Spiel, und in seiner zweifellos meisterhaften, klaren und prägnanten Ausdrucksweise schilberte er die Anwendung des Mittels der Weere-Ernennung als eine sich aus der

eigentümlichen politischen Lage ergebende Notwendigkeit. Als von den konservativen Vätern aus verurteilt wurde, daß das Unterhaus augenblicklich den Willen des Volkes repräsentiere (und die Lords dem konstitutionellen Brauche nach nachgeben müßten), entgegnete Herr Asquith: „Bezeichnen Sie die Lords? Dann will ich in einem Satz sagen, weshalb sie unbestreitbar ist. Jedermann weiß, daß in diesem Augenblick keine andere Regierung möglich ist. Unter einer anderen Regierung verfiere ich eine Regierung, der die Volksvertretung ihr Vertrauen schenken würde. Es würde mich sehr erfreuen, wenn jemand verneinen würde, was ich sagen werde. Jedermann weiß, daß es kein verantwortlicher Minister, der von dem Herrscher zu Rate gezogen wird, in diesem Augenblick wagen würde, dem Laube unnotigerweise die Kaufregung, die Kosten und die Verwirrung einer dritten allgemeinen Wahl innerhalb zweier Jahre zu bereiten, einer Wahl, von der niemand glaubt, daß sie ein wesentlich verschiedenes Resultat geben würde. Es nützt nicht, den Tatsachen nicht ins Gesicht zu sehen; dies sind die wirklichen Tatsachen der Situation.“

Der klägliche Mißerfolg der Konvention wird kaum dazu beitragen, die aus dem beim gegangenen konservativen Freundschaften, die das Tadelvotum wieder gut machen sollte, bald wieder herzustellen.

London, 10. August. Oberhaus.

Der Präsident des Oberhauses gab in Erwiderung von Anfragen Lansdownes und Ribblesdons folgende Erklärung ab: Wenn die Parlamentsbill heute abend fallen sollte, wird Seine Majestät einwilligen, so viele Weere zu ernennen, daß ihre Zahl hinreicht, um jeder möglichen Kombination der Oppositionsparteien zu begegnen, durch welche die Parlamentsbill zum zweiten Male einer Wiederlage ausgesetzt werden könnte. Jede Stimme, die gegen den Vorschlag abgegeben wird, daß die Lords auf ihren Amendements bestehen, wird zugunsten einer ausgedehnten, beschleunigten Ernennung von Weere abgegeben.

Eine Spionage-Affäre.

London, 10. August. Unterhaus. Mills fragte an, ob Grey auf die Verhaftung eines britischen Heemanns-Offiziers in Deutschland aufmerksam geworden sei und welche Schritte die Regierung in dieser Sache zu unternehmen beabsichtige. Grey erwiderte: Nach dem Bericht des stellvertretenden britischen Generalkonsuls in Hamburg ist ein britischer Unteroffizier unter der Beschuldigung der Spionage bei Bremen verhaftet worden. Der Verhaftete hat den Namen eines Reaktionswirts und steht in Verbindung mit seinen Verwandten und Freunden in England. Es scheint, daß dieser Fall nach den Regeln des deutschen Gerichtsverfahrens behandelt werden muß. Es liegt deshalb kein Grund für eine Einmischung der britischen Regierung vor. Die britische Volkspartei in Berlin ist angewiesen, diejenige Unterstützung, die dem gefangenen Vertreter des Angeklagten billig gewährt werden kann, zu leisten. Abgeordneter Bull fragte an, ob ein Grund vorhanden wäre zu der Behauptung, daß der Angeklagte mit den beiden wegen Spionage in Deutschland verurteilten englischen Offizieren Hand und Trench in Verbindung gestanden habe. Grey antwortete, er habe eine solche Darstellung nicht gesehen. Soweit er sehen könne, sei sie unbegründet. Auf die Anfrage Mills, ob der Angeklagte tatsächlich Offizier der Heemanns gewesen wäre, antwortete Grey: Ich weiß darüber nichts Gewisses. Ich habe keinen Grund zu der Annahme, daß diese Angabe falsch ist, aber ich kann sie nicht aus eigener Kenntnis bestätigen.

Japan.

Der Sozialismus marschert!

Man schreibt uns aus Yokohama vom 12. Juli: Gerade das, was die japanische Regierung durch das Geheimverfahren gegen Kotoku und dessen und elf seiner Genossen Hinrichtung hat vermeiden wollen, ist eingetreten, nämlich daß sich fast jedermann in Japan mit der Frage des Sozialismus und Anarchismus beschäftigt, während früher nur die wenigsten eine Ahnung davon hatten, daß derartige Worte überhaupt existieren. Die Regierung wacht! — aber sie ist ohnmächtig und so macht sie denn jetzt gute Miene zum bösen Spiel und sucht einen Unterschied zwischen theoretischen und praktischen Sozialisten zu machen, doch muß der Unterschied zwischen beiden so fein sein, daß ihn die Polizeiorgane nicht erkennen können und am liebsten jeden Menschen, sei es, wer es sei, einstecken möchten, der nur das Wort Sozialismus ausspricht.

Das wäre beinahe dem Professor der Volkswirtschaft Okamura an der Kyoto-Universität verhängnisvoll geworden, der so unvorsichtig war, in einer seiner Vorlesungen auch über Sozialismus zu sprechen, weshalb man ihn an den Stragen wollte. Da legte sich aber die Presse ins Zeug und verlangte endlich die uneingeschränkte Freiheit der Rede und der wissenschaftlichen Forschung, die durch die Konstitution gewährleistet seien, daraufhin gab die Regierung kein Wort und die Polizei mußte als Prügeljunge herhalten, weil sie es nicht verstand zu unterscheiden, was Freiheit der wissenschaftlichen Forschung (!) und was Freiheit sei, zu reden, was man wohl dürfte, aber nicht sollte.

Professor Okamura hatte nämlich in seiner Rede die alten Institutionen „Ahnenverehrung“ und „Familiengemeinschaft“ als überlebt bezeichnet und deren Abschaffung gefordert, indem er die westländischen Einrichtungen zum Muster nahm. Er hatte auf die verschiedenen Nachteile des japanischen Familienrechtes aufmerksam gemacht, des Erbrechtes, Adoptionsrechtes usw., worauf eingegangen hier zu weit führen würde; nicht genug aber damit, hatte er sogar die große Verwegenheit, zu erklären, daß die Ideen der Sozialisten der Abendländer sehr wohl durchführbar seien, ohne die Verfassung zu verletzen. Das war das schlimmste, und so kam er auf die von der Polizei geführte schwarze Liste — Sozialistenliste — und wurde überwandt. Diese Liste existiert tatsächlich und es befinden sich klugvolle Namen darauf, so auch der oberste Abt der buddhistischen Gemeinde, Nishi Honganji, Graf Diani und viele andere.

Nun schlug Professor Okamura, der sich durch die Ueberwachung belästigt fühlte, Lärm und die Presse, soweit sie nicht im Solde der Regierung, sekundierte ihn und erklärte den Unterrichtsminister Komatsubara und den Minister des Innern Baron Nitata für unfähig, und beschuldigte sie die Verfassung zu verletzen. Diese schoben natürlich alle Schuld auf die unteren Organe, denen zu den unzähligen Sozialistenverurteilungen, wieder einmal eine neue zuzug, scharf zwischen wissenschaftlichen und praktischen Sozialismus zu unterscheiden. Wie die Leute dies tun sollen und können, darum schweigt sich die Regierung aus.

Es ist eigentlich von dem sonst nicht unintelligenten „gelben Jap“ zu verwundern, daß er in den gleichen Fehler verfällt wie früher die europäischen Regierungen und Maßregeln ergreift, die an die Bismarck-Ära seligen Angedenkens erinnert. Nun, dem Sozialismus kann dies nicht nur recht sein, denn gerade dadurch werden die breiten Massen des Volkes, die hier stumpfsinnig dahinschliefen, mit dem Sozialismus bekannt und er wird in Japan ebenso tapfer vorwärts schreiten als in anderen Ländern; es wird aber auch hier, darüber möge sich niemand täuschen, noch viel mehr Blut als das der zwölf „Hingerichteten“ fließen, ehe der Sozialismus auch in Japan die Anerkennung seiner Christenberechtigung durchgesetzt hat.

Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

In Budapest trat am Donnerstag eine internationale Gewerkschaftskonferenz zusammen, an der 29 Delegierte aus 18 Ländern teilnahmen. Die Delegierten vertreten über 6 Millionen Arbeiter. Am ersten Tag wurde nach langer Debatte der Anschlag der Workers World gegen die Stimmen der Franzosen abgelehnt.

Berlin und Umgegend.

Teppichweber. Wegen Lohnunterschieden befinden sich die Belourtenweber der Teppichfabrik Schwendy, Berlin, Köpenicker Str. 7a, im Ausstand.

Achtung, Vater! Die Werkstelle Schwende in Bernou ist wegen Nichtanerkennung des neuen Tarifs bis auf weiteres gesperrt. Die Ortsverwaltung Berlin, Zahlstelle Bernau.

Deutsches Reich.

Konflikt auf der Schichtarbeit.

Eine Versammlung, die von mehr als 4000 Arbeitern der Schichtarbeit in Elbing besucht war, hat Donnerstag beschlossen, der Firma Lohnforderungen einzureichen. Es wird verlangt: für die Arbeiter, die unter 30 Pf. Stundenlohn haben, 3 Pf. Aufschlag, für diejenigen, die über 30 Pf. haben, 2 Pf. Aufschlag; ferner 10prozentige Erhöhung der Akkordpreise, Aussetzung von Akkordzetteln, Einsetzung eines Arbeiterausschusses und Lohnzahlung am Freitag.

Weitere Aussperrung von Metallarbeitern.

In Saalfeld in Thüringen wurde am Mittwoch in 18 Metallwarenfabriken eine Bekanntmachung angeschlagen, wonach die Fabrikanen am 28. August 60 Proz. der organisierten Arbeiter aussperrten, wenn bis dahin die Aussperrung in Thüringen nicht beendet ist. Es kommen etwa 1000 Metallarbeiter in Betracht.

Christliche Gewerkschaftsführer als Kronzeugen der Scharfmacher.

Dass unsere Brüder in Christo eifrig bemüht sind, Material zur Begründung eines neuen Ausnahmengesetzes herbeizutragen, ist allgemein bekannt. Die Scharfmacher mühen ja Karren voll, wenn sie das Gewinnsüß über den Terrorismus der Gewerkschaften, das die Spalten der christlichen Gewerkschaftspresse füllt und in keiner Agitationsschreiberei eines christlichen Agitators fehlt, nicht für ihre arbeiterfeindlichen Zwecke benutzen würden. Immerhin dürfte man bisher annehmen, dass die Christen der Reaktion diese Helfershelferdienste unbewusst und unfreiwillig leisten, dass sie die Wirkung ihrer Worte nicht abwägen, die Tragweite ihrer Handlungen nicht ermessen. Diese „mildernden Umstände“ müssen den Christen jedoch besorgt werden, wenn das richtig ist, was der Synodus der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Längler, am 15. Juli auf der Generalversammlung des Vereins Deutscher Papierfabrikanten erzählte. Längler, der dort ein Referat über die „nationalen Arbeitervereine“ hielt, sagte seine Ausführungen über den „Terrorismus der klassenkämpferischen Gewerkschaften“ mit der Behauptung, dass Führer der christlichen Gewerkschaften ihm über solche Fälle Mitteilung gemacht hätten. Wörtlich führte er aus:

„Mir ist persönlich von Führern von Arbeitern anderer Gewerkschaften, speziell der christlichen, eine Fülle von Tatsachen vorgebracht worden, die man einfach für unglaublich hält.“

Christliche Gewerkschaftsführer bei den Beamten der Unternehmer über den Terrorismus der Arbeiter klagen — das fehlt gerade noch!

Undeutsche Gewerkschaften.

Dass die christlichen Gewerkschaften die Zentrumspolitik bedingungslos mitmachen, zeigt erneut ihre Stellungnahme zur Marokkofrage. Allerdings die ganze Sache hat einen starken Stich ins Komische, denn die Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften kommt mit ihrer Auffassung einen Posttag zu spät, das Zentrum hat schon wieder einen anderen Kurs genommen. Sie kommt erst jetzt mit der Begründung der Notwendigkeit deutscher Interessenschützer im Nordafrika, nachdem offiziell schon wieder erklärt worden ist, dass Deutschland nur „Kompensationen“ haben will.

Hören wir, was das christliche Gewerkschaftszentralblatt sagt:

„... so ist das Land in wirtschaftlicher Hinsicht sehr wichtig. Und darin liegt der Grund, warum wir uns in Marokko engagieren. Marokko ist ein überaus reiches Wirtschaftsgebiet. Es hat eine Zukunft. Darum streiten sich die Völkler um den Einfluss auf dieses Land, darum verlangt Deutschland freien Wettbewerb für alle. (Was überdies nicht wahr ist, denn es verlangte nur für sich Agadir, und jetzt, soweit bekannt, Kompensationen!) D. R.)

Nur wenn wir unsere Einflussphäre hinsichtlich des Außenhandels erweitern können, werden wir auch in Zukunft in den Stand gesetzt sein, unser rasch anwachsendes Volk zu ernähren. Darum/ konnte Deutschland es nicht einfach geschehen lassen, dass Frankreich dieses reiche Wirtschaftsgebiet zu einer französischen Kolonie macht und so den deutschen Handel beschränkt.“

Das sind dieselben Redensarten, wie sie in der Zentrumschreiberei wochenlang alle Tage gefunden wurden. Nur sind sie dort jetzt verschwunden, denn Deutschland will ja gar nichts in Marokko, es möchte nur sein Kolonialgebiet in Ostafrika erweitern. Aber die christliche Leitung der christlichen Gewerkschaften betet auch heute noch ihren Mitgliedern vor, was die Zentrumsalldutschen früher hergesagt haben. Und das nennt sich dann Vertretung der Arbeiterinteressen! In der nächsten Woche wird man wohl die neue Zentrumsmeinung hören. Ermer Giesberts!

Die guten Sitten.

Die Arbeiter der kleinen und mittleren Betriebe in der Münchener Maschinenindustrie sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die bisher gepflogenen Unterhandlungen sind ergebnislos verlaufen, da die Fabrikanten sich weigern, Einstellhöhen festzusetzen. Der Vorsitzende des Münchener Gewerkschaftsrates, Herr Sartorius, hat den Fabrikantenfabrikanten keine Vermittlung an. Diese antworteten, dass sie das, was sie erreichen wollen, auch ohne Gewerkschaft erreichen würden. Er, der Gewerkschaftsrat, möge erst dem Metallarbeiterverband klarmachen, dass sein Vorgehen gegen die kleinen Betriebe unmoralisch (1) sei und gegen die guten Sitten verstoße. (1) — Zunächst werden die Arbeiter in sechs Fabriken die Arbeit am Donnerstag niederlegen. Die Fabrikanten drohen hierauf mit einer Aussperrung. In diesem Falle würden circa 800—1000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. — Jung von Maschinenbauern nach München ist strengstens fernzuhalten.

Das Ende eines Streiktrawall-Schwindels. Im März d. J. brachte die bürgerliche Presse aufregende Nachrichten aus Wülfberg bei Bamberg. In den dortigen Ton- und Bleiwerken streikten die Arbeiter, weil man sie elend behandelt und ihre miserablen Löhne noch mehr herabsetzen wollte. Die Direktion ließ italienische Streikbrecher kommen, wodurch nicht nur bei den Streikenden sondern auch bei der übrigen Einwohnerschaft Aufregung entstand. Als es am Bezantw. Nebst.: Richard Barz, Berlin. Inseratenteil veranlt.

25. März hieß, dass nachts ein neuer Trupp Streikbrecher kommen werde, fanden sich abends 20 bis 25 Mann vor dem Fabriktor ein, um die Streikbrecher zu erwarten und sie zur Milderung zu veranlassen. Damals soll es nach den Berichten der bürgerlichen Presse zu großen Aufrufen und Zerstörung von Eigentum gekommen sein; alles war kurz und klein geschlagen, kein Fenster mehr ganz, der Gendarmerei piffen die Augen in die Ohren — mit einem Wort, in Wülfberg herrschte die Revolution. Den Beschluß dieser schauerlichen Revoluzzergeschichte bildete eine Verhandlung, die jetzt vor der Bamberger Strafkammer stattfand. Man hatte fünf Streikende herausgeholt und wegen Aufstands nach § 116 zur Verantwortung gezogen. In der Verhandlung fiel aber die ganze Anklage jämmerlich zusammen. Es handelte sich lediglich um eine Anjammung, wie sie bei solchen Anlässen fast immer entsteht, der Hauptteil bildeten Reugierige, nichts wurde zerstört, zwar fielen einige Schüsse, sie kamen aber aus der Fabrik und wurden von einem Betriebsassistenten und einem Wächter der Maschinen- und Schlichterabteilung abgegeben; es sollten lediglich Schredschüsse sein. Der Staatsanwalt klammerte sich schließlich nur noch daran, dass die Angeklagten der Aufforderung des Bürgermeisters zum Auseinandergehen nicht nachgekommen seien, das Gericht sprach jedoch sämtliche Angeklagte frei.

Meister-Terrorismus.

Die Fleischermeister jammern über den Terrorismus der Gewerkschaften und rufen nach gesetzlichen Maßnahmen zur Unterdrückung gewerkschaftlicher Tätigkeit. Sie selber treiben aber den ärgsten Terrorismus. In rücksichtsloser Weise mühen sie die Verwertungsgenossenschaften aus, um Widerstrebende gefügig zu machen. Bisher war es aber noch nicht gelungen, die Fleischermeisterorganisation Oberschlesiens in den Deutschen Fleischer- (Meister-) Verband (Zunungsorganisation) hineinzupressen.

Jetzt soll das durch Forderung der Fleischerhergesellen geschehen. Der Zunungsverband hat für die Gesellen ein Wanderbuch eingeführt, ohne welches ein Geselle nicht eingestellt werden soll. Mit Hilfe dieses Buches werden die Gesellen gezwungen, weil ihre Meister sich nicht der zentralen Zunungsorganisation anschließen.

In Nr. 31 der „Allgemeinen Zeitung des Deutschen Fleischer- (Meister-) Verbandes“ vom 5. August 1911 wird folgende Bekanntmachung erlassen:

Betrifft: Verbandsbücher des Oberschlesischen Fleischer-Verbandes.

Gemäß Beschluß des Verbandsvorstandes und im Hinblick darauf, dass die im Oberschlesischen Fleischerverbande vereinigten Fleischerinnungen den Beitritt als besonderer Bezirksverein zum Deutschen Fleischerverbande abgelehnt haben, werden die Herren Obermeister der Verbandsinnungen auf § 1 der Bestimmungen über die Ausgabe und Entziehung von Verbandswanderbüchern nachdrücklich hingewiesen, welcher lautet:

Die Mitglieder des Deutschen Fleischerverbandes sind verpflichtet, nur solche Gesellen in Arbeit zu nehmen, die im Besitze eines vom Deutschen Fleischerverbande ausgegebenen Verbandswanderbuches sind. Nur wenn solche Gesellen nicht vorhanden sind, können auch andere in Arbeit genommen werden, vorzugsweise solche, die nachweisen können, daß sie an einem Orte, in dem zurzeit keine Innung bestand, ordnungsmäßig gelernt haben.

Auf Grund dessen sind in Zukunft die Inhaber von Verbandsbüchern des Oberschlesischen Fleischerverbandes von der Beschäftigung bei Mitgliedern des Deutschen Fleischerverbandes auszuschließen. (Auch im Original gesperrt.)

An Terrorismus kann dieser Vorgang wohl kaum übertroffen werden. Die irreführten Gesellen werden jetzt noch besonders geduldet, obwohl sie sich stets vor den Augen der Meister spannen ließen. Würden sie sich schon in stärkerem Maße dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen angeschlossen haben, dann wäre der ganze Streik mit dem Namen Wanderbuch Makulatur.

Hoffentlich ziehen die Gesellen aus diesem Vorgang die einzig richtige Lehre und schließen sich dem Zentralverband an.

Ein imponantes Gewerkschaftsfest.

Die im Kartell vereinigten freien Gewerkschaften Königsbergs feierten am letzten Sonntag ihr diesjähriges Sommerfest, das für die Stadt zu einem bedeutungsvollen Ereignis wurde. Der Gartenfestlichkeit im Parkhotel Ludwigsplatz vor dem Königstor ging ein Umzug durch die Straßen der Stadt voraus, der bei der bürgerlichen Bevölkerung gewaltiges Aufsehen erregte. Im Zuge marschierten bei 32 verschiedenen Gewerkschaften weit über 6000 Mann. Jeder Gewerkschaft wurde ein mit Tannenzweigen geschmücktes Schild vorangetragen, das mit großen Buchstaben die besondere Berufsart der Organisation bezeichnete. Vier Musikkapellen begleiteten den Zug. Ordner, an weißen Armbinden erkennbar, hielten den Verkehr aufrecht, sobald sich die Schulkinder direkt im Hintergrunde halten konnten. Der Zug, der über eine Stunde Vorbereitungszeit erforderte, bewegte sich überall durch eine spalterbildende Menschenmenge, deren Zahl auf rund 20 000 zu schätzen ist. Am Gartenfest nahmen circa 14 000 Personen teil. Genosse Markwald hielt die Festrede.

Auf einer Bergtour abgestürzt. Der Beamte der Zahlstelle München des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Genosse Joseph Schiller, ist auf seiner Urlaubstour im Stugital tödlich verunglückt. Seine Gewerkschaft verliert in dem Verstorbenen, der nur ein Alter von 46 Jahren erreichte, einen ungemein tüchtigen Beamten, die Partei einen überzeugungstreuen Kämpfer.

Die Münchener Chauffeure schlossen vor dem Gewerbegericht mit den Kraftwagenbesitzern einen zweijährigen Tarifvertrag ab. Vereinbarung wurde: Höchstständige Arbeitszeit für Tagchauffeure und einstündige Arbeitszeit für Nachtchauffeure, 2 Mark Tagelohn und 12 Proz. der Einnahmen, Garantie eines Tagesdienstes von 4 Mark, unter Zugrundelegung einer Periode von sieben Arbeitstagen. — Die Kraftwagenbesitzer, die sich bisher weigerten, die Organisation anzuerkennen, haben sich durch die letzten beiden Streiks eines Versiers belahren lassen und haben diesmal mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband verhandelt und abgeschlossen.

Ausland.

Der Friede in Sicht.

Nachdem der Kampf in London schon getölpelte Dimensionen angenommen hatte, am Donnerstag die Gefahr eines Generalstreiks akut wurde, hielt es das Handelsamt doch für geraten, eine Verständigung herbeizuführen. Nach telegraphischer Meldung war ein solcher Versuch auch teilweise von Erfolg gekrönt. Der Draht meldet:

London, 10. August. Im Handelsamt werden Besprechungen zwischen Unternehmern und Arbeitern abgehalten. Der Polizeipräsident sowie die Minister Churchill, Lloyd George und Osborne berieten im Innern Amt über die Maßregeln, die zur Vermeidung eines Eisenbahnerausstandes getroffen werden sollen.

London, 10. August. Bei den im Handelsamt gegenwärtig stattfindenden Besprechungen zwischen Unternehmern und Arbeitern kam es zu einer Verständigung zwischen den Kohlentragern und ihren Arbeitgebern.

Das Unterhaus.

Auch das Unterhaus hat sich mit dem Streik beschäftigt. Das Bültsche Telegraphenbureau berichtet darüber:

London, 10. August. (Unterhaus.) Handelsminister Duxton gab bekannt, daß der Ausstand der Kohlentragere beendet sei und G. Glod, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

daß die Unterhandlungen der Ausländer und Fuhelente mit dem Unternehmern heute fortgesetzt werden. Minister des Innern Churchill sagte in Verantwortung mehrerer Anfragen über die Unruhen, der Polizeipräsident von London habe für den Augenblick ausreichende Kräfte zu seiner Verfügung. Aber wenn die Ruhe heute nicht wiederhergestellt werden sollte, so werde die Regierung eine Erklärung abgeben über die Schritte, die zur ferneren Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Sicherung der Lebensmittelzufuhr in London unternommen werden würden. Churchill fügte hinzu, der Polizeipräsident sei beauftragt, alle notwendigen Maßregeln für die Aufrechterhaltung der Ruhe und der Ordnung zu treffen. Personen, die sich Unruhestörungen oder Bedrohungen zuschulden kommen ließen, würden sofort verhaftet werden.

Drohende Hungernot.

Welche Situationen durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer geschaffen waren, läßt die folgende Schilderung erkennen:

London, 10. August. Die durch den Streik geschaffene Lage ist heute früh sehr ernst. Die Kasse sind überfüllt mit Vorräten an Lebensmitteln, die in Häufnis übergehen. Die Eingänge zu den Docks sind gesteckt voll mit ruhenden Frachtkähnen, die Straßen erfüllt von einer erbitterten Menge, die alle Wagen, die Waren führen, überfällt und umstürzt. Polizei ist wohl in großer Stärke aufgeboden, doch unzulänglich gegenüber den Volksmassen, die sich auf so viele Plätze verteilen. Die Vorräte an Benzin nehmen schnell ab, so daß die Omnibusbetriebe und Selbstfahrer in zwei Tagen gemungen sein werden, den Betrieb einzustellen. Wie erklärt wird, wird für die Bevölkerung von London bald kein Fleisch, Gemüse und Obst vorhanden sein.

Der Gummiwappel in Aktion.

Liverpool, 10. August. Heute früh wurden Anstrengungen gemacht, alle Güter, die auf der Zentralfstation aufgehäuft sind, abzuladen. Dies ist zwar gelungen, aber erst nach angestrengten Bemühungen der Polizei, die unausgeseht von ihren Anschlägen Gebrauch machen mußte, so daß sie sich schließlich erschöpft zurückzog und durch Verittene ersetzt wurde. Hundert Polizeibeamte die von Birmingham hier ankamen, wurden unter Hohnschrei der Menge mit allen möglichen Wurfgeschossen empfangen. Die Volksmenge hieb auf die Helme einiger Offiziere ein und jagte wild hinter den Polizeibeamten her, als diese sich nach der Hauptpolizeistation begaben. Ein Polizeibeamter, der einen Ausständigen verhaftete, wurde von der Menge verfolgt und mußte in einem Laden Zuflucht suchen.

Der Allgemeine Eisenarbeiterverein „Streben nach Verbesserung“ in Rotterdam hat ein Manifest verbreitet, in dem alle dort beschäftigten Eisenarbeiter aufgefordert werden, die aus London kommenden englischen Schiffe nicht zu löschen.

Letzte Nachrichten.

Grubenunglück in Böhmen.

Prag, 10. August. (Pr.-C.) Auf dem Anna-Schacht Tschanssch hat sich heute ein furchtbares Unglück ereignet. Durch den Ausbruch giftiger Gase auf der sogenannten Seche „Alter Mann“ sind 7 Mann verunglückt. Zwei von ihnen starben sofort. Die übrigen fünf liegen so schwer danieder, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Militär gegen Streikende.

London, 10. August. (B. L. B.) Infolge des Streiks hat die gesamte Kavallerie und Infanterie von Aldershot den Befehl erhalten, sich sofort zum Amarsch nach London bereitzustellen. Das Uebereinkommen, das im Handelsamt zwischen den Kohlentragern und ihren Arbeitgebern zustande gekommen ist, geht dahin, daß die Arbeiter eine Lohnerhöhung und andere Zugeständnisse erhalten.

Absturz eines Fliegers.

Kopenhagen, 10. August. (B. L. B.) Der französische Flieger Poulain, der sich zurzeit bei Kolding in Jütland aufhält, ist auf einer Höhe von 70 Meter infolge eines Motordefekts abgestürzt und hat dabei mehrere Rippen gebrochen, die in die Lunge eindringen. Sein Zustand ist ernst.

Waldbrände.

Eichstätt, 10. August. (B. L. B.) Heute mittag brach an der Bahnlinie Eichstätt ein großer Waldbrand aus. Die Eisenbahnzüge konnten nicht verkehren, da die Gefahr besteht, daß sie Feuer fangen.

Karlruhe, 10. August. (B. L. B.) Bei dem Sturm Hornberg durch Funken einer Lokomotive ein großer Waldbrand entstanden, der von den Feuerwehren mehrerer Ortschaften noch nicht lokalisiert werden konnte.

Magdeburg, 10. August. (B. L. B.) Das Sacklager der Leinwand- und Sackhandlung A. Krull Witwe am Neuhäuser Bahnhof, das über 1 Million Säcke enthielt, ist heute nachmittag vollständig niedergebrannt.

Lebz, 10. August. (B. L. B.) Die Wigognefabrik Rosenbett und ein Teil der Fabrik Lurjes sind niedergebrannt. Eine dritte Fabrik, die den Gebrüdern Montschel gehört, ist fast beschädigt. Der Schaden ist bedeutend.

Wosen, 10. August. (B. L. B.) Die deutsche Sprachinsel Luzern bei Trient ist gänzlich niedergebrannt.

Tödliche Unglücksfälle.

Kiefernfeld, 10. August. (B. L. B.) Beim Baden ist der Postsekretär Johann Siegel aus München ertrunken.

Königsberg i. Pr., 10. August. (B. L. B.) In Tilsit ertranken heute vormittag beim Baden im Memelfluß umweit der Militärschwimmklub zwei Knaben von elf resp. zwölf Jahren. Die Leichen wurden geborgen.

Aus Elbing wird gemeldet, daß beim Bootfahren auf dem Elbingfluß ein Boot mit vier jungen Leuten umschlug, wobei ein Schloffer ertrank.

Cholera und Pest.

Triest, 10. August. (B. L. B.) Heute sind hier zwei neue Cholerafälle vorgekommen, von denen einer tödlich verlaufen ist.

Konstantinopel, 10. August. (B. L. B.) Gestern und heute sind hier 31 Fälle von Cholera aufgetreten. Davon sind 21 Fälle tödlich verlaufen.

Auf dem Transpordampfer „Marmora“, der gestern von San Giovanni di Medua hier eingetroffen ist, sind drei Cholerafälle festgestellt worden.

Schanghai, 10. August. (B. L. B.) Der Pest sind hier bereits 14 Menschen zum Opfer gefallen; 6 Kranke sind noch im Hospital in Behandlung. Die Betroffenen sind sämtlich Chinesen. Die Seuche brach vorige Woche gerade gegenüber der Niederlassung aus, und zwar an der nordwestlichen Grenze, die immer sehr ungesund war. Ein Fall ist heute innerhalb der internationalen, einer in der französischen Niederlassung vorgekommen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

2. Verbandstag der Bureauangestellten und der Verwaltungsbearbeiter der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften.

Köln, 9. August.

3. Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit Entgegennahme von zwei Referaten über „Unsere Agitation“. Brenke-Weipzig verbreitete sich über die allgemeine Agitation. Er kritisierte, daß manche Funktionäre und sonstige Mitglieder zu wenig agitatorisch tätig sind, verlangte eifrige Mitarbeit aller Kollegen und gab Winke für die Betreibung der Agitation. Rader-Berlin sprach über die Agitation unter den Fabrikangestellten. Diese reklamiert ja der Zentralverband der Handlungsgehilfen für sich, die Bureauangestellten glauben aber, sie eher für die Organisation zu gewinnen und wollen nun auch bei den Fabrikangestellten agitatorisch wirken. — An die Referate schloß sich eine Diskussion, in der die Ausführungen der Referenten ergänzt und Anzogen für die Agitation in verschiedener Hinsicht gegeben wurden. Vorschläge wurden u. a. die Errichtung von Jugendabteilungen. Bauer-Berlin rät davon ab und bittet, es bei den bereits früher beschlossenen Bildungsabteilungen zu belassen. Die Resolution betreffend die Errichtung von Jugendabteilungen wurde darauf zurückgezogen. In der Abstimmung wurde ein Antrag des Bezirks Heinen-Kassau, im dortigen Bezirk, der Domäne des Wiesbadener Verbandes, eine außerordentliche Agitation zu entfalten, ferner ein Antrag Weipzig, für den Bezirk Königreich Sachsen einen Bezirksleiter mit dem Sitz in Leipzig anzustellen, sowie zur Agitation „Verbeplakate“ einzuführen und in den Adressenverzeichnis der Verbandsfunktionäre lediglich die Privatadressen, nicht die Geschäftsadressen aufzunehmen, dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Dann gab Bauer-Berlin den Bericht über die Gewerkschaftskongresse 1908, 1910 und 1911.

In der Nachmittagsitzung gab Pätzloff-Berlin den Bericht der Statutenberatungskommission. Es waren besonders vier Fragen, die die Kommission in der ausgiebigsten Weise beschäftigten. Erstens, die vom Vorstand beantragte Beitragserhöhung, zweitens, die von den Filialen gestellten Anträge zur Erweiterung der Unterstufungseinrichtungen, drittens, die Stellungnahme zu den Befugnissen des Verbandsauschusses, viertens, die beantragte Anstellung der Bezirksleiter.

Die Kommission hatte an der Vorstandsvorlage verschiedene Änderungen vorgenommen. Ueber einige derselben entspann sich eine lebhaft Debatte. Die wichtigsten Bestimmungen des schließlich angenommenen neuen Statuts lauten: Der Verband führt den Namen: Verband der Bureauangestellten und Verwaltungsbearbeiter der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften. Er hat seinen Sitz in Berlin. Der monatlich im voraus portofrei und bestellgeldfrei zu zahlende ordentliche Beitrag beträgt: Klasse I: für Mitglieder im Alter über 30 Jahren 1,50 M.; Klasse II: für Mitglieder im Alter von 18 bis 30 Jahren 80 Pf.; Klasse III: für Mitglieder unter 18 Jahren 40 Pf. In außerordentlichen Fällen kann der Vorstand und der Ausschuss die Erhebung von Extrabeiträgen beschließen. Invalide Mitglieder können zur III. Beitragsklasse überbetreten; in diesem Falle kann ihnen nur noch Sterbegeld gezahlt werden. Von den ordentlichen Monatsbeiträgen kann jede Ortsgruppe 20 Proz. am Orte zurückbehalten. (Bisher 10 Proz.) Der Vorstand kann für Bezirke beamtete Bezirksleiter anstellen und Kosten der Verbandskasse einstellen. Der Vorstand soll nach Prüfung und Feststellung der Bedürfnisfrage die Stelle zur allgemeinen Bewerbung ausschreiben. Die Bewerbungen werden von der zuständigen Bezirksleitung geprüft und geeignete Vorschläge dem Vorstande zur Auswahl unterbreitet. Die Anstellungsbedingungen sind in einem vom Vorstand und Ausschuss ausgearbeiteten und vom nächsten Verbandstag zu genehmigenden Regulativ festzulegen. Der Vorstand hat nach Bedarf Bezirksleiterkonferenzen einzuberufen. Der Verbandsauschuss hat die ihm durch das Statut zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen (betreffend die Beschlüsse über abgelehnte Unterstufungen und Ausschüsse aus dem Verband); auch gegen sonstige Beschlüsse des Vorstandes kann der Ausschuss anrufen werden. In solchen Fällen verhandeln und beschließen Vorstand und Ausschuss gemeinsam. Bei den Wahlen zum Verbandstag wählen alle Wahlbezirke bis zu 150 Mitgliedern je einen Vertreter. Bezirke mit mehr Mitgliedern wählen auf weitere 200 Mitglieder einen wei-

teren Vertreter. Das neue Statut tritt am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft.

Jedenfalls Erweiterungen der Unterstufungseinrichtungen sind in dieses neue Statut nicht hineingekommen. — In einer namentlichen Abstimmung unter den Pensionistenklassen mitgliedern wurde ein Antrag abgelehnt, denjenigen Mitgliedern, welche vor Gründung der Pensionistenklasse das 45. Lebensjahr erreicht hatten, jedoch innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten dieser Klasse Beitragsanteile für dieselbe erworben haben, die Karenzzeit von 10 auf 5 Jahre zu erniedrigen. Das vom Vorstand ausgearbeitete Pensionsklassenregulativ wurde darauf einstimmig angenommen. — Das Grundgehalt für alle Beamten in verantwortlicher Stellung wurde auf 2700 M., das Gehalt des ersten Vorsitzenden auf 3600 M., das des Redakteurs auf 3900 M. erhöht. Vorstand und Redakteur wurden einstimmig wiedergewählt. Die Redaktion der volkstümlichen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung wurde ebenfalls dem Redakteur Lehmann übertragen. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Leipzig. Der nächste Verbandstag wird in München stattfinden. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Aus der Partei.

Abfällige oder unabhällige Täuschungen

betreibt die bürgerliche Presse, indem sie einen Vorgang während der Friedendemonstration in Paris so darstellt, als ob während der Rede des Genossen Rollensbühr Ruhestörungen vorgekommen seien.

Der Vorgang war, wie uns von einem Teilnehmer der Demonstration geschrieben wird, folgender: Ein von der französischen Eisenbahner-Organisation mit aufgestellter Referent sollte sich vorher bei einer Gelegenheit geäußert haben, daß er im Falle eines Krieges für das Vaterland die Flinte auf den Hüften nehmen werde.

Diese angebliche Aeußerung hatte den Unwillen der Pariser Arbeiter erregt und man wollte ihn deshalb als Redner nicht hören. Derselbe bestand aber darauf, eine Erklärung abgeben zu dürfen, und verließ auch trotz Protestes die Rednertribüne nicht.

Nach einigen Minuten gelang es dem Präsidenten, Ruhe zu schaffen und abzuschnitten, ob der Vertreter der Eisenbahner hier reden dürfe. Eine einstimmige Ablehnung nötigte diesen alsdann, die Tribüne zu verlassen, wo man ihm eine alte Pistole zureichen wollte.

Das gerade Gegenteil von dem, was die bürgerlichen Zeitungen so gern gesehen hätten, kam nicht nur in jener Versammlung zum Ausdruck, sondern unsere deutschen Genossen Rollensbühr, Ledebour, Ernst, Bauer, Robert Schmidt, Silberschmidt und Körstin wurden auf das freundlichste und herzlichste behandelt und bewirtet.

Nur den Herrn Minister nicht brüskieren!

In Ihrer Mittwochnummer bringt die „Schwäbische Tagwacht“ noch einen ausführlichen Bericht über die Versammlung des Stuttgarter sozialdemokratischen Vereins vom Freitag. Wir entnehmen dem Berichte noch den Passus, der von dem bekannten Ministeressen handelt. Danach begründete Genosse Hildenbrand seine Teilnahme an dem Essen folgendermaßen:

„Mit seiner Teilnahme am Essen habe er nur einer gesellschaftlichen Form genügt. Die meisten Fraktionen hielten es ebenso, ohne daß sich jemand darüber entrüstete. In Preußen allerdings seien die Verhältnisse anders, dort bekommen die Abgeordneten keine Gelegenheit, einem Ministeressen beizuwohnen. Die württembergische Fraktion habe einer solchen Einladung schon wiederholt Folge geleistet. (Zuruf: Leider!) Auch in diesem Jahre sei bei ihnen angefragt worden. — (Zuruf: Was Ihr speisen wollt?) Nein, nur ob wir teilnehmen würden. Viele Genossen hatten abgelehnt. Er sei aber dennoch hingegangen. Bestemmer habe den heutigen Schläger mit der Marokkointerpellation gewirkt. Die Interpellation sei aber noch gar nicht erledigt. Sie hätten doch jetzt noch jederzeit das Mittel in der Hand, den Minister zu zwingen zu reden. Uebrigens sei die Marokkopolitik nicht so einfach, wie mancher glaube. Er verkenne die Schwierigkeiten keineswegs. Man möge deshalb die Marokkopolitik ausschalten. (Widerspruch.) Ich bin mir wohl bewußt, daß ich heute abend ihre Stimmung nicht

ändern kann und will. Ich spreche mehr zu meiner eigenen Veruhigung. Sie können sich ruhig entrüsten. (Stürmische Entrüstungsbrufe, mehrfach: Unerschämtheit!) Zu mir kommen diese Leute, die Anliegen öffentlicher Art haben; um etwas zu erreichen, bin ich gezwungen, zum Minister zu gehen. Wäre nun die gesamte Fraktion der Einladung nicht gefolgt, die übrigens eine gesellschaftliche Angelegenheit ist, so hätte dies der Minister als eine Enttäuschung empfinden müssen. (Gelächter.) Ihn beruhige das Bewußtsein, so lange er der Partei angehöre, stets seine Pflicht getan zu haben.

Die Versammlung beschloß, nach der Rede Hildenbrands von einer weiteren Diskussion abzusehen. Die Resolution wurde von der von etwa 800 Personen besuchten Versammlung angenommen, etwa 15 Stimmen erhoben sich dagegen.

Genosse Hildenbrand scheint ein sehr einseitig ausgebildetes Takt- und Partigefühl zu besitzen. Er hält es offenbar für eine Todsünde, einen Minister zu brüskieren, mag derselbe auch, wie bei der Marokko-Interpellation nur Spott und Hohn für die Sozialdemokratie übrig gehabt haben. Aber viele Tausende von Parteigenossen zu brüskieren, macht dem Genossen Hildenbrand nicht den geringsten Nummer. Denn daß ein großer Teil der Parteigenossen durch die Teilnahme an dem Essen brüskiert wurde, mußten sich Genosse Hildenbrand und die anderen sozialdemokratischen Ministergäste nach all den unliebsamen Auseinandersetzungen, die schon mehrmals durch die Teilnahme von Genossen an solchen ministeriellen Abfertigungen entstanden sind, von selbst sagen. Im übrigen spricht aus der „Verteidigungsrede“ des Genossen Hildenbrand eine überspannte Wertschätzung der eigenen parlamentarischen Würde, wie sie bei verschiedenen Kur-Parlamentariern in der Partei nicht selten ist, wie sie aber den theoretischen Anschauungen und dem Klassenlampfcharakter unserer Partei durchaus nicht entspricht.

Der 7. sozialdemokratische Gantag für Nordbayern

tagte am 5. und 6. August in Nürnberg. Sämtliche 21 Wahlkreise waren durch insgesamt 72 Delegierte vertreten. Vom Vorstand der Gesamtpartei war Genosse Pfannkuch-Berlin, vom bayerischen Landesvorstand Auer-München anwesend. Die Zahl der Sektionen hat sich von 189 auf 269, also um 80, die der Mitglieder von 30 394 auf 40 318, somit um nahezu 10 000 vermehrt. Der Agitationsbericht ergibt, daß auf allen Gebieten eine überaus eifrige Tätigkeit entfaltet wurde. In die Berichtserstattung knüpfte sich eine Diskussion an, in der auch über den unerhörten Terrorismus gesprochen wurde, den die Zentrumspartei und sonstigen schwarzen Größen in den katholischen Landgegenden entfalten.

In dem Bericht wird auch bemerkt, daß der Leipziger Parteitagbeschlusses betreffs Bildung von Kreisparteizentralen bei der Durchführung auf mancherlei Schwierigkeiten stieß, und in der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern hervorgehoben, daß dieser Beschluß verfehlt und je eher desto besser wieder aufzugeben sei. Am Schlusse der Debatte wurde auch folgender Antrag Herzberg-Nürnberg mit allen gegen 6 Stimmen angenommen:

„Der Gantag stellt an den sozialdemokratischen Parteitag in Jena den Antrag, den Beschluß des Nürnberger Parteitagbeschlusses betr. Mitarbeiter der Beamten (Antrag 90) aufzugeben.“

In der Sitzung vom 6. August hielt zunächst Genosse Seggig einen sehr instruktiven Vortrag über die Gemeindepolitik, die im kommenden Herbst bekanntlich in ganz Bayern sowohl in den Städten als auch in allen Landgemeinden stattfinden. Es wurde hierzu folgende Resolution angenommen:

„Die Wichtigkeit unserer Beteiligung an der Gemeindepolitik in Stadt und Land steht außer allem Zweifel. Sie trägt zur Sozialisierung der bürgerlichen Gesellschaft bei, ist für uns eine Gelegenheit für eine volkshfreundliche Politik sowie eine gründliche Sozialpolitik, im Interesse der Arbeiterklasse einzutreten und damit den Kapitalismus im lokalen Bereich zu bekämpfen und wird so ein wirksames Mittel zur Agitation für unsere Ideen. Der Gantag fordert daher die Parteigenossen in allen Gemeinden seines Bezirkes auf, wo die organisatorischen Vorbedingungen für eine Beteiligung an den in diesem Jahre zu vollziehenden Gemeindevahlen gegeben sind, unverzüglich in die Wahlvorbereitungen einzutreten. Die Bedeutung der Vertretung unserer Partei in den Gemeindevorkontrollungen erheischt es dringend, daß die Parteigenossen allerorts bei der Auswahl von Kandidaten mit Vorsicht zu Werke gehen. Es dürfen nur solche Männer als

Kleines Feuilleton.

Rabobs und Varias der Literatur. Aus London wird berichtet: Eine dieser Tage veröffentlichte Liste der Unterstufungen, die in letzter Zeit an verarmte Schriftsteller oder an deren Familien verteilt worden sind, läßt wieder einmal erkennen, daß auch in dem reichen England die sogenannte reine Literatur ein sehr schlechtes Geschäft ist. Es gibt ja Leute, die sich mit Wüchterschreiben ein schönes Stück Geld verdienen. In England ganz besonders, und vor allem dann, wenn die Wücher nur einen geringen oder fast ansehbaren literarischen Wert haben. Meredith war sicherlich der berühmteste unter allen englischen Autoren des verflorenen Jahrhunderts — dafür war er aber auch der am wenigsten gekannte. Wenn der literarische Wert eines Autors nach der Verbreitung seiner Wücher geschätzt werden könnte, wären Hall Gaine und Marie Corelli sicherlich die größten Genies der zeitgenössischen englischen Literatur. Aber das dürften sie selbst nicht einmal glauben. Sie trösteten sich aber wohl mit dem schönen Gedanken, daß ihnen ihre Literatur jährlich mehrere hunderttausend, ja oft sogar eine halbe Million Mark einbringt. Eine schier unbegrenzte Verbreitung nicht bloß in England, sondern in allen Ländern der Welt genießt auch Conan Doyle; seine Sherlock Holmes-Geschichten werden von den Lesern fabelhaft hoch bezahlt.

Nach den hier genannten Größen der Romanliteratur kommt eine ganze Klasse von Schriftstellern, deren Romane regelmäßig in mindestens 30 000 Exemplaren gedruckt und verkauft werden.

U diesen Rabobs der Literatur stehen aber die armen Varias gegenüber. Es sind meistens Dichter und Schriftsteller, die ein großes künstlerisches Bewußtsein und dementsprechend ein kleines Publikum haben, so daß sie von dem, was sie drucken lassen, kaum leben können. Diesen abwärts vom künftigen Erfolg lebenden Literaten kommt der gute Staat zu Hilfe, indem er ihnen eine Art Almosen gewährt. Es ist die Zivilhilfe der armen Literatur, aus der alle, die der „nationalen Kultur“ Dienste geleistet haben, unterstützt werden sollen. Man könnte nun glauben, daß sich unter den unterstützungsbedürftigen Schriftstellern nur solche befinden, die dem großen Publikum fast unbekannt sind. Unter den in diesem Jahre Unterstützten befinden sich aber auch Schriftsteller, wie William Frazer, der ausgezeichnete irische Dichter und Dramatiker. Er erhält 3000 M. und Josef Conrad, ein Pole, der in englischer Sprache die besten Seeromanen schreibt, bekommt 2000 M. Unterstützungen erhalten auch die Familien in Armut verstorbener Schriftsteller.

Man empfindet tiefe Traurigkeit, wenn man sich die Liste der unterstützten Dichter und Dichtersfamilien ansieht. Denn die paar Mark werden ihnen ohne allzu große Rücksicht gegeben, so daß jeder Mensch wissen kann, daß es sich um „Vettelvoll“ handelt. Die Bureaukratie ist grausam: sie schreibt neben jede Unterstützungssumme, daß sie gegeben wurde, weil „der A. A. andere Substanzmittel nicht besitzt“ oder weil „er sich in schwieriger Lage befindet“.

Einen aber gibt es unter den Unterstützten, der nicht so zart behandelt ist, daß er besondere Rücksichten beansprucht; er ist schon längst

eine Art Vettel, ein Dichter der Straße, der jahrelang auf zwei Kontinenten um Almosen gebettelt und in einer erschreckend ausführlichen Autobiographie all sein Leid und die Lage ohne Brot und die Nächte ohne Obdach geschildert hat. Dieser merkwürdige Dichtermann heißt William Davies. Nun wird der Dichtervagabund nicht mehr nötig haben, den Passanten, milde Gaben heischend, die Hand entgegenzustrecken: er ist jetzt Staatspensionär und erhält ganze 80 M. im Monat. In England bestraft das Gesetz alle Menschen, die obdachlos herumlaufen und um Almosen leben; für William Davies aber hat man eine Ausnahme gemacht. Mehr als einmal freilich stand dem rhapsodischen Dichter wegen Bettelns das Gefängnis in Aussicht, aber heute erkennt ihn selbst der Staat als einen „Kulturträger“ an!

Malaria in Deutschland. Allmählich hat man sich daran gewöhnt, in der Malaria eine Krankheit der Tropen oder wenigstens doch der südlichen Klimate zu suchen. Da erinnert ein Aufsatz von Professor Mühlens-Hamburg in der Zeitschrift für medizinische Fortbildung daran, daß sie in gewissen Gegenden Deutschlands stets heimisch gewesen ist und es sogar heute noch ist. In auch von großen Seuchenzügen wissen die medizinischen Schriftsteller des 18. und 19. Jahrhunderts zu erzählen. Die erste große europäische Epidemie fiel in das Jahr 1558, andere überzogen Deutschland in den Jahren 1718—1722, 1779 bis 1781, 1807—1811, 1865—1866 u. a. m. Dabei waren die Malaria-epidemien oft Vorläufer von schwereren Seuchen wie die Cholera, Pest oder des Typhus. Heutzutage gibt es im ganzen Deutschen Reich verstreute Herde. Man findet einzelne Wechsellieberkrankte in Posen, Spandau, Weichenau, Berlin u. a. Orten. Besonders stark aber ist sie in Nordwestdeutschland verbreitet. Wilhelmshafen hat unter seinen Dockarbeitern und seinen Kindern zahlreiche Malariaerkrankte. Im Jahre 1907 wurden allein 157 einheimische Wechsellieberkrankungen festgestellt. Auch Ostpreußen und das Jeverland ist von ihr ergriffen. Schätzungen lassen vermuten, daß bis 30 Proz. der Einwohner infiziert sind, darunter wieder besonders viel Kinder sowie Anechte und Mägde. Der Überträger der Malaria-Parasiten ist genau der gleiche wie in den Tropen: die Anophelesmücke. Sie lebt in den Viehställen oder auf Geestböden. Woher die Seuche eingeschleppt worden ist, bleibt in Dunkel gehüllt. Vielleicht ist sie von Seefahrern, die sie in den Tropen erworben hatten, in die Heimat gebracht und durch die einheimischen Anophelesmücken weiterverbreitet worden. Daß sie schon lange in diesen Landstrichen bekannt ist, beweisen die zahlreichen Hausmittel, die gegen sie angewandt werden. Die Medizinischen Behörden sind seit einiger Zeit am Werke, die eigentlichen Herde zu ermitteln, um die Krankheit mit den üblichen Methoden wirksam bekämpfen zu können.

Die Anfänge der Eisenzelt behandelte Professor Montelius-Stockholm auf der Anthropologenversammlung, die eben in Veilbronn tagte. Es ist von allergrößter Wichtigkeit, zu wissen — führte er aus — wann der Mensch zum erstenmal das Eisen gebraucht hat, denn auf der Verwendung des Eisens basiert die ganze menschliche Kultur. Wohl haben die Eskimos in Grönland Eisen von Meteoriten gehabt. Das kommt aber nicht in Frage, vielmehr handelt es sich darum, wann ist die Verwendung des Eisens eine allgemeine ge-

worden? In den letzten 50 Jahren hat sich die Auffassung völlig verändert. Man nahm früher an, daß das Eisen im Süden, namentlich in Ägypten, uralt sei, im Norden aber erst viel später, in Skandinavien etwa erst um Christi Geburt bekannt geworden sei. Jetzt ist allgemein anerkannt, daß die Eisenzeit in Skandinavien schon etwa um 1000 v. Chr. anfang, dagegen hat sich herausgestellt, daß das Eisen im Süden sehr viel später, als man so lange angenommen hatte, bekannt geworden ist. Montelius ist überzeugt, daß es nicht mehr als 2000 Jahre v. Chr. in Ägypten zur Anwendung gelangt ist und daß die Pyramiden daher noch ohne Eisenwerkzeuge hergestellt worden sind. Allerdings hat man in einer Pyramide einen Eisensfund gemacht, das beweist aber noch nichts. Jedensfalls war in Griechenland, das mit Ägypten in engster Verbindung stand, in der mykenischen Zeit nicht eine Spur von Eisen vorhanden. Man hat auch nirgend Eisenrost gefunden. Das Eisen war schon Hunderttausend Jahre vor den Menschen da, es ist aber nicht verarbeitet worden. Die Werkzeuge bestanden aus Bronze. Erst am Ende der mykenischen Zeit tritt in Griechenland Eisen auf, jedoch zunächst nur als Schmelz. Dieselbe Erscheinung sehen wir bei den Funden in der Schweiz und in Deutschland. Auch hier ist die erste Verwendung des Eisens als Einlage zu Waffen, teilweise neben Goldinlagen. In Italien ist das erste Eisen in Mittelitalien früher als in Norditalien aufgetreten. Das Eisen von Roricum (Salzburg, Steiermark, Kärnten) war berühmt, und Rom bezog aus Roricum Stahl und Eisen. Daß das Eisen aber nicht zuerst in Norditalien bekannt war, ist ein guter Grund gegen die Annahme, daß Roricum das Ursprungsland des Eisens sei. An der Ostküste von Süditalien in Wandredonia, hat man aber Eisenschlackenstücke und auch Reste eines Schmelzofens zugleich mit mykenischen Scherben gefunden. Daraus geht hervor, daß man sich am Ende der mykenischen Zeit mit der Eisenschmelzung beschäftigte. Tatsächlich befindet sich auch in der Nähe der Fundstelle eisenschlagende Erde. Auf Kreta befinden sich auch interessante Funde aus derselben Zeit. Montelius kommt zu dem Schluß, daß das Eisen in Italien zuerst in Süditalien erschienen ist und daß alles für eine Einführung aus dem östlichen Mittelmeer spreche.

Ein Pferd mit 16 Füssen. Eine große Schenkwürdigkeit hat jetzt das Amerikanische Museum für Naturgeschichte in New York als Ergänzung seiner vielen einzigartigen Schätze erhalten. Es ist das vollständige Knochengestalt eines vierzehnjährigen Pferdes, das in dem Big-Horn-Wald auf der Ostseite des Hellengebirges im Staate Wyoming ausgegraben worden ist. Das Pferd gehört bekanntlich zu den Unpaarhufern, und seine ältesten Vorfahren haben fünf mit kleinen Hufen besetzte Finger und Zehen besessen. Dann ging von diesen zuerst der Damm verloren, während gleichzeitig der fünfte Finger verkümmerte. Im Verlauf des Uebergangs von der fünfzehnjährigen zu einer dreizehnjährigen Pferdeform gab es einen jetzt schon längst ausgestorbenen Älter des Pferdes, der an jedem Fuß vier Füssen besaß, weil der kleine Finger noch nicht ganz verkümmert war. Von dieser merkwürdigen Art stammt das jetzt in New York aufgestellte Skelett.

Unser Vertreter in die Gemeindevorstände einzutreten, die erprobte und fähige Parteigenossen sind. Die Partei tritt in allen Gemeinden, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist, selbständig in den Wahlkampf ein.

Ueber alle von vorstehend niedergelegten Grundsätzen tattisch abweichenden Maßnahmen ist der Gauvorstand als Zentralwahlvorstand vorher zu verständigen und dessen Genehmigung einzuholen. Dem Gauvorstand ist auch rechtzeitig die Liste unserer Kandidaten vorzulegen, damit er die Durchführung der in dieser Resolution aufgestellten Forderungen überwachen kann.

Der nächste Punkt betraf die kommenden Reichswahlen, worüber Genosse Dr. Südekum ein längeres Referat hielt, in dem er die politische Lage scharf beleuchtete und ein Bild unserer Wahlausichten entwarf. In eine Diskussion über diesen Punkt wurde nicht eingetreten.

Nach Erledigung einiger auf das Organisationsstatut bezüglichen Anträge wurde folgender Antrag des Genossen Dr. Südekum behandelt:

Der sozialdemokratische Gauverband Nordhannovers erblickt in dem preussisch-haverischen Lotterievertrag ein neues Mittel des Staates, für seine unfoliale Politik die Taschen der ärmeren Volksschichten zu leeren. Die haverische Regierung beabsichtigt, die Spiel Leidenschaft zu fördern und auszunutzen, obwohl ihr die schweren schädlichen Folgen des Lotteriewesens ganz genau bekannt sind. Demgegenüber erklärt der Gauverband, daß nur durch politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Zusammenschluß eine wirtschaftliche Besserung des einzelnen und der Gesamtheit erfolgen kann. Der Gauverband ersucht die sozialdemokratische Landtagsfraktion, den Lotterievertrag abzulehnen und fordert die Arbeiterschaft auf, die Lotterie von Anfang an aufs strengste zu meiden.

In der Diskussion bemerkte Graf Frankfurt a. M., der vom Wahlkreis Aachenburg bezeugt ist, damit sei eine Frage aufgeworfen, die für das ganze Reich akut sei. Man solle den Antrag nicht auf Bayern beschränken, sondern auch die anderen Bundesstaaten, namentlich Preußen, einbeziehen. Er verlangt dann, daß der Antrag auch dem Jenaer Parteitag übermittelt werde. Hiergegen wendete sich Pfannkuch mit dem Bemerkten, daß es sich hier um einen Vorschlag gegen das Lotteriespiel handle, und dann müsse erst gefragt werden, wie er durchgeführt werde solle. Wenn der Gauverband sich gegen die Einführung der Lotterie wendet, so sei das etwas ganz anderes als was Graf verlange. Schließlich wird, da von Graf kein schriftlicher Antrag vorliegt, die Sache für erledigt erklärt und der Antrag Südekum angenommen.

Es folgten dann die Wahlen, aus denen die bisherige Vorstandschaft wieder hervorging. Als Ort des nächsten Gautages wurde Mothenburg a. d. T. bestimmt. Darauf schloß der Vorsitzende Simon den Gauverband mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Aus den Organisationen.

Die Genossen von Leipzig beschäftigten sich in zwei Versammlungen (12. und 13. Kreis) mit der bevorstehenden Landeskonferenz für Sachsen und dem Parteitag in Jena. In beiden Versammlungen wurde ein Antrag an die Landeskonferenz angenommen, der da bezweckt, daß nicht mehr sämtliche Landtags- und Reichstagsabgeordnete ohne weiteres das Recht auf Sitz und Stimme auf der Landeskonferenz haben, sondern nur ein Fünftel der sächsischen Landtagsfraktion und ebenso ein Fünftel der sächsischen Vertreter in Reichstags. Zur Begründung dieses Antrages wurde u. a. angeführt, daß wenn wir bei den nächsten Wahlen schließlich wieder ein „rotes Königreich“ bekommen, auf der sächsischen Landeskonferenz allein ein halbes Dutzend Parlamentarier mit Sitz und Stimme anwesend sein würden. Den Abgeordneten stände aber nichts im Wege, sich von den von ihnen vertretenen Kreisen als Delegierte wählen zu lassen. Zum Parteitag in Jena wurden in beiden Versammlungen keine neuen Anträge gestellt; doch drückten beide Versammlungen ihr Einverständnis mit den Referenten aus, die an der mangelnden Initiative des Parteivorstandes in der Parokkoangelegenheit scharfe Kritik übten. Als Delegierte zum Parteitag wählte der 12. Kreis die Genossen Buch, Dr. Lenck und Seeger; der 13. Kreis die Genossen Hilbert, Hissel, Scheib, Schiebel, Teubert und die Genossin Hennig.

In Eisfeld fand der von 66 Delegierten besuchte Landesparteitag für Sachsen-Meiningen statt. Die Zahl der Parteimitglieder ist klein; sie liegt von 2700 auf 2708. Sozialdemokratische Ortsvereine bestanden im 1. Meiningener Wahlkreis 18, im 2. Wahlkreis 46, die freie Jugendorganisation hat in acht Orten Vereine. Die Einnahme beliefen sich für das Geschäftsjahr 1910/1911 infolge eines Kasseeinbruchs auf 158,00 M., auf insgesamt 5906,08 M., während die Ausgaben 4345,91 M. betrugen, so daß ein Kasseeinbruch von 1560,07 M. verbleibt. Flugblätter, Broschüren, Kalender usw. wurden in einer Auflage von 66.900 Exemplaren verteilt. Auch die Parteipresse bewegt sich, wenn auch mäßig, aber doch ständig und sicher vorwärts. Die Auflage des „Volkblatt“ in Saalfeld betrug am 1. Januar 1910 5540 und stieg bis 31. Dezember 1910 auf 6050, während im Februar die Auflage bereits auf 8350 gewachsen war. Der „Mittlerer Volksfreund“ in Sonneberg konnte ebenfalls erfreuliches berichten. Die Auflage betrug 1910 8700, am Schluss des Berichtsjahres aber 6500. In finanzieller Beziehung prosperierte das Sonneberger Parteimitglied vorzüglich, so daß im letzten Jahre 12.015 M. an den Einrichtungen abgeschrieben werden konnten. Ein Antrag, die beiden Reichstagswahlkreise zu trennen, soll auf einer späteren Konferenz erledigt werden. Als Landesparteiorgan wurde Genosse Seige-Pöhnert wiedergewählt.

Der diesjährige Bezirks-Parteitag für Oldenburg-Districtland fand am Sonntag in Oldenburg statt. Außer den Wahlkreisvorständen, den oldenburgischen Landtagsabgeordneten und Reichstagsabgeordneten waren 26 Delegierte anwesend; vom Parteivorstand die Genossin Fieg-Berlin.

Der vom Parteisekretär Schulz erstattete Jahresbericht zeigt in jeder Hinsicht ein recht erfreuliches Bild; trotz der allerlei Anfeindungen der Gegner war die Agitation erfolgreicher als in den Vorjahren. Neben einer regen mündlichen Agitation (es wurden allein 106 öffentliche Versammlungen abgehalten) wurden 112.500 Exemplare Broschüren, Flugblätter usw. verbreitet. Mit einem Zugang von 1073 männlichen und 165 weiblichen Mitgliedern beträgt die Mitgliederzahl jetzt 6600 männliche und 1380 weibliche, denen 18.000 organisierte Gewerkschaftsmitglieder gegenüberstehen. Die Frauenbewegung hat wieder gute Fortschritte gemacht. In Delmenhorst, Oldenburg und Rühringen sind die Genossinnen auch auf kommunalem Gebiete als Waisen- und Armenpflegerinnen tätig. Neben der Frauenbewegung hat die Jugendbewegung eine erfreuliche Entwicklung genommen. Jugendvereine bestehen in 10 Orten, in 6 Orten freie Jugendorganisationen mit 540 Mitgliedern. Die „Arbeiterjugend“ wird in 625 Exemplaren gelesen, gegen 465 im Vorjahre. Von den am Jahresabschluss vorhandenen 31 Ortsvereinen verfügten 25 über eigene Bibliotheken, von denen 18 durch den Landesvorstand geliefert wurden. Das Kasseneinbringen zeigt ein sehr günstiges Resultat. Insgesamt betrugen die Einnahmen 11.987,87 M., die Ausgaben 6607,15 M., so daß ein Bestand von 6380,72 M. verbleibt. Die Agitation für die Landarbeiterorganisation und die Dinnenscheiffer war leider wenig erfolgreich. Die Gewerkschaften haben sich besonders in finanzieller Hinsicht verbessert, so daß die „Neue Welt“ demnächst wieder dem Bezirksorgan, dem „Norddeutschen Volksblatt“ beigegeben werden kann. Ein Referat des Genossen Meyer-Rühringen über den Parteitag in Jena gab der Genossin Fieg Gelegenheit, die Stellung des Parteivorstandes zur Parokkofrage darzulegen und die Anknüpfungen einzelner Parteipunkte zurückzuweisen. Der Parteitag erklärte sich mit der Haltung des Parteivorstandes einverstanden. — Der Bildungsausschuß des Vorortes wurde beauftragt, sich zum Zwecke der Durchführung der Zentralaktion mit den

örtlichen Bildungsausschüssen in Verbindung zu setzen. Als Vorort wurde Rühringen, als Vorsitzender des Bezirksvorstandes Genosse Hug einstimmig wiedergewählt.

Aus dem finnischen Parteileben.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Als das finnische wissenschaftliche Organ „Sozialistische Aikauslehti“ — „Sozialistische Zeitschrift“ — Ende 1903 einging, wurde es erst klar, wie wichtig ein solches Organ für die Partei ist. Seitdem ist die Frage wiederholt behandelt worden, wie das Organ wieder ins Leben zu rufen ist. Dem diesjährigen Kongress wird ein diesbezüglicher Antrag zur Beschlußfassung vorgelegt werden, und es steht zu erwarten, daß der Kongress die Herausgabe eines wissenschaftlichen Organs beschließen wird.

Ein Sozialist als Leiter des neapolitanischen Findelhauses.

Man schreibt uns aus Rom: Das neapolitanische Findelhaus der Annunziata, das einst wegen seiner ungeheuren Kindersterblichkeit von sich reden machte — von 260 Kindern starben in einem Jahre 230 — ist jetzt der Verwaltung eines Sozialisten, des Rechtsanwalts Genossen Ducci, anvertraut worden. Das Findelkindwesen wie die Irrenfürsorge sind in Italien Sache der Provinz. Der Provinzialrat, in dem nur ein einziger Sozialist, eben Genosse Ducci, Sitz hat, muß doch zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß bei der bisherigen Verwaltung das Institut ganz auf den Hund kommen würde. Er hat sich daher ganz gegen die bisherige Gewohnheit entschieden, einen Sozialisten mit der Verwaltung zu betrauen. Ducci ist der erste Parteigenosse, dem ein Amt in den neapolitanischen Wohltätigkeitsanstalten zugefallen ist.

Sozialistische Blindenliteratur. Soeben ist die Nr. 6 des 2. Jahrganges der „Neuen Zeit“, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Sprache, erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Frauenfrage und Sozialismus. Von Roma. (Schluß.) Unser Wissen vom Ursprung des Menschen. (Schluß.) Die neue Reichsversicherungsordnung. Von R. R. Die Wahlen in Oesterreich. Weibl (Gebicht). Blindenwesen. Notizen. Die Sonderbeilage enthält den Schluß der Kautsky-Schönlanthan „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“. Der Bezugspreis der Zeitschrift beträgt bei sechsmonatlichem Erscheinen jährlich 3,60 M. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn und 4,50 M. für die übrigen Staaten. Die Parteigenossen werden gebeten, die ihnen etwa bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen. Das Blatt wird nicht durch den Buchhandel vertrieben, sondern ist allein von A. Wendt, Berlin R. 39, Sprengelstr. 1, zu beziehen. Dorthin sind auch alle Anfragen und Bestellungen zu richten.

Jugendbewegung.

Aus der österreichischen Jugendbewegung.

Ein alter, aber bis vor kurzem unerfüllbarer Wunsch der österreichischen Jugendgenossen konnte jetzt verwirklicht werden: die Umstellung eines von Erwerbsarbeit völlig freien Geschäftsführers für den Verband jugendlicher Arbeiter Oesterreichs. Genosse Anton Jenischil, der seit vielen Jahren, schon als Buchdruckerlehrling, für die Jugendbewegung in Wien und der Provinz mit vielem Erfolge tätig war, ist als Verbandshilfsmann angestellt worden. Außerdem ist schon längere Zeit Genosse Switany als Zeitungs-administrator halbtätig angestellt.

Aus Industrie- und Handel.

Der Kampf in der Metallindustrie.

Man schreibt uns: Die Vorgänge in der Metallindustrie haben, wie vorauszusehen war, auch die Spekulation irritiert. An der Börse spielte die Frage, ob der Verband der Metallindustriellen hinter den Maßnahmen der Unternehmer in den einzelnen Bezirken stehe, ob diese gar nach einem geheimen Plane handelten, eine größere Rolle. Von einer Verlöblichkeit, die wohl als informiert gelten darf, hörten wir aber, daß an den Bezirksverband irgend welche Anregungen in dieser Beziehung nicht ergangen seien und daß in maßgebenden Kreisen auch keine Reizung bestehe, eine geplante allgemeine Aussperrung zu unterstützen. Man halte es auch nicht für zweckdienlich, die Arbeiter ganz unvorbereitet auszuregen. Wie geben der Zukunft Raum, können aber doch nicht unterlassen, nochmals zu betonen, daß die Unternehmer wie auf ein Kommando Aussperrungen vornehmen. Daß die Berliner Metallindustriellen nicht mitmachen wollen, kann ja stimmen, auffällig bleibt auf jeden Fall das zeitlich einheitliche Vorgehen der Unternehmer und die Anordnung von Aussperrungen dort, wo gar keine Differenzen bestehen.

Fleischpreise.

Wie stark der Zwischen- und Kleinhandel die Preise erhöht, zeigt sich gerade am Fleischverkauf mit scharfster Deutlichkeit. In den nachfolgenden Durchschnittspreisen sind die bezahlten Werte für die verschiedenen Fleischsorten, so wie sie im zweiten Vierteljahr 1911 an die Indentanturen von Königsberg, Danzig, Stettin, Bromberg, Posen, Breslau, Berlin (Gardelors), Frankfurt a. O., Brandenburg a. H., Magdeburg, Halle a. S., Altona, Schleswig, Hannover, Münster i. W., Düsseldorf, Köln-Deutz, Koblenz, Wiesbaden, Frankfurt a. M. und Kassel geliefert wurden, zusammengefaßt. Ihnen sind in einer zweiten Reihe die entsprechenden Preise der gleichen Fleischsorten im Detailhandel der Großstadt gegenübergestellt. Es ergibt sich da das folgende Bild:

	Preis pro Kilogramm militärischer großstädtischer Mittelpreis	Detailpreis II. Quartal 1911
1. Rindfleisch	1,36 M.	1,80 M.
2. Kalbfleisch	1,31	1,60
3. Rindfleischbraten	1,45	2,40
4. Kalbsbraten	1,60	2,00
5. Gehacktes Rindfleisch	1,45	2,20
6. Rindfleisch	1,50	2,00
7. Kalbfleisch	1,35	2,00
8. Kalbsbraten	1,55	2,40
9. Kalbsbraten	1,60	2,40
10. Kalbsbraten	2,30	2,80
11. Hammelfleisch	1,42	1,80
12. Hammelbraten	1,50	2,00
13. Schweinefleisch	1,23	1,80
14. Karbonade	1,62	2,40
15. Gehacktes Schweinefleisch	1,54	2,00
16. Schweineleber	1,55	2,40
17. Frische Wurst	1,05	1,00
18. Frische Leberwurst	1,35	1,00
19. Roter Schinken	3,00	3,80
20. Gebräuter Schinken	3,25	2,80

Mögen die Preise militärischer Lieferungen auch nur dadurch möglich geworden sein, daß verhältnismäßig große Posten geliefert wurden, es muß dafür beachtet werden, daß die scharfen und sehr eingehenden Lieferungsbedingungen eine Qualität garantiert, wie sie besser durchschnittlich in den Fleischläden nicht geföhrt wird — so erklärt die Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammer. Wenn die Detailhandelspreise, ganz gleich welcher Art, diesen Preisen der Militärverwaltung gegenübergestellt werden, zeigt sich erst recht, um wieviel der Kleinhandel und der Zwischenhandel die Ware verteuert. Die Konsumgenossenschaft bleibt auch hier die beste Rettung.

Ernteausfall.

Die „Statistische Korrespondenz“ veröffentlicht die vorläufigen Ernteschätzungen für die wichtigsten Körnerfrüchte in Preußen nach dem Stande von Anfang August 1911 wie folgt (eingeklammert sind die im Dezember vor. J. bekanntgegebenen Ernteergebnisse von 1910 beigefügt):

Winterweizen	2 092 398 (2 181 112) Tonnen
Sommerweizen	255 854 (800 869) „
Winterroggen	8 122 832 (7 974 673) „
Sommerroggen	61 946 (68 675) „
Sommergerste	1 561 145 (1 688 743) „
Hafers	4 902 448 (5 291 618) „

Demnach wurden in diesem Jahre 147 659 To. Winterroggen mehr geerntet, dagegen ergeben sich folgende Ausfälle: Winterweizen 89 714 To., Sommerweizen 45 606 To., Sommerroggen 4629 To., Sommergerste 127 598 To. und Hafer 889 170 To. Unter Berücksichtigung der Mehrernte würde die Minderernte rund 609 000 To. betragen.

Soziales.

Neutralität in den Genossenschaften.

Auf dem allgemeinen Genossenschaftstag, der unter Vorsitz des Landrats Berthold seit einigen Tagen in Stettin abgehalten wird, entspann sich gestern eine Debatte, in der unter Haß gegen die Sozialdemokratie für scheinbare „Neutralität“ der Genossenschaften eingetreten wurde. Es geht uns darüber folgender Bericht zu: Verbandsdirektor Dr. Alberti-Wiesbaden begründete folgenden Antrag des Gesamtschusses: „Die Genossenschaften als Mittel im Klassenkampf zu verwenden, verstoßt gegen ihre wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Den Genossenschaften ist den politischen Parteien gegenüber strengste Neutralität zur Pflicht zu machen.“ Der Berichterstatter verwies auf den Beschluß des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen und des sozialdemokratischen Parteitages in Magdeburg. Da die Konsumvereine zum größten Teil sozialdemokratische Mitglieder haben, werden sie sich hierüber diesen Beschlüssen fügen. Aber auch unsere Vereine haben sehr viele sozialdemokratische Mitglieder, und bei der strengen Disziplin dieser Partei ist zu erwarten, daß auch diese unsere Mitglieder bestrift sein werden, jenen Beschlüssen nachzukommen. Nach einer Erörterung der Stellung der Konsumvereine in den einzelnen Staaten zur Sozialdemokratie führte der Redner aus: In der deutschen Sozialdemokratie stehen sich zwei Meinungen über die Stellung der Arbeiterkonsumvereine zur Partei gegenüber. Während eine Richtung bemüht ist, die Neutralität der Genossenschaften gegenüber den politischen Parteien aufrechtzuerhalten, erklärt eine andere Richtung diese Bestrebungen für Ueberneutralität, die zu bekämpfen sei. Sie stellen den Grundgedanken auf, daß die Genossenschaften als Mittel im Klassenkampf zu verwenden seien. Insbesondere verlangen sie Unterstüßung der Partei bei Wahlen und Ausperrungen. Sie verlangen auch, daß die Beamten der Genossenschaften mit Rücksicht auf ihre Abhängigkeit die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen und unumwunden erklären sie, daß dort, wo die Sozialdemokratie die Mehrheit in einer Genossenschaft hat, sie auch die Plätze im Vorstand und im Aufsichtsrat besetzen muß. Die Arbeiterkonsumvereine seien mit sozialdemokratischem Geiste zu erfüllen, um als Mittel im Klassenkampf verwendet zu werden.

Politische Bestrebungen sind mit den wirtschaftlichen Aufgaben der Genossenschaften unvereinbar. Die Geschäftsführung muß notwendig leiten, wenn nicht die Würdigen die Geschäfte führen, sondern diejenigen, welche der Partei am besten zu dienen wissen. Würden nach diesen Grundsätzen auch die Wahlen vorgenommen, so würden die verschwinden, welche jetzt noch die Neutralität wahren wollen. Dabei muß auch die Partei schlicht fahren; denn für jeden Mißerfolg wird sie verantwortlich gemacht werden. In solchen Mißerfolgen aber wird es nicht fehlen, wenn die Geschäfte nicht nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden, sondern mit Rücksicht auf die oben erwähnten Bestrebungen einer Partei. (Lebhafter Beifall.)

Konsumratsbeamter Wege-Berlin: Die Konsumvereine sind ein Schaden des Handwerks. Das geht daraus hervor, daß die meisten Vereine sich schon in den Händen der Sozialdemokraten befinden. (Ohorufe.) Die Konsumvereine führen bedingungslos in den Zukunftskampft hinein. (Lebhafter Widerspruch.) Das ist der rote Faden, an dem ich hier hängen bleibe. (Große Heiterkeit.) Bedinglich die Handwerker müssen vor den Konsumvereinen geschützt werden. Wohin sollen die Gewerbetreibenden kommen, wenn jeder beim Konsumverein seine Bedürfnisse deckt. Ich erkläre hier als Beamter, daß wir nicht das Recht haben, das Geld des Steuerzahlers dazu zu benutzen, um uns Vorteile durch Einfäufe bei Genossenschaften zu verschaffen. Wir können in Berlin nicht verstehen, daß Beamte die Erziehung eines Wohnungsgeldschusses dazu benutzen, auf genossenschaftlichem Wege billige Wohnungen zu bekommen. (Lebhafter Widerspruch.) Der Mittelstand in Stettin blüht, weil nicht so viel Warenhäuser hier sind wie in Berlin. Der Referent hat zwar seine Stellung zur Sozialdemokratie dargelegt, wie verhält sich aber seine Stellungnahme zu den anderen Parteien? Wir stehen unmittelbar vor den Reichstagswahlen . . . (Vorsitzender unterbricht den Redner; der Genossenschaftstag habe mit der Politik nichts zu tun. Lebhafter Beifall.) Wenn man hier von der Sozialdemokratie spricht, so kann man wohl auch von den anderen Parteien sprechen. (Gelächter und Rufen.) — Baummeister Schlegel-Köln: Ich bin über die Ausführungen des Vordemers erstaunt, denn genau so, wie man die Konsumvereine als mittelständelndlich bezeichnen kann, kann man auch alle Genossenschaften als mittelständelndlich bezeichnen. Ich bin der Meinung, daß durch die Resolution nichts erreicht wird; denn die Sozialdemokraten werden ihre Konsumvereine nach wie vor beherrschen. Ich bitte Sie, den ersten Satz der Resolution zu streichen, da er nur ganz unzulässigerweise geäußert gegen die Sozialdemokratie ausgelegt werden kann. — Verbandsdirektor Gröger: Herr Wege hat wohl noch nicht viel allgemeine Genossenschaftstage mitgemacht; das entschuldigt aber seine Ausführungen nicht. Er hätte sich vorher erkundigen müssen, in welchem Tone auf unserem Verbandstage gesprochen wird. Hier werden nur ernste genossenschaftliche Grundsätze nach allen Richtungen hin vertreten. Wer sich hier als Politiker fühlt, hat sich als Genossenschaftler ausgeschaltet. Heute ist Schwarzblau Trumpf, morgen vielleicht schon Schwarzrot. (Heiterkeit und Beifall.) Sollten vielleicht alle Genossenschaftler immer mit diesen Strömungen mitwachsen, da würden wir aus den Schwankungen nicht herauskommen. (Lebhafter Beifall.) Gerade nach den Ausführungen Weges möchte ich bitten, den Antrag so anzunehmen, wie er vorliegt. Er richtet sich nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen jede andere Parteirichtung, die sich in der Genossenschaftsbewegung breit machen will. (Lebhafter Beifall.) — Verbandsdirektor Pionz-Lichtenberg: Wir treten doch an die Wohlthurne nicht als Genossenschaftler, sondern als Staatsbürger. Ich sehe nicht ein, wie die Stellungnahme der Genossenschaften irgendwie die Reichstagswahlen beeinflussen soll. (Wapod.) Verbandsdirektor Kurz-Stettin: Wir haben wohl einen gesunden Mittelstand hier in Stettin, aber wenn Herr Wege die Augen ordentlich aufgetan hätte, dann hätte er sehen müssen, daß hier in Stettin 6 Warenhäuser haben. (Große Heiterkeit.) Justizrat Dr. Alberti erklärte in seinem Schlusswort: Ich habe nichts von sozialdemokratischen Konsumvereinen gesprochen. Ich möchte keinen Verein, der als solcher zu bezeichnen wäre. Wir haben es hier auch nicht mit einzelnen Vereinen zu tun. Schluß. Bedinglich schied schon 1878 an Parisus, daß die Genossenschaften nicht in den Parteikampf gezogen werden dürfen, wie das leider mit den Gewerkschaftsbereinen geschehen sei. Die Genossenschaften dürfen keine Partei bilden und ihre Mitglieder gehören ver-

schiedenen Parteien an. Möge das bei uns stets so bleiben. (Zehnter Beifall.) Der Änderungsantrag wurde darauf zurückgezogen und der Antrag des Gesamtausschusses mit allen gegen eine Stimme unter lebhaftem Beifall angenommen.

Damit hat der allgemeine Genossenschaftstag wiederum unter dem Vorzeichen, nicht politisch zu sein, sich auf den Standpunkt der Gegnerschaft zur Sozialdemokratie gestellt. Bemerkenswert ist die Heberneutralität des Genossenschaftstages mit Ausföhrungen sogenannter Heberneutraler in der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Aus einer „ordentlich“ geleiteten Krankenkasse.

Vor einigen Jahren wurde in Rattowitz eine Väterkrankenkasse von der Ortskrankenkasse abgezweigt. Kassenrentant wurde ein gewisser A. Schulze. Weil die Beiträge fortwährend erhöht werden sollten, wurde eine Revision der Kassenbücher angeregt. Der Rentant widersprach einer solchen, da er Mitglied des Kriegervereins sei und dem Ostmarkenverein angehöre. Da sei eine Revision überflüssig. Die Revision erfolgte dennoch und zeitigte als Ergebnis das Vorhandensein eines Mankos von 850 Mark gegenüber dem Väterausweis. Der Rentant ist seines Amtes enthoben. Es verlautet, daß wie in einem früheren Manko, in dem ein Vätermeister den Fehlbetrag ausglich, auch jetzt ein Junungsheer für das Defizit des Ostmarkenvereinsmitglied einbringen will. Und wie steht es mit der strafrechtlichen Verfolgung? Der Rentant war ja ein Müllerbeamter, ganz nach dem Herzen derer um h. Besierp, Mugdan und Trimborn: die Feindseligkeit gegen Sozialdemokraten zeichnete ihn aus. Welcher Grund liegt dafür vor, daß die strafrechtliche Verfolgung wegen Unterschlagung noch nicht betrieben ist? Ist die Aufsichtsbörde etwa der Ansicht, daß der Rentant — vielleicht als Ostmarken-Vereinsmitglied — das Bewußtsein einer strafbaren Handlung nicht hatte, vielleicht durch die von der Vereinsleitung betriebene Hebe den Unterschied zwischen Mein und Dein verlernt haben könne?

Aus der Frauenbewegung.

Sie Rot!

Herr, schätze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich schon selber schätzen! ist der Wortlaut eines durchaus berechtigten Gebets. Um sich aber vor seinen Gegnern schätzen zu können, erscheint es unbedingt notwendig, des Feindes Stärke resp. Streitkräfte zu kennen. Im politischen Leben Deutschlands scheint sich alles auf die beiden Farben Rot und Schwarz zurückführen zu lassen. Die Nuancen dazwischen werden früher oder später verschwimmen, vergehen. Ein Tor der's nicht erkennt. Auch die in den politischen Kampf eintretenden Frauengruppen werden sich früher oder später in dunkle und aufgeklärte Geister scheiden. Die heutigen bürgerlich-frauenrechtlerischen Führerinnen, sofern sie sich nicht den Farben Rot und Schwarz anpassen, werden, holl bitterer Erkenntnis, über kurz oder lang erleben, daß sie truppenlose Führerinnen sind. Um nun den 100 000 organisierten Genossinnen einen klaren Begriff der Stärke des schwarzen Gegners zu geben, um nur in etwas das Anschwellen der ganzen, gefährlichen, schwarz-weißlichen Flut anzudeuten, sei hier heute über den Status einer einzigen, kleinen, weiblichen, schwarzen Eskadron etwas Eingehenderes mitgeteilt. Es handelt sich um die Diakonissinnen. Die Zahl der den 84 Mutterhäuser des Kaiserwerther Verbandes zugehörigen, ebangetischen Diakonissinnen beträgt 19 958 und wird sich mit Hinzurechnung der jetzt im September neu aufzunehmenden Schwestern auf über 20 000 vergrößern. Diese rund 20 000 Schwestern arbeiten auf 7216 Arbeitsgebieten, in 1118 Krankenhäusern, in 155 Gemeinshäusern, in 460 Altersheimen und Siedelhäusern, in 33 Krüppel-, Blinden- und Taubstummenanstalten, in 57 Anstalten für Blinde und Epileptische, in 8454 Gemeindeflecken, in 202 Erziehungsanstalten und Schulen, in 1117 Kleinkinderkassen, in 154 Krippen, 57 Mägdlebildungsanstalten, 78 Erziehungsanstalten für verwahrloste und gefährdete Kinder, 63 Magdalenenstiften und 252 anderweitigen Arbeitszweigen. Die Gesamtzahl der Schwestern ist nun um 1811, also um 10 Proz. gewachsen. Diejenige der Arbeitfelder um 682, das ist 8,80 Proz., die Einnahmen um 2 259 895 M. macht 12 Proz. Die Gesamteinnahmen betragen 20 528 588 M. Der Jahreszuwachs an Schwestern betrug in den letzten drei Jahren durchschnittlich 800, gegen 550 in den früheren drei Jahren. In der Krankenpflege arbeiten 9303, in der Gemeindeflege 6466, in Erziehung 2958, in verschiedenen Arbeitszweigen 500. Neue Arbeitsfelder sind nicht so zahlreich wie früher übernommen, weil eine ganze Anzahl von Erbeuten, namentlich auf dem platten Lande, von in Diakonissenhäusern ausgebildeten Dorfpflegerinnen und freien Hilfschwestern übernommen wurden, weil ferner auf den meisten der übernommenen Arbeitsgebiete die Zahl der Schwestern vermehrt wurde und auf die Ausbildung der Schwestern noch mehr Fleiß und Sorgfalt — entsprechend den höheren Anforderungen der Zeit — verwendet werden mußte. Ueber die größte Zahl von Schwestern verfügen: Kaiserwerth 1837, Viesefeld 1265, Stuttgart 928, Königsberg 800, Rendsfeld 750, Dessau 708, Hannover 500, Krihania 527, das Diakonissenhaus in Darmstadt zählt zurzeit 324 Schwestern. Wenn man sich nun allein den Einfluß dieser kleinen schwarzen Eskadron, der wir die weißen Kinderherzen und die durch Krankheit geistig und körperlich geschwächten unzähligen Erwaachsenen

anvertrauen müssen, vergegenwärtigt, dann dämmert auch wohl in diesen proletarischen Frauenherzen die Erläuterung auf, wieviel wir noch zu leisten, wie mächtig wir unsere Organisationen auszubauen haben, wie kraftvoll wir uns am jetzt einsetzenden Reichstagswahlkampf beteiligen müssen, um diesen dunklen Massen, von denen hier nur ein Aeslein silhouettiert worden, im gewaltigen Kampf zwischen Schwarz und Rot, im Ringen des Fortschritts mit dem Rückschritt, richtig gewinnend gegenüber zu stehen. Von den Riesenkapitalien dieser schwarzen Mächte hier ganz zu schweigen. Sie Ausklärung, die Proletariat, die Rot!

Die erste kommunale Mutterschulklasse in Deutschland ist Ende des vorigen Jahres in Sebnitz in Sachsen — dem Zentrum der Blumenindustrie — geschaffen worden. Obgleich in Sebnitz zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit bereits Stillprämiën eingeführt waren, betrug doch der Satz der stillenden Mütter immer nur 55 Proz., und die Säuglingssterblichkeit 20 Proz. Aus diesem Grunde erzielten weitergehende Maßnahmen, die eine Ergänzung zu der staatlichen Krankenversicherung der Wöchnerinnen bieten, als notwendig. Hierzu sollten aber nicht nur öffentliche Mittel flüssig gemacht werden. Nach dem Ortsstatut für die Mutterschulklasse können der Klasse in Sebnitz wohnende weibliche Personen aller Stände beitreten, deren eigenes oder Familieneinkommen 1000 M. nicht übersteigt. Die einmal erworbene Mitgliedschaft kann auch weiter aufrechterhalten bleiben bis zur Höchsteinkommengrenze von 2500 M. Die Mitglieder zahlen einen Monatsbeitrag von 50 Pf. Die Klasse zahlt nach einjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft die bisher eingezahlten Monatsbeiträge, also 6 M., zurück und dazu ein Wochenlohn von 14 M., nach zweijähriger Mitgliedschaft die Monatsbeiträge, also 12 M., nebst einem Wochenlohn von 18 M., nach drei Jahren die Monatsbeiträge von 18 M. nebst einem Wochenlohn von 22 M. Bei Zwillingengeburt wird ein Zuschlag von 10 Mark gegeben. Die Auszahlung der sogenannten Spargelder, so heißen die aufgesammelten Monatsbeiträge, erfolgt sofort nach Anzeige der Entbindung, die Auszahlung des Wöchnerinnengeldes nach 14 Tagen. Nach Totgeburten, oder falls das Kind in den ersten acht Tagen stirbt, werden nur die Spargelder ausgezahlt. Stirbt dagegen die Mutter im Wochenbette, so hat das Kind, beziehungsweise der eheliche Vater, Anspruch auf die volle Unterstützung. Stillende unbemittelte Mütter haben außerdem noch Anspruch auf Gewährung von einem Liter Milch täglich, zum Zwecke ihrer eigenen besseren Ernährung. Die Klasse kann sich bei den geringen Beiträgen und den verhältnismäßig großen Leistungen natürlich nicht allein aus den Beiträgen erhalten, die Stadt zahlt alljährlich aus städtischen Mitteln einen Zuschuß von 3000 M., außerdem werden Erziehungsmittel der Klasse dienstbar gemacht. Auch Industrie-Unterstützung der Klasse mit größeren Jugendgruppen. Das Sörgehen der Stadtverwaltung von Sebnitz verdient auf jeden Fall die Beachtung aller an der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit arbeitenden Kreise. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch bald an anderen Orten gleiche Einrichtungen ins Leben gerufen würden, vor allem in unleren industriereichen Städten, und besonders da, wo zahlreiche Frauen im Erwerbleben tätig sind.

Gerichts-Zeitung.

Keine Klassenjustiz?

Durch Drohungen und Ehrverletzung soll der Klempner Friedrich Häfeld im September 1910 den Klempner Hähold und den Lehrling Dabrud zu bestimmen verurteilt haben, an einen Streik zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen.

In der deshalb jetzt vor dem Spandauer Schöffengericht anhängige Verhandlung wurde der Angeklagte durch den Rechtsanwalt Dr. Heinemann verteidigt. Als Vorsitzender fungierte Assessor Köhler. Die Anklage vertrat ein Sekretär der Amtsanwaltschaft.

Der Angeklagte schilderte den Sachverhalt wie folgt: Der auf einem Neubau in der Friedrichstraße in Spandau im September 1910 beschäftigt gewesene Klempner Proly frag telephonisch an, ob sich der damalige Klempner- und Rohrlagerstreik auch auf den genannten Bau erstreckt, auf dem außer ihm auch der Klempner Hähold arbeite. Darauf sei der benachrichtigte Spandauer Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Richter, mit ihm und noch einem Kollegen nach dem Bau gegangen. Als sie hier den Klempner Hähold auf den schwebenden Streik aufmerksam machten, sei dieser gleich mit Schimpfworten über sie hergefallen, was sie sich natürlich nicht gefallen haben lassen. Zu dem Lehrling hätten sie nichts gesagt.

Der Klempner Bruno Hähold befaßte als Zeuge: In einem Tage im September 1910 seien drei Mann zu ihm in den Keller gekommen, wo er gearbeitet habe. Sie hätten ihn gleich mit Streichhölzern, Lump, Galunke beschimpft und er hätte sich das verboten, wäre aber immer weiter belästigt worden. Als die Männer dann von dem Zimmermeister aus dem Keller gewiesen wurden, hätten diese sich an die Bordwand gestellt und immer weiter geschimpft. Daraus habe er den Satz eines Polizeibeamten in Anspruch genommen, der aber nur den Richter feststellen konnte, da die beiden anderen wegkamen. Durch Umfragen habe er dann auch den Namen des Angeklagten festgestellt. Der Verteidiger hält dem Zeugen dann Wehungen vor, die er in der Strafsache Richter vor der Strohkammer der Berufungsinstanz getan hat, und die ein ganz anderes Bild als seine jetzige Schilderung ergeben. Der Zeuge bestritt, jede der ihm vorgehaltenen Wehungen getan zu haben,

trotzdem diese protokolllarisch festliegen. Er bestritt auch, vor dem Richter mit dem Zeugen Proly Hähold getrunken zu haben. Einen Antrag des Rechtsanwalts Dr. Heinemann, die alten Richter von der Strafkammer kommen zu lassen, um die Glaubwürdigkeit des Zeugen zu prüfen, lehnte der Vorsitzende ab.

Der sechzehnjährige Lehrling Otto Dabrud gab als Zeuge an, daß er nicht belästigt worden ist. Es habe nur eine gegenfettige Schimpferei mit Hähold stattgefunden. Der Zeuge Proly hat ebenfalls nur gegenfettige Schimpfen gehört. Der angefangene, könne er nicht sagen, da er in einem anderen Raum gearbeitet habe. Daß er mit Hähold vorher eine geringe Quantität Schnaps getrunken habe, sei richtig. — Ein weiterer Zeuge gibt daselbe an.

Der Sekretär der Amtsanwaltschaft beantragte sechs Wochen Gefängnis!

Der Verteidiger hob hervor, daß zunächst doch einmal festgestellt werden müsse, ob der Zeuge Hähold durch die Schimpfworte bestimmt werden sollte, mitzutreten, oder ob nicht vielmehr dieser nur bewogen werden sollte, die Arbeit niederzulegen. Dann solle aber die Anklage aus § 153 der Gewerbeordnung und es bleibe nur die Beleidigung übrig, wegen deren vom Beleidigten aber kein Strafverlangen gestellt worden sei. Das Reichsgericht habe 1908 in einer gleichen Sache entschieden, daß die Befestigung eines, die Erreichung des Zieles störenden Gegners nicht strafbar im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung sei. Die Kollegen des Hähold konnten ja auch gar nicht annehmen, daß sie diesen, der, wie er selbst zugibt, in einem Verein ist, der den Streik verurteilt, zum Streik bewegen würden. Vielmehr haben jene nur ihre Mißachtung, ihren Aerger und Unwillen ausgedrückt.

Das Gericht ging weit über den Antrag der Amtsanwaltschaft hinaus und erkannte auf die horrenden Strafe von drei Monaten Gefängnis, da es die Heberzeugung habe, daß durch Ehrverletzung der Zeuge Hähold zur Teilnahme am Streik bewegt werden sollte. Ein derartiges Vergehen heiße aber strengste Strafe.

Es ist also in einem Falle, für den die Anwendbarkeit des § 153 G.O. zum mindesten höchst zweifelhaft war, die Höchststrafe ausgeworfen. Wegen das ungeheuerliche Urteil ist Berufung eingelegt.

Eine Kreditwindlerin, die mit wahrer Virtuosität alle Menschen vom Juwelier bis zum Milchhändler herab, angeborgt hat, mußte sich gestern vor dem Straftribunal verantworten. Wegen wiederholten Betruges hatte die 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow gegen die Frau Marie Pr e u ß geb. Kaufmann zu verhandeln. Die Angeklagte ist schon einmal wegen ganz ähnlicher Kreditwindereien verurteilt. Ihr Ehemann ist wegen verschiedener Betrugsereignisse aus Berlin ausgewiesen worden. Trotzdem sie völlig mittellos war, eröffnete sie in der Regensburger Straße ein Pensionat. Schon nach kurzer Zeit wurde sie von allen möglichen Lieferanten verklagt und mußte den Offenbarungseid leisten. Dies hinderte sie jedoch nicht, sich ein Pelzjacket für 750 M. und einen Reisantrieb für 200 M. auf Kredit anzuschaffen, trotzdem sie die ihr täglich gelieferten Semmeln und die Milch nicht bezahlen konnte. Als ein Milchhändler trotz wiederholter Mahnungen von der Angeklagten kein Geld nicht erhalten konnte, veranlaßte er den Portier, in Abständen von einer Stunde an der Wohnungstür der Angeklagten zu läuten und die Rechnung zu präsentieren. Als er schließlich mit der Polizei drohte, erklärte ihm die Angeklagte in böhmischer Weise, daß er dann auch versuchen solle, sein Geld von der Polizei zu bekommen. — Der Bericht über die Angeklagte nur zum Teil geblieben. — Staatsanwalts-Assessor Mackow ließ in einigen Fällen die Anklage fallen, da sich die Angeklagte in diesen Fällen als böswillige Schulnerin gezeigt habe. Wegen der übrigen Betrugsereignisse beantragte der Vertreter der Anklage ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. Das Gericht kam in mehreren Fällen zu einer Freisprechung. Das Urteil lautete wegen Betruges in acht Fällen und Unterschlagung in einem Falle auf sieben Monate Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

In der Zeit von Montag, den 7. bis Freitag, den 11. August: Sprechstunde abends zwischen 7 und 9 Uhr.

M. P. 12. Sie müssen sich den Vornamen gefallen lassen, als er nicht das Maß des Erträglichen übersteigt. Werden Sie durch das Gericht so belästigt und in Ihrer Nachruhe gestört, daß Ihre Gesundheit erheblich gefährdet wird, können Sie, wo Sie den Wert vergeblich um Abhilfe ersucht haben, ohne weiteres ausziehen. — P. W. 39. Am 1. Oktober. Die Vollzeitorordnung betr. der Umzüge handelt lediglich von Wohnungen, nicht von Geschäftsräumen. Die Räumung kann im Laufe des ganzen Tages bewirkt werden. — M. G. 100. Das hängt alles vom Vormundschaftsrichter ab. Schwierigkeiten werden nicht entstehen. Sie und auch die Frau können Vormund werden. — Dörfert. Sie können Schadenersatz fordern. Rufen Sie nach der Auszahlung einen Sachverständigen (Rechtsanwalt) hinzu. Den Brief haben Sie doch wohl um Abhilfe ersucht? Event. können Sie zur Nachfrage in die Sprechstunde. — P. T. 11. Antworten Sie vorläufig nicht. Warten Sie ab. Es ist zweifelhaft, ob Sie sich durch Ihre Einmischung nicht miteinverleiben lassen. — W. G. 4. Warten Sie ruhig ab. So schnell geht die Sache nicht. — J. S. 23. Bis zum vollendeten 16. Lebensjahr. Ist das Kind zur Zeit der Vollendung des 16. Lebensjahres infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen anhaltend, sich selbst zu unterhalten, so hat ihm der Vater auch über diese Zeit hinaus Unterhalt zu gewähren. — G. G. 100. Wegen der Berufung ein. Das Oberverwaltungsgericht hat schon mal im entgegengekehrten Sinne entschieden. Event. können Sie gelegentlich mal in die Sprechstunde

Bei Magenverstimmung Santa Lucia Kraft-Rotwein fl. 1.50 u. 2.00

Nachahmungen bitte zurückzuweisen. Künftig in Apotheken, Drogerien und Delikatessen-Geschäften.

Um sich vor Infektionskrankheiten zu schützen, trinken die Völker des Südens Wasser nicht ohne Zusatz von Wein. Dass das Vollbewusstsein richtig ist, haben unsere Gelehrten durch umfangreiche Untersuchungen bestätigt gefunden. Durch Vermischen gleicher Teile gewöhnlichen Trinkwassers mit Wein wurde die Zahl der Infektionskeime zu 1/4 vermindert, nach kurzer Zeit sogar vollständig, so dass nach dem Bericht des Dr. Mig. Wasser durch Weinzusatz absolut keimfrei wurde.



Grosser Saison-Ausverkauf nur noch wenige Tage solange der Vorrat reicht.

Um mit den noch vorhandenen Restbeständen der zum Ausverkauf gestellten Waren gänzlich zu räumen, haben wir einen grossen Teil derselben weiter im Preise ermässigt und zwar

Selten günstige Kaufgelegenheit

Zentrale u. Versand: Oranien-Strasse 34

Tauentzienstrasse 20 Leipziger Strasse 65

Oranienstrasse 47a König-Strasse 34

Rixdorf, Bergstr. 7-8 Müller-Strasse 3a

bis zu 40%

Augenarzt Dr. Hoffmann
Große Frankfurter Str. 134
1/9-11. 5-7.

Reste
Wasserfabrik, „Herbst-Neubau“ für
Anzüge, Kostüme, Peter 3, 4 Markt.
Tuchlager-Gesellschaft m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, b. Bezirksgef.

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie
direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maab, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5187
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Jeder Herr
weshalb schön und billig sich kleiden will, empfehle
einen Posten gebrauchter, ehem. geringster Herren-An-
züge, Paletots etc., für jede Figur passend. Die Sachen
sind aus prima Maßstoffen angefertigt, teils von ersten
Firmen, einzelne aus Abonnementhäusern stammend, früher
bis 100 Mark, jetzt zu folgenden extra billigen Preisen:
Jackett-Anzüge . . . M. 9, 14, 18, 20 etc.
Herren-Paletots . . . 8, 12, 14
Rook-Mode-Anzüge . . . 12, 16, 18, 20
Gehrock-Anzüge . . . 18, 22, 26, 29
Herren-Hosen . . . 3, 4, 5, 7
Abt. II: Elegante neue Garderobe.
J. Wand Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, a. d. An-
dreasstr. II. Geschäft: Chausseestr. 89
Verkaufsstelle für den Westen: Jägerstr. 11.
Verleihung von eleg. Frack- u. Gesellschafts-Anzügen.
Bitte genau die Hausnummer beachten. 100

FEUERWERK
Auswahl in Neuheiten von Salon-, Land- und Wasser-
Spezialität: Sortiment von M. 0.75 bis M. 500 mit genauer Gebrauchsanweisung.
W E R K Vereine, Lauben-Kolonisten, Gastwirte erhalten Engrospreise.
A. Klimitz, C 2., Rathausstr. 1 (direkt hinter dem Rathaus).
Telephon: 1. 6341. 5177.
Neuer Katalog 1911 gratis u. franko.
Vorzeiger dieser Annonce erhalten 5 Proz. Extrarabatt.

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter
kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenhaller Str. 53, Ecke Weinmeisterstraße;
Landsberger Allee 148, am Friedrichshain; Nixdorf, Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 11. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
Siegfried.
Anfang 8 Uhr.
Romische Oper. Der verbotene Fuß.
Berliner. Dammstudenten.
Reibung. Die Dame von Maxim.
Westen. Die lustigen Nibelungen.
Neues Schauspielhaus. Die feuchte
Sufanne.
Neues. Wessloffen.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Zehn. Charlottenburg. Der
dunkle Punkt.
Leitung. Glaube und Heimat.
Lustspielhaus. Die goldene Schüssel.
Reines. Korachen. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Trionon. Das Feingeh. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Eine Million.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Der Siebente. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Wife. Kaffertent. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Metropole. Hoheit amüsiert sich!
Folies Caprice. Drei Frauenhüte.
Sie ist eine Ausnahme. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Noigt. Preciosa.
Noad. Am Strassen vor dem Tore.
Gerrufeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Berliner Theater. Die 3 Grazien.
(Anfang 7 1/2 Uhr.)
Nywa. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaiser-Panorama. Real Besuch
von Konstantinopel Wanderung
in den Dolomiten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Helgoland im
Wechsel der Zeit.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
**Helgoland im Wechsel
der Zeit.**
**ZOO-LOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Dritter Wahlkreis.
Sonnabend, den 12. August 1911, in der „Neuen Welt“, Hasenheide:
Großes Sommer-Fest
Konzert, Spezialitätenvorstellung, Turnerische Aufführungen.
In den Pausen: Marionetten-Theater.
Fackel-Polonäse, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält
Von 7 Uhr an: **Großer Ball** Daran teilnehmende Herren
zahlen 50 Pf. nach.
Anfang des Konzerts 5 Uhr. * Programme an der Kasse gratis. * Kasseneröffnung 3 Uhr.
213/17* Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
3 Frauenhüte.
Sie ist eine Ausnahme.
Das Strumpfband.
Cousin Pamponette.
Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichshain
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
In der heißen Jahreszeit
angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
D. prunkvolle Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlit-
schuhen.
Neu: Push-Ball-Spiel
Zahlreiche
Kunstlaufproduktionen.
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds.: halbe Kassenpreise.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Der dunkle Punkt.
Lustspiel in 3 Akten v. G. Adelburg
und Rudolf Presber.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Der dunkle Punkt.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll)
Freitag, 11. August, abends 7 1/2 Uhr:
2. Ringaktus zu ermäßigten Preisen:
Siegfried.
Sonnabend, 12. Aug., abends 7 1/2 Uhr:
Zeit. Galtsp. Emmy Destinn: Carmen.
Sonntag, den 12. August, abends
6 Uhr: **Lohengrin.**

**PASSAGE :: ::
ANOPTIKUM**
Das größte Schauabtlissement
des Kontinents.
Lebend
der Mann mit der
**eisernen
Zunge.**
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwebende Jungfrau
Alles ohne Extra-Entree.

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Sonnabend, den 12. August 1911
Grosses Sommer-Fest
zur Feier des 28. Stiftungsfestes
in den Gesamträumen der Aktienbrauerei Friedrichshain,
Am Königstor.
Konzert :: Spezialitäten-Vorstellung :: Turnerische Aufführungen
Auftreten des Berliner Mlk-Trio :: Kasperle-Theater :: Kinder-
fackelzug :: Brillant-Feuerwerk :: Kinemathograph.
In den beiden Sälen: **Gr. Sommernachtsball.**
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung.
Alle Mitglieder nebst Familie sowie Freunde und Bekannte
× × × sind hierdurch ergebenst eingeladen. × × ×
Anfang des Festes 4 1/2 Uhr. × × × × **Entree 30 Pf.**
254/15* **Der Vorstand.**

Volgt-Theater
Schindlerstr. 56.
Heute sowie täglich:
Preziosa.
Schauspiel mit Gef. und Tanz von
Wolff, Ruffl, Karl Maria von Weber.
Gänzl. neu oraklass. Spezialitäten.
Kasseneröffnung 2, Anfang 4 1/2 Uhr.
Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72, Ecke Warganderstr.
Inh.: Max Schindlerhauer.
1.-16. August: **Niesen**, Welt-
stadt-Programm. U. a.:
Kurt Armand, Humorist.
Cilli Schwarzenberg, Tanzlothr.
Harry Bienensteins mod. Fleisch.
Charles Sellar, Delphischer Palast
Lara Reels, Ruffl, Excentriques.
Flourison Terzett, Gef. u. Tanz.
Kuldes Vabereise.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Sommerpreise, neu entstudiert:
Die Dame von Maxim.
Schwan in 3 Akten von Georges
Fendreau. Deutsch u. Benno Jacobsohn.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Der erste Komiker d. Jetztzeit.
Emanuel Steiner
Rechenphänomen
**! und das große
Varieté-
Eröffnungsprogramm**
Metropol-Theater.
Zum 105. Male:
Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund.
Musik von Rudolf Keilon.
In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Täglich: Bummelstudenten.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nibelungen.
Volksgarten-Theater
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Margot Jackson × O. D. Boston
Tim-Tom × Willi Schönburg
Henry Trio.
Die Rose von Japan.
Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Wie man Weiber fesselt.
Voll mit Gesang in 2 Akten.
Spezialitäten, Kinematograph.
Jeden
Wittmoos: **Kinderfest.**
Anf. wochentags 5, Sonnt. 4 Uhr.
Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18
Direktion: Karl Pirnau.
Bernardo u. Mertens
Die Nacht des Walzers.
3 Cosette mit Hund und Tauben.
Milardo, das tanzende Kerlchen.
Ada u. Otrifred Rolay, Duett.
? ? ? ? der mysteriöse Würfel.
Die Willuhns phantastischer Akt usw.
Anfang 4 Uhr. Vorstellung 6 Uhr.

Max Kliems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: **Grüßliche Theater**
und **Spezialitäten-Vorstellungen.**
Selbstbedachter Theatergarten, bei un-
günstiger Witterung Schutz bietend.
Jed. Wittmoos: **Gr. Kinderfest.**
Donnerstag: **Elltag.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zum 177. Male:
Kasernenluft.
Auf der Gartenterrasse:
Es gibt nur ein Berlin.
Große Revue.

Apollo Theater
8 Uhr:
Die großen Spezialitäten
8 1/2 Uhr:
**Nur noch kurze Zeit!
Ensemble-Gastspiel
Harry Walden**
in
Sein Herzensjunge.
Bauderville mit Gef. u. Tanz in 2 Akten
von H. Feldhardt und H. Schaner.
Musik von B. Kollo.

Gesangverein Männerchor Ost
M. d. A.-S.-B.
Sonntag, den 13. August 1911:
Gr. Sommerfest
verbunden mit
Instrumental- und Vokalkonzert sowie Spezialitäten
ersten Ranges
in Neumanns Volksgarten (früher Mente), Lichten-
berg-Berlin, Röderstraße 28, 29.
Großes Preiskegeln.
Kinderbelustigungen aller Art: Schaukel, Karussell, Bonbonregen etc.
Bei eintretender Dunkelheit **Großer Fackelzug**, wozu
jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.
Von 5 Uhr ab **Tanz.**
Eröffnung 2 Uhr, Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab
zur Verfügung. — Hierzu ladet Genossen, Freunde und
Gönner höflichst ein. 61/10 **Das Komitee.**

Café Bellevue.
Kummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstell.
u. **Garten-Konzert.**
Jeden Sonnabend und
Donnerstag:
**Soireen der
Koffmanns Sänger**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang
wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Herrnfeld Theater
Jubiläums-Saison 20-jährig Direktion
Anton und Donat Herrnfelds.
Seit 20 Jahren der größte Erfolg
die Robitäten

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Am Strassen vor dem Tore.
Wiederholung mit Dir. Dill in den
Hauptrollen. **Tann u. gelehrt.**
Eine schlaue Wittin.
Bei schlechtem Wetter Vorstellung
im Saale.

Das Kind der Firma
Bermundungsstud. in 2 Akten mit
den Autoren
A. Herrnfeld u. Tobias Tschapperneck.
Donat Herrnfeld als Philipp Katzenfell.
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorberl. 11-2 Uhr (Theaterklasse).
Prachtvoller Sommergarten.
Lustige Vergeln.

Puhlmanns Theater
Schönhäuser Allee 148.
Täglich
im herrlichen Naturgarten:
**Konzert — Theater
Spezialitäten.**
Für den Inhalt der Juiereare
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Zentral-Wahlverein für Teltow-Deetow-Storkow-Charlottenburg.

Am Sonntag, den 13. August, mittags 1 Uhr, findet im „Volkshaus“ in Charlottenburg, Rosinenstr. 3, die Kreis-Generalversammlung statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Funktionäre.
2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
3. Die bevorstehende Reichstagswahl.
4. Der Parteitag in Jena.
5. Wahl der Delegierten.
6. Provinzialkonferenz und Wahl der Delegierten.
7. Anträge und Beschlüsse.

Wir ersuchen die Delegierten zur Kreis-Generalversammlung pünktlich zu erscheinen. Die Mandate sind am Eingang des Saales abzugeben. Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches ist auch Nichtdelegierten der Eintritt gestattet.

Der Zentralvorstand. J. A.: Max Groger.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 13. August: Ausflug nach Pichelswerder zum alten Freund. Treffpunkt von 10 Uhr an Pichelswerder.

Steglich-Friedenan. Am Sonntagnachmittag Familienausflug nach dem Grunewald. Abmarsch nachmittags 2 1/2 Uhr von Ede Meist- und Grunewaldstraße. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Bildungsausschuss.

Stralow. Von der gelegentlich des Sommerfestes am Sonntag veranstalteten Verlosung sind noch drei Gewinne nicht abgeholt worden. Dieselben sind auf die Nummern 88, 443 und 512 entfallen und können Markgrafendamm 19, 2. Hof II bei Voigt abgeholt werden.

Wannsee. Sonnabend, den 12. August, abends 1/9 Uhr, im „Fürstenhof“: Wahlvereinsversammlung.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 12. August: Jahlabend im Lokale des Herrn Jantke. Da auf der Tagesordnung unter anderem der Bericht der letzten Gemeindevorstandssitzung steht, ist das Erscheinen aller Mitglieder angebracht.

Falkenhagen-Seeregelfeld. Sonntag, 13. August, nachmittags 2 Uhr, treffen sich alle Genossen mit Familie bei Nikolai. Ausflug nach den Bergen am Falkenhagener See. Daselbst Vortrag über: „Der Arbeiter als Sonntagswanderer und Naturgenießer der Natl.“ Referent Genosse Scheld-Berlin. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

August.

Der Monat hat den Namen gewechselt, aber die Hitze ist geblieben. Wer frisches Grün sehen will, muß sich in die Anlagen begeben, wo die Gärtner und Parkwächter im Schweife ihres Angesichts unaufhörlich die Hydranten in Bewegung setzen und durch künstliche Regengüsse die Grasmatten erzeugen, die — gegen ihre verdorrte Umgebung gehalten — wirklich schon einen künstlichen Anstrich bekommen haben. Denn die sonst so gelobte Natur ist — wenigstens um die Mittagszeit — nur noch in der Entfernung zu ertragen. Fast scheut man sich, den Bahnhof Grunewald zu verlassen, wenn man nach dem Aussteigen den gelb verdorrten Grasboden erblickt, der unter dem Licht stehenden Niefen fast schattenlos erscheint. Nur die alten Eichen, die noch immer vereinzelt unter den Niefen von den alten Zeiten träumen, da der Grunewald ein mächtiger Eichenwald war, nur sie bieten noch etwas Schatten und man sieht ihren Grund daher auch ständig mit Beschlag belegt.

Auch wenn endlich stürmender Regen mit Donnern und Brausen über die versengten Hüren gegangen sein wird, werden sich die Spuren einer ungedämmten Hochsommerform für dieses Jahr nicht mehr verwischen lassen. Sie sind zu tief eingedrungen. Man muß aber allen Respekt gegen vor einer Pflanzwelt, die es fertig gebracht hat, diese schauerhafte Hitze von schönen Tagen auszuhalten, ohne ihren Geist dabei ganz und gar aufzugeben. Wie sie das macht, ist ihr Geheimnis und nur einiges davon können wir sehen. Wie alle überzähligen oder entbehrlichen Blättchen vergilbend abgestoßen werden, damit das bishen Tau oder das bishen Wasser im Erdboden wenigstens für den Rest reiche. Wie der Buchs kurz und gedrungen bleibt, um die verdunstende Oberfläche so klein wie möglich zu erhalten. Wie sogar der Staub, der sich über das Ganze legt und die Vegetation so misfarbig macht, doch wieder als Schutz vor Sonnenbrand und Verbrennung bis zu einem gewissen Grade wirkt. Nur bis zu einem gewissen Grade, denn selbst in den Anlagen unter den Händen des Brausewasser spendenden Gärtners kann man Sträucher erblicken, die ihre allzugarten Blättchen trüblich im Sonnenbrande hängen lassen.

Wie in nassen Jahren eine Unmenge schädlicher Tiere, von kleinen Insekten bis zu Feldmäusen, die in ihren Löchern ertrinken, zugrunde gehen, so züchtet der heiße Sommer umgekehrt das Geschmeiß in Hüle und Fülle. Nicht bloß im Freien, sondern auch in Berlin bekommt man das zu spüren. In den Vororten vollends gibt es z. B. keinen Väterlaben, der nicht von Wespen wimmelt, die alles mit ebenso viel Eleganz wie Ausdringlichkeit benagen und sich als Herren der Situation fühlen.

Der Höhepunkt des Sommers ist überschritten. Auch der ausgiebigste Wassernachschub kann uns wohl einen schönen Herbst vorbereiten, aber das Verblühte nicht mehr zurückholen. Schon stehen die Sonnenblumen im Flor, weit früher als sonst, und ihre leuchtenden Scheiben künden den kommenden Herbst. Am Wochen ist der Reifeprozess durch die ungeheure Wärmeabstrahlung beschleunigt worden, und aus allen Ecken des Reiches kommen die Nachrichten von der ungewöhnlich vorfrühen Erntezeit. Mag eine gute Ernte diesen Hundstagen wenigstens den versöhnenden Stempel ausdrücken: Ende gut, alles gut!

Die neue Grunewaldbahn zwischen Heerstraße und Spandau ist gestern vormittag landespolizeilich abgenommen worden. Von den neuen zum Teil recht stattlichen Brücken der Grunewaldbahn ist nur der gewaltige Eisenviadukt über das Gelände der Hamburg-Wehner Bahn bei Spandau noch nicht fertig. Die Arbeiten nähern

sich aber auch hier ihrem Ende, so daß die Betriebseröffnung voraussichtlich am 5. September stattfinden wird.

Da die Bahn durch den hügeligsten Teil des Grunewaldes führt, mußten ihre beiden Gleise, die den viergleisigen Ausbau der vom Bahnhof Heerstraße nach Norden abzweigenden Fernbahn nach Spandau ersetzen soll, auf die mächtige Landschaft bis Spandau hin gestärkt. Im Süden, wo die Grunewaldbahn mit der Döberitzer Heerstraße fast parallel läuft; wird sie den Bewohnern der geplanten Villenkolonie eine willkommene Schnellverbindung zur Stadtbahn bieten, denn die Station „Rennbahn“, die mit Rücksicht auf das später hier zu eröffnende Stadion heute schon so eingerichtet ist, daß acht Züge gleichzeitig aufgestellt werden können, besitzt auch einen Bahnsteig für den nach Bichelsberg und Spandau durchgehenden Vorortverkehr, der künftig vom Fernverkehr völlig getrennt sein wird.

Der Stod des Lehrers

muß schon ungewöhnlich eifrig als Erziehungsinstrument gebraucht worden sein, wenn seine Leistungen das Interesse eines Staatsanwalts erregen können.

Diese Erkenntnis ist jetzt einem Arbeiter St. ausgegangen, dessen neunjähriger Sohn in der 188. Knaben-Gemeinschaft (Müllerstraße) von seinem Lehrer mit Stodhieben bestraft worden war. Nach der Prägeurteilung wurde der Junge von seinem Vater bestraft und dann einem Arzt zugeführt, der auf dem Körper folgendes feststellte: auf dem rechten Oberarm einen Striemen, auf dem rechten Schulterblatt einen Striemen, auf der linken Gehälfalte zwei blaue Flecke, umgeben von bläulichgelber Hautverfärbung, auf der rechten Gehälfalte vier Streifen und weiter unten zwei Streifen, das Ganze umgeben von bräunlichbläulicher Hautverfärbung, oberhalb dieser Partie noch zwei Streifen, in Verbindung mit bräunlicher Hautverfärbung, auf dem rechten Hüftgelenk zwei Striemen, umgeben von bläulicher Hautverfärbung.

Der Vater erstattete gegen den Lehrer eine Strafanzeige und legte als Beweisstück ein Attest des Arztes bei. Jetzt hat der Erste Staatsanwalt beim Landgericht III Berlin dem Vater den folgenden ablehnenden Bescheid erteilt:

Ich lehne es ab, gegen den Lehrer Raute der 188. Gemeinschaft wegen Körperverletzung im Amt einzuschreiten. Nach den Angaben des beschuldigten Lehrers, dessen Glaubwürdigkeit zu bezweifeln keine Veranlassung vorliegt, ist Ihr Sohn geschädigt worden, weil er trotz mehrfacher Ermahnung eine Schularbeit nicht angefertigt hatte. Der Lehrer war daher im vorliegenden Falle zur Ausübung des Zuchtungsrechtes befugt. Eine Ueberschreitung dieses Rechtes liegt nach den gesetzlichen Vorschriften nur dann vor, wenn die Zuchtigung eine Gesundheitsbeschädigung des Geschädigten zur Folge hat. Dies kann durch das von Ihnen überreichte ärztliche Attest nicht als dargetan erachtet werden. Die auf dem Körper des Jungen befindlichen Striemen sind die natürliche Folge einer jeden Zuchtigung, die mit einem dünnen Stod ausgeführt ist. Die außerdem vorgefundenen dunkel gefärbten Flecke sind offenbar älteren Ursprungs und durch die Zuchtigung nicht hervorgerufen.

Weshalb es der Staatsanwaltschaft als „offenbar“ gilt, daß die dunkel gefärbten Flecke älteren Ursprungs und durch die Zuchtigung nicht hervorgerufen sind, darüber steht in dem Bescheid nichts. Beurteilen könnte das vielleicht der Arzt, dem der Junge zur Untersuchung vorgeführt worden war. Der Bescheid sagt nicht, daß auch der Arzt oder überhaupt noch irgendwer außer dem beschuldigten Lehrer Raute vernommen worden sei.

Ein Opfer der Hitze ist der 82 Jahre alte Postamentier Alexander Kalkhof aus der Hasenheide 86 geworden. Der Mann brach gestern spät abends vor dem Hause Wäckerstr. 37 bewußtlos zusammen und wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Als man hier mit ihm ankam, war er schon gestorben, nach ärztlichem Gutachten vermutlich am Hitzschlag.

Unglücksfall auf dem Ferienpielplatz Blankenfelde. Am Mittwoch ist eine der mit dem Abkochen für die Ferienkinder in Blankenfelde beschäftigten Frauen, als sie auf den gemauerten Küchenherd gestiegen war, um eine Unreinlichkeit zu beseitigen, ausgerollt und in den großen Kessel mit siedendem Wasser gestürzt. Sie wurde nach Anlegung von Kotverbänden nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand ist bedenklich.

Die Abkochfrauen werden in Blankenfelde aus den regelmäßigen Gutsarbeiterinnen, die pro Tag 1,35 M. verdienen, entnommen. Auf dem Ferienpielplatz Blankenfelde erhalten sie neben Befestigung 2 M. Das ist eine Ungleichheit gegenüber anderen Spielplätzen, auf denen für die recht anstrengende Tätigkeit 3 M. pro Tag gezahlt werden.

Unter den Kindern hatte der Unglücksfall nicht geringe Aufregung hervorgerufen. Es dürfte sich empfehlen, für das nächste Jahr Vorkehrungen zu treffen, um diejenigen größeren Spielkinder, welche in der Küche als freiwillige Helfer tätig sind, vor ähnlichen Unglücksfällen zu bewahren.

Aus Pastor Pfeiffers Kinderfürsorge

stellten wie Anfang Juni in Nr. 129 eine neue Probe mit, die ein Kind einer Frau E. betraf. Pastor Wilt. Pfeiffer ist der bekannte Rassenvormund, mit dem wir und schon oft zu beschäftigen gehabt haben. Da er für etwa 2000 Kinder die Vormundschaft und außerdem noch für etwa 600 Kinder die Pflegschaft hat übertragen lassen, so muß er bei der Ausübung der ihm pflichtgemäß obliegenden Fürsorge sich keines „Kinderrettungsvereins“ bedienen.

Frau E., die mit ihren vier Kindern von ihrem Ehemann getrennt lebt, hat den Pastor Pfeiffer zum Pfleger für die drei jüngsten Kinder, weil dem Ehemann das Sorgerecht über diese entzogen worden ist, und zum Vormund für das älteste Kind, das sie bei ihrer Verheiratung mit E. in die Ehe mitgebracht hat. In Nr. 129 berichteten wir, daß der Herr Pastor auf Grund der ihm als Pfleger zustehenden Nachforschungen der Frau E. ihr zwölfjähriges Mädchen hatte abnehmen lassen, um es außerhalb Berlins in Pflege zu geben. Eine Helferin des „Kinderrettungsvereins“ bestellte die Kleine nach dem in Treptow liegenden Viktorialist (Frau E. wohnt mit ihren Kindern auf dem Wedding) und schrieb dann pöblich der Mutter, sie habe Austrag erhalten, das Kind nach dem Potsdamer Bahnhof zu bringen. Als das Kind nicht zurückkehrte, ließ Frau E. befristet zum Bureau des „Kinderrettungsvereins“, um die Auslieferung zu fordern, aber dort war man taub gegen ihre Bitten. Am anderen Tage machte sie in ihrer Verzweiflung einen Selbstmordversuch, wobei nur durch rechtzeitiges Dazwischentreten einer Nachbarfamilie das Schlimmste verhütet wurde.

Die Mutter hat seitdem bis auf den heutigen Tag ihr Kind nicht wiedergesehen. Zunächst wurde ihr nicht mal gesagt, wohin es gebracht worden war. Erst später erfuhr sie, daß man das Kind in Vallenstedt am Harz in ein Erziehungsheim gesteckt hatte. Unklar war, womit der Herr Pastor diese Maßregel, durch die die Mutter zur Verzweiflung getrieben wurde, begründen wollte. Zum Pfleger war er bestellt worden nicht wegen der Mutter, sondern wegen des Vaters, der die Mutter samt den Kindern verlassen hatte, so daß sie mit ihnen allein dastand. Frau E. genießt im Laufe den Auf einer sehr fleißigen Frau und ertrug sich allgemeiner Achtung, die ihr von 88 Mietern des Hauses in einer schriftlichen Ehrenerkennung bezeugt wurde, als die durch den Pastor veranlaßte Wegnahme

ihres Kindes bekannt geworden war. Weshalb der Herr Pastor das Kind nicht bei der Mutter belassen zu lassen glaubt hat, darüber wurde die Mutter befragt durch einen Bescheid des Vormundschaftsgerichts, an das sie sich mit einer Beschwerde gewandt hatte. Das Vormundschaftsgericht schrieb ihr:

Ihrem Antrag, Ihnen Ihre Tochter Marie E. . . wieder in Erziehung und Pflege zu geben, kann vorerst nicht entsprochen werden. Der Pfleger Pastor Pfeiffer ist, nachdem Ihrem Ehemann die Personensorge für Ihre Tochter entzogen worden ist, als Pfleger für ihre Tochter zur Ausübung der Sorge für die Person bestellt worden und hat in dieser Eigenschaft das Kind in einem Erziehungsheim in schöner Gebirgsgegend untergebracht, wo es sehr gut aufgehoben ist. Da Sie selbst dem Pfleger wiederholt geklagt haben, daß Sie sich in der größten Not befinden, vollständig abgerissen und ausgehungert, also außerstande seien, dem Kinde den notwendigen Unterhalt zu gewähren, so ersucht Ihr Verlangen auf Wiederaufnahme Ihrer Tochter als durchaus unbegründet, da das leibliche Wohl derselben bei Ihnen gefährdet sein würde.

Daß nicht eine Gefährdung des sittlichen Wohles zu befürchten sei, hatte von vornherein denen als selbstverständlich gegolten, die die Frau näher kennen und sie täglich zu beobachten Gelegenheit haben. Aber wie hoch wirkte es auf Frau E., daß ihr jetzt geantwortet wurde, Pastor Pfeiffers Sorge für das leibliche Wohl ihrer Tochter sei diesem ein hinreichender Anlaß gewesen, der Mutter ihr Kind abzunehmen. Gerade das hatte sie von dem Pastor erwartet, daß er es ihr ermöglichen werde, ihre Kinder bei sich zu behalten und an ihrem eigenen Tisch satt zu machen. Jawohl, sie hatte ihm geklagt, daß sie sich mit ihren Kindern in großer Not befände. Aber diese Klage hatte sie ihm vorgebracht, weil sie wünschte, daß er als Pfleger ihren Ehemann nötigte, die Unterhaltsmittel für die Familie herzugeben. Frau E. versichert, daß ihr von ihrem Ehemann seit Monaten nur gelegentlich ganz unzureichende Geldbeträge zugestossen seien. In dieser Hinsicht habe ihr, sagt sie, des Pastors Weisand nicht viel mehr als nichts genützt. Dafür hat er ihr aber die Tochter abgenommen! Nach dem Bescheid des Vormundschaftsgerichts muß man fast annehmen, daß er fürchtete, bei der Mutter könnte das Kind verhungern. Gibt es, um das zu verhindern, kein anderes Mittel als die Trennung des Kindes von der Mutter?

Aus dem Wirken des Pastors Pfeiffer für die Familie E. haben wir noch ein anderes Vorkommnis mitzuteilen, das im Gegensatz zu jener traurigen Angelegenheit erheiternd wirkt. Frau E. wollte ihren ältesten Sohn aus seiner ungenügenden Lehrstelle herausnehmen und einem anderen Lehrherrn übergeben. Auf die an Pastor Pfeiffer gerichtete Bitte, die Ausstellung eines Arbeitsbuchs zu veranlassen, schrieb dieser nach längerer Wartezeit: „Als gerichtlich bestellter Pfleger des am 9. Dezember 1899 geborenen Max E. . . gebe ich meine Einwilligung dazu, daß derselben ein Arbeitsbuch ausgestellt wird.“ Frau E. war über dieses Schriftstück nicht wenig erstaunt; sie hat nämlich keinen Sohn Max E. . ., der am 9. Dezember 1899 geboren wäre. Der betreffende Knabe, den sie in die Ehe mitgebracht hat, ist am 9. Dezember 1896 geboren und führt den Namen Max W. . ., der z. B. noch auf dem Konfirmationschein vom Herbst 1910 zu lesen steht. Nun ist es ja selbstverständlich, daß einer, der sich zum Vormund für 2000 Kinder und zum Pfleger für 600 Kinder machen läßt, sich nicht persönlich um diese Schaar kümmern kann, sondern auf sein Personal angewiesen ist. Pastor Pfeiffer hat aber diesen Brief selber unterschrieben, während er das bei minder wichtigen Briefen seinem Personal zu überlassen pflegt. Das Amüsanteste dabei ist, daß er seine Unterschrift sogar amtlich als eigenhändig hat beglaubigen lassen.

Zum Zehlendorfer Leichenfund. Der Leichenfund im Zeltowkanal hat gestern morgen seine Aufklärung gefunden. Es handelt sich um ein Doppelselbstmord. Im Zeltowkanal wurde gestern die Leiche des Bräutigams des Mädchens, des Arbeiters Kromsch, gefunden und zwar in der Nähe der Stelle, an welcher die Leiche der Mäher gelandet wurde. Eine Untersuchung der Leiche ergab, daß Kromsch am Schädel ähnlich, wenn auch nicht so schwere Verletzungen aufwies, wie seine Braut. Am rechten Unterarm fand man eine Schnur, die in der Mitte aufgefaserd und durchgerissen war. Hierdurch bestätigt sich die Annahme, daß das Liebespaar sich aneinander gefesselt hatte und dann in den Tod gegangen ist. Die Leiche des K. wurde nach der Leichenhalle gebracht, wo sie heute nachmittags zusammen mit der des Mädchens obduziert werden soll.

Von Treptower Laubenkolonisten geht und folgender Kolonist mit der Bitte um Berücksichtigung zu:

Eine große Rücksichtslosigkeit gegenüber Hunderten und Tausenden von Spaziergänger und Laubenkolonisten sowie deren Kindern besteht nun schon seit über 5 Wochen in Treptow. Hier wird die Köpenicker Landstraße kanalisiert und ist infolgedessen für den Fußverkehr gesperrt.

Für den Verkehr nach Baumhulendweg Demtgen nun die Kutscher nicht etwa die wenige Minuten weiter gepflasterte Neue Krugallee, sondern die armen Pferde werden die Prabisstraße der Stadt Berlin, die sogenannte Pappelallee, welche zwischen Köpenicker Landstraße und Neuen Krugallee von der Parkstraße abgeht, hindurch getrieben. Da diese Straße nicht gepflastert ist, so verurteilt der geringste Verkehr die mächtigsten Standwollen, in denen die Fuhrwerke so wohl wie die zahlreichen Laubenkolonisten auf lange Zeit nicht zu erkennen sind.

Erst wenn die Staubwolken einigermaßen verfliegen sind, die von weitem wie eine mächtige Feuerbrunst erscheinen, wagen sich die Laubenkolonisten, welche hier mit ihren Kindern frische Luft schnappen wollen, aufzutreten; dann kommt aber ein Auto angrast, dahinter ein Viertwagen, ein Wörtelwagen usw. und der Wästenfund beginnt von neuem seine Wanderung auf die Pflanzen und Laagen der bebauerten Kolonisten.

Erst kürzlich ist durch Preisdirektor der Generalpächter, welche von der Stadt Berlin immer noch begünstigt werden, den Kolonisten eine Erhöhung des Bodzins um 50 Proz. aufgebürdet worden. Daß die Stadt Berlin hierfür die Verpflichtung übernehmen sollte, diese Sandstraße, welche widerrechtlich benutzt werden darf, zu spargen, wünschen wohl Tausende von Kolonisten und Spaziergänger. Aber die Stadt Berlin hat hieran scheinbar kein Interesse, ebensowenig wie die Gemeinde Treptow, in deren Bezirk diese „Pappelallee“ liegt.

Erst kriegerisch sieht das Bild jener Wästenstraße aus, wenn allmorgendlich unsere Soldatensoldaten hier entlangjagt. Die unliegenden armenlichen Holzhäuser der Laubenkolonisten sind dann mit einer Staubschicht bedeckt, daß erst ein vierwöchiger Regen dazu gehört, um jene Schmutzmassen wegzuwaschen. Auch jenen von uns Kolonisten mit erhaltenen Leuten im bunten Rod dürfen empfohlen werden, die Neue Krugallee, welche am neuen Bahndamm in Treptow entlang führt, zu benutzen. Hier finden die Lastwagen eine gepflasterte Straße, die reichlich gepregnet wird und wo Menschen und Pferde nicht so unter der Sonnenglut zu leiden haben.

Im Tiergarten erschossen hat sich gestern früh ein unbekannter Mann von etwa 30 Jahren. Schuhmacher hörten gegen 2 Uhr einen Schuß fallen und fanden den jungen Mann auf dem Spielplatz am Rosenparken regungslos auf einer Bank sitzen. Er hatte sich mit einer Pistole eine Kugel in die linke Schläfe geschossen und war schon tot. Der Unbekannte macht den Eindruck eines Dieners. Er ist ziemlich groß und trug einen grauen Jacketanzug

Grubenkatastrophe im Ruhrrevier.

Auf Schacht 1 und 2 des Steinkohlenbergwerks Hannibal in Hordel bei Bochum ereignete sich Donnerstag früh gegen 5 Uhr bei der Förderung ein schweres Unglück. Der Förderkorb, in dem sich 45 Bergleute befanden, stürzte ab und 25 Mann wurden teils sehr schwer verletzt.

Am schwersten verletzt ist der Bergmann Mertens, der neben Knochenbrüche schwere innere Verletzungen erlitten hat. Die Schwerverletzten wurden im Bergmannsheil untergebracht.

Die Kruppischen Werke, denen die Zeche gehört, verbreiten über das Unglück folgende Nachricht: „Bei Förderung des zweiten Korbes nach Beginn der Seilfahrt verlor der Maschinenwärter die Gewalt über die Fördermaschine. Diese ging durch, der herabgehende Korb stieß im Sumpfe hart auf, der heraufgehende wurde gegen die Seilscheibe gerissen, dann brachen beide Seile. Auf dem niedergehenden Korbe befanden sich 44 Arbeiter, die sämtlich in Sicherheit sind; leider aber sind achtzehn durch Bein- und Rückenbrüche schwer verletzt, von den übrigen 26 Leichtverletzten konnten neunzehn ihre Wohnungen aufsuchen.“

Bericht eines Augenzeugen.

Ueber den Vorgang macht ein Bergarbeiter, der sich in dem verunglückten Förderkorb befand, aber unverletzt blieb, nach dem „B. Z.“ folgende Angaben:

Vorschriftsmäßig wurde bei der ersten Einfahrt nur einer der beiden Förderkörbe besetzt. Der andere fuhr leer. Die ersten Bergleute waren ungefährdet in die Grube eingefahren. Es hatten auf dem anderen Förderkorbe 45 Bergleute Platz genommen, die sich auf mehrere Stagen verteilten. Während der Fahrt von der dritten bis zur vierten Sohle wurden den auf dem Korb befindlichen plötzlich an einem Kasten und Knütteln klar, daß oben irgend etwas nicht in Ordnung war. Der Korb fuhr schneller als sonst, von der vierten Sohle fiel der Korb plötzlich mit rasender Schnelligkeit hinunter. Das jetzt vor sich ging, war das Werk eines Augenblicks. Eine dicke Wolke von Kohlenstaub wurde aufgewirbelt; man hörte Holz zerplittern und durch die Reibung des Korbes an den Schachtwänden wurde ein Sprühregen von Funken erzeugt. Dann ein kurzer, harter Anprall und ein Schrei aus 45 Kehlen. Das Unglück war geschehen. Besonders gräßlich erklangen die Schmerzensschreie der auf der untersten Sohle des Korbes Verletzten, der mit 14 Bergleuten besetzt war. Von diesen blieb kein einziger unverletzt. Alle haben Rücken- und Beinbrüche erlitten, und da das Wasser im Schacht den Leuten bis an den Hals stand, war die Gefahr des Ertrinkens sehr nahe. Die auf den oberen Stagen stehenden Kameraden, soweit sie unverletzt geblieben waren, arbeiteten mit Sägen und anderen Werkzeugen so lange, bis sie die unter ihnen befindlichen durch ein Loch herausziehen konnten. Inzwischen waren Tragbahnen besorgt worden, und auf dem schwierigen, über einen Kilometer langen Weg zum Schacht II wurden die Verletzten ans Tageslicht gebracht. Besonders schlimm sah ein Bergmann aus. Dieser hatte sich beim Herabfahren auf seine Grubenlampe gesetzt. Bei dem harten Anprall war ihm die Lampe ins Gesicht gedrungen, so daß die Eingeweide hervorgetreten. Es ist als ein wahres Wunder zu betrachten, daß nur einer der Körbe besetzt war, denn im anderen Korb wäre auch nicht einer der Insassen des über die Seilscheibe geschleuderten Förderkorbes mit dem Leben davongekommen.“

Wie uns ein Privattelegramm noch meldet, wurden schon vor 14 Tagen die Förderanlagen als nicht in Ordnung befunden gerügt. Die Förderung wurde bis zur 5. Sohle ausgedehnt. Die Leute haben nach Möglichkeit versucht, nicht auf dieser Sohle arbeiten zu müssen. Am 20. Juli hat einer der Sicherheitsmänner dem Betriebsführer darauf aufmerksam gemacht, daß die Förderungsanlagen nicht intakt seien. Man gab ihm zur Antwort, er solle das nicht so tragisch nehmen. — Die Aufregung unter der Bevölkerung wurde noch dadurch vermehrt, daß die Bodenverwaltung jede Auskunft ablehnte, insbesondere auch der Presse keinerlei Nachricht gab. Von den Bergleuten sind 18 schwer, 26 leicht verletzt; einige der schwer Verletzten dürften kaum mit dem Leben davon kommen.

Der Untergang des französischen Dampfers „Emir“.

Ueber die Katastrophe des französischen Dampfers „Emir“, die sich am Mittwoch in der Nähe von Larisa ereignete und 93 Todesopfer forderte, wird noch gemeldet:

Die Zahl der bei dem Zusammenstoß des Postdampfers „Emir“ und des englischen Dampfers „Silverstorn“ in der Meerenge von Gibraltar umgekommenen Personen wird jetzt auf 93 angegeben. Darunter befinden sich zahlreiche Marokkaner, die als Grenzarbeiter nach Algier gegangen waren und in ihre Heimat zurückkehrten. Man glaubt, daß höchstens sechs Europäer ertrunken sind. Der untergegangene Postdampfer „Emir“ war ein altes Schiff, das die Eigentümerin, die Schiffahrtsgesellschaft Touache in Marseille, nicht mit dem Dienst in der gefährlichen Meerenge von Gibraltar hätte betrauen sollen. Die Katastrophe trat übrigens nach dem Zusammenstoß nicht so plötzlich ein, als es nach den ersten Berichten den Anschein hatte. Ein Franzose, der sich an Bord befand, erzählt, daß er, als er die Dampffirens hörte, an Deck stieg und den „Silverstorn“ mit mähtiger Geschwindigkeit auf den „Emir“ zukommen sah. Er hatte noch Zeit, in die Kabine hinaufzusteigen und einen Rettungsgürtel anzulegen.

Verheerende Großfeuer.

Ein schweres Brandunglück wird aus Orléans bei Fürstentum gemeldet. Dort geriet am Mittwoch gegen Mitternacht das der Firma Weimann gehörende am Oder-Spreelaal belagene Wohnschiff plötzlich in Brand. Das Feuer griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß es bald das ganze Baumwerk erfaßt hatte. Die Arbeiter und Frauen, die in dem Schiff kauften, konnten nur das nackte Leben durch schnelle Flucht retten. Die Köchin Marie Decker vermochte sich jedoch nicht mehr in Sicherheit zu bringen, wurde von den Flammen erfaßt und verbrannte vollständig. Der verkokte Leichnam der Unglücklichen wurde später vorgefunden.

In Ludenwalde ist bei einem Großfeuer die Wollschlerei von Neumann, Ecke Bahnhof- und Beckler Straße, vollständig niedergebrannt. Dabei gerieten 60 Arbeiter in ernste Lebensgefahr. Das Feuer kam in dem Räume aus, in dem eine große Dampfmaschine aufgestellt war. Aus der Maschine stiegen Funken in die aufgeschichteten Holzvorräte und entzündeten sie. Das Feuer griff mit großer Schnelligkeit um sich und brüllte sich bald über das ganze Fabrikgebäude aus. Die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter konnten bei der rasenden Geschwindigkeit,

zusuchen hatten. — Gegen 2 Uhr wurde die Wehr nach der Frontlücke 41/42 gerufen, wo der Dachstuhl des Hauses in großer Ausdehnung in Flammen stand. Sofort wurde über eine mechanische Leiter und über die Vordertreppe des Hauses mit sechs Schlauchleitungen kräftig Wasser gegeben, bis es nach vieler Mühe gelang, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken, doch konnte nicht verhindert werden, daß der Dachstuhl vollständig ausbrannte und zahlreiche Bodenverschläge mit dem Hausrat der Mieter ein Raub der Flammen wurden.

Vorort-Nachrichten.

Niddorf.

Die Feuerwehr hatte in der letzten Nacht einen ausgedehnten Dachstuhlbrand in der Schillerpromenade 3 zu löschen. Als die Wehr nach 3 Uhr auf den ersten Alarm an der Brandstelle ankam, stand der Dachstuhl des Vorderhauses mit dem Seitenschlag schon in Flammen. Ueber die vorderen Treppen, das Dach des Cuccengebäudes und über eine mechanische Leiter wurde mit vier Schlauchleitungen, die von der Automobilpompenspritze gespeist wurden, sofort eingegriffen. Dadurch gelang es, die Flammen auf die beiden Dachstühle zu beschränken. Es konnte aber nicht mehr verhindert werden, daß zahlreiche Bodenverschläge mit dem Hausrat der Mieter total ausbrannten. Die Entstehung des Brandes ist nicht ermittelt. Ferner hatte die Wehr in der Richardstraße zu tun, wo die Holzschiffabrik von Linger brannte. Hier hatten die Mannschaften stark unter der Einwirkung von heißen Wasserdämpfen zu leiden.

Ein tödlicher Hitzschlag ereignete sich am gestrigen Donnerstag mittig in der Bergstraße. Der 27jährige Arbeiter Otto Seeger, Friedenstr. 80 wohnhaft, der bei einem Herings-Versandgeschäft beschäftigt ist, fuhr mit seinem Gespann durch die Bergstraße. Plötzlich wurde der Fahrer vom Hitzschlag betroffen und fiel seitwärts vom Wagen. Er blieb mit einem Fuß in der Brenne stecken, während der Oberkörper auf dem Fahrdamm nachschleifte. Einige Passanten brachten die Pferde schleunigst zum Stehen und schafften den Kutscher nach der Unfallstation in der Steinwegstraße, wo der Arzt bei S. einen schweren Fall von Hitzschlag feststellte. Da sich das Befinden des Erkrankten zusehends verschlechterte, wurde er nach dem Krankenhaus in Butow übergeführt, wo er jedoch bald nach seiner Einlieferung verstarb.

Nummelsburg.

Das Kinderfest des hiesigen Wahlvereins findet am Sonntag, den 13. August, wie alljährlich im Waldrestaurant von Augustmann, Adenider Chauffee (Steuerhaus), statt. Die Kinderspiele und sonstigen Belustigungen werden diesmal unter Leitung von Mitgliedern der Freien Turnerschaft Nummelsburgs vor sich gehen. Beginn des Konzerts um 3 Uhr. Da der Eintrittspreis nur 15 Pf. beträgt und Kinder frei sind, kann wohl der Besuch aller Parteilosen mit ihren Angehörigen erwartet werden. Eintrittskarten sind in den Bezirkslokalen noch zu haben.

Tempelhof.

Der verkehrsfähliche Engpaß zwischen Tempelhof und Schöneberg in der Nähe des Sackendammes, bei dem Aufschlags der Hauptverkehrsstraße Tempelhof, wird in nächster Zeit verschwinden. Die neue Ueberführung dürfte eine Länge von 20 Meter haben. Eine starke Arbeiterkolonne ist damit beschäftigt, die eisernen Träger mittels Dampfkrane in den Erdboden zu treiben. Von den 134 000 M. betragenden Kosten trägt Tempelhof 10 000 M. Gehört ist die Verbreiterung der verkehrreichen Straße zu begründen, zumal durch diesen Engpaß noch die Elektrische hindurchfährt. Ist es aber notwendig, den Bau so zu beschleunigen, daß nicht einmal des Sonntags, selbst während der Kirchzeit, die Arbeit unterbrochen wird?

Nieder-Schönhausen.

Der Arbeitergesangsverein „Zukunft“ (M. d. A. S. V.) hält am Sonntag, den 13. August, im Restaurant von Karl Liedemil sein 20. Stiftungsfest ab unter Mitwirkung mehrerer Arbeitergesangsvereine.

Aus der Gemeindevertretung. Die Wahl des Gemeindevorstehers Thormann zum Schiffein ist von der Regierung bestätigt worden. Die Vergebung der Kohlenlieferung für die Betriebswerke wurde der Firma Dill u. Co. zum Preise von 8800 M. zugesprochen. Diese Firma war gegenüber den hiesigen Kohlenhändlern um 24 Pf. pro Tonne billiger. In die Kommission betreffend die Eingemeindung des Gutsbezirks Nieder-Schönhausen mit Schönholz in den Gemeindebezirk wurden die Herren Sanger, Kerntsch, Häger, Breitmann, Noa und Aug. Auhmann gewählt. Ueber den Antrag der Lehrpersonen auf Gehaltserhöhung hatte die Vertretung nachmalig Beschluß zu fassen, da Gemeindevorsteher Weder die Zustimmung angezweifelt hatte, indem sich die Vertretung nicht recht klar über den Antrag geäußert sei. Die hierauf nochmalige Abstimmung ergab wiederum die Ablehnung des Antrages. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Ober-Schönewalde.

Volkfest. Am Sonntag, den 13. August, veranstalteten die organisierten Arbeiter und Sportvereine des Ortes in dem gelassenen Etablissement von Körners Blumengarten ein großes Volkfest. Da weder Kosten noch Mühe gespart wurden, um allen Teilnehmern an diesem Fest einige angenehme Stunden im Kreise von Freunden, Kollegen und Genossen zu bereiten, wird auf ebenso zahlreiche Weise gedenkt wie in den Vorjahren. Ganz besonders wird auf den Festzug aufmerksam gemacht, welcher um 2 Uhr von der Ecke Ebnlow- und Siemensstraße abmarschiert. Alle Festteilnehmer wollen sich an dem Festzuge beteiligen.

Adlershof.

Das Gewerkschaftsfest findet am Sonntag, den 13. August, in „Waldsiedlung“, Bismarckstraße 31, statt. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. Beginn des Konzerts nachmittags 3 Uhr.

Groß-Lichterfelde.

Kindesfest. Am Sonntag, den 13. August, findet im Restaurant von Engel, Berliner Str. 129, ein Kindesfest statt, das vom sozialdemokratischen Wahlverein veranstaltet ist. Es besteht aus Konzert, Tanz, Preiswettren und Kinderbelustigungen aller Art. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne und ein Geschenk gratis. Eintritt: Erwachsene 15 Pf., Kinder 10 Pf., Anfang 2 Uhr.

Trebbin (Kreis Teltow).

Nach Teltow verlegt hat gestern ein Schreibfehler das Unglück, bei dem eine Frau Hiemke in die Drechselmaschine geraten war.

Spandau.

Die Liste der stimmberechtigten Bürger liegt vom 15. bis zum 30. August im Stadthof, Zimmer 13/14 des Rathhauses, während der Dienststunden zur Einsicht aus. Die Liste für die Stadtteile Nonnendamm und Gajelhorst liegt in der gleichen Zeit im Magistratsbureau am Nonnendamm, Desnerstraße 2, parterre links, aus. Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit der Listen sind innerhalb der Auslegungsfrist beim Magistrat anzubringen. Versäume niemand, die Listen einzusehen.

Wit Wiesel hat sich gestern eine Frau in der Mittelstraße 20 vergiftet. Als der Ehemann abends nach Hause kam, fand er seine Frau unter großen Schmerzen sich windend vor. Er ließ sie sofort nach dem Krankenhaus schaffen, wo sie bald darauf starb. — Wit Was zu vergiften versuchte gestern der Bauer W. Kaus, Jagowstraße 12. Er wurde nach dem Krankenhause gebracht und dort mittels Sauerstoffbehandlung wieder ins Leben zurückgerufen.

mit Westengürtel, eine schwarzweiße torierte Spornmütze, Glacehandschuhe und eine Kravattennadel mit einem Amethyst. Bei ihm fand man eine Eisenbahnfahrkarte Trebnitz-Bötschen und eine Postkarte mit der Unterschrift Julius Wajanke. Die Karte ist an das Kinderfräulein bei Wolf im Brunwald gerichtet, ohne nähere Wohnungsangabe.

Selbstmord eines Schühmanns. Im Plänterwald erschossen sich gestern morgen der 43 Jahre alte Schühmann Fiedler vom 7. Revier in Niddorf. Eine Arbeiterin fand ihn gegen 8 1/2 Uhr im Park liegen. Er hatte sich aus seinem Dienstrevolver eine Kugel in die Brust geschossen und war sofort tot gewesen sein.

Eine neue Spezialität von Taschendieben, die sich die anhaltende Hitze zunutze machen, hat sich in Berlin gebildet. Bei der herrschenden außerordentlich warmen Witterung fremden mehr denn je abends große Menschenmassen nach den beliebtesten Ausflugsorten wie Ziegel, Treptow usw., wo dann bei der Rückkehr an den Endhaltestellen der Straßenbahn ein starker Ansturm der Ausflügler auf die Bänke entzieht. Dieses Gedränge machen sich gegenwärtig Spezialisten der Langfingerkunst in ausgiebigster Weise und mit sehr gutem Erfolge zunutze. Die Taschendiebe arbeiten in der Weise, daß sie beim Vorübergehen der Straßenbahnwagen Herren oder Damen, die goldene Uhren, Halsketten, Armbänder und andere wertvolle Schmuckstücke bei sich tragen, umringen und bedrängen, während einer der Dieben in dem herrschenden Gewühl mit großer Geschicklichkeit die Wertgegenstände abnimmt, ohne daß die Betroffenen etwas merken. In dieser Weise haben die Taschendiebe mit besonders gutem Erfolge namentlich in Treptow und Ziegel gearbeitet, wo bekanntlich stets der größte Andrang der Ausflügler herrscht. So hatten am letzten Sonntag zahlreiche Damen den Verlust ihrer Uhren und Armbänder zu beklagen und am Mittwoch wurde einem Rechnungsrat R. aus der Großbeerenstraße die wertvolle goldene Taschenuhr während des Gedränges an der Straßenbahnhaltestelle in Treptow am Spreekanal gestohlen.

Am Mittwochabend gelang es zwei Kriminalbeamten in einem Lokal in Treptow mit großer Mühe einen dieser Spitzhüben festzunehmen. Es handelt sich um einen 23 Jahre alten Ungarn Paul Weiß, der schon in allen größeren Städten wie Paris, London, Petersburg usw. gewesen und dort bestraft ist.

Straßenbahnunfälle. Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern mittig gegen 1 Uhr an der Ecke der Turn- und Ottostraße. Dort wollte der Radfahrer Jüder Romapolski aus Oranienburg einem Kohlenwagen ausweichen und fuhr vor dem in solcher Fahrt herannahenden Motorwagen 2357 der Linie 18 auf dem Gleis. Der Radfahrer wurde umgestoßen und geriet so unglücklich unter den Vorderreifen, daß er mit dem Kopf gegen die Schutzvorrichtung anstieß. Man zog den Verletzten hervor und brachte ihn nach der nächsten Unfallstation, wo festgestellt wurde, daß R. einen Schädel- und Gehirnhirnhämorrhagie, Verwundungen des Unterleibes und Verletzung der Brustteile erlitten habe. In hoffnungslosem Ruhezustand wurde der Verletzte nach dem Noabier Krankenhaus übergeführt. — Vor dem Hause Schweinmünder Str. 75 geriet gegen 10 1/2 Uhr der vierjährige Otto Hoffmann, der die Warnungssignale des Motorwagens 2004 der Linie 17 nicht beachtet hatte, unter den Vorderreifen des Straßenbahnwagens, mit dem Reinen unter den Schutzrahmen. Das Kind wurde durch das Fahrpersonal aus seiner schrecklichen Lage befreit und zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der eine Quetschung des rechten Unterschenkels feststellte. Der Knabe wurde in die elterliche Wohnung geschafft.

Vom Zug gerannt. Zwei schwere Unfälle auf Bahngleisen von Berlin-Borsigtal haben sich vorgestern ereignet. Mittwochabend um 6 Uhr kam auf dem Bahnhof Mahndorf der Weichensteller Bernke aus Wilhelmshagen, der verheiratet und Vater von vier Kindern ist, mit dem Zuge aus Wilhelmshagen in Mahndorf an und wollte seinen Dienst antreten. Er schritt über die Weiche, um nach seiner Arbeitsschicht zu gelangen; im gleichen Augenblick kam ein aus Friedrichshagen einlaufender Zug, L. wurde erfasst und überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Dem Verunglückten wurden Hüfte und Kopf fast gänzlich abgeschnitten und auch der Körper in der schwersten Weise verstümmelt. — Unter die Lokomotive eines Berliner Güterzuges geriet der 42 Jahre alte Rangierer Karl Klemmstein aus der Köppliner Straße. R. hatte auf dem Hauptbahnhof in Landberg a. W. einen Güterzug zusammenzutoppeln, dabei trat er unvorsichtigerweise auf das Nebengleis, auf dem gerade ein Berliner Güterzug herangefahren kam. R. wurde von der Lokomotive erfasst und überfahren. Beide Beine wurden dem Verunglückten zermalmt, so daß sie im Krankenhaus amputiert werden mußten.

Beim Fensterputzen abgestürzt und schwer verunglückt ist gestern nachmittag das 16 Jahre alte Dienstmädchen Elise Schmitz, das in der Großen Frankfurter Str. 11 bei Pastor Schulz in Stellung ist. Beim Putzen eines Koffers im ersten Stock trat sie auf dem Fußboden auf einen eisernen Haken, fiel rücklings in die Tiefe und brach sich beide Oberschenkel. Die Verunglückte wurde von Hausgenossen auf einer Tragbahre nach der Rettungswache I in der Köpenickerstraße gebracht, von dort nach Anlegen eines Notverbandes nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen.

Beim Baden ertrank am Donnerstagnachmittag der Dreißler Karl Dähne aus Niddorf, Wilmannsstraße 24 wohnhaft. Der in den zwanzigsten Jahren stehende junge Mann wollte in dem alten Studentenbad in der Rathorstraße, wo er im Rutschschwimmerbassin badete, plötzlich ins Wasser unter. Da er nicht wieder zum Vorschein kam, suchte man das Wasser ab und fand D. bereits bewußtlos auf. Ein schleunigst hinzugerufener Arzt stellte Wiederbelebungsversuche mit dem Verunglückten an, die jedoch keinen Erfolg mehr hatten.

Ertrunken im Freibad bei Spindlerfeld ist am Mittwochabend der 27jährige Arbeiter Gebelich aus Köpenick. Gebelich hatte sich überhitzt ins Wasser begeben, wurde vom Herabfall getroffen und verlor in den Fluten. Die Leiche des Ertrunkenen wurde am Donnerstagnachmittag gelandet.

Vom vierten Stock abgestürzt hat sich gestern die Döwstraße 6 wohnhafte uneheliche Gumm Marxowich. Mit schweren Verletzungen wurde die Vermisste in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. Die Ursache zu dem Schritt soll in einem Liebesverhältnis zu suchen sein.

Wer ist der Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 17. Juli er wurde im Restaurant Schröder zu Schildhorn ein unbekannter Mann erschossen aufgefunden. Derselbe war 1,65 bis 1,68 Meter groß, 30 bis 35 Jahre alt, hatte dunkelblondes Haar, blonden Schnurbart und hohe Stirn. Bekleidet war er mit einem modelfarbigen, schwarzgestreiften Anzug mit vereinzelten roten Punkten weißem Hemd, Raikounterhemd, Steh- und Kragen, schwarzer, rotunterlegter Kravatte, schwarzen Schuhen, grauwollenen Strümpfen und schwarzem feinen Hut mit Firma Nag Edard, Berlin. Bei der Leiche befand sich ein blaues Taschentuch, ein Portemonnaie mit 22 M., eine Remontoiruhr mit vergoldeter Kette, ein Zigarrenabschneider, ein Feuerzeug, ein Stod und eine Selbstadepistole.

Die Persönlichkeit konnte noch nicht ermittelt werden. Stoffproben der Kleidung und Nachforschungen befinden sich im Anwaltsbureau Spandauer Berg. Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten nimmt jedes Polizeirevier und die Kriminalpolizei, Zimmer 1 340a zu 8145 IV/50, L. entgegen.

Dachstuhlbrände. Gestern vormittag wurde die 5. Kompanie nach der Alexanderstr. 9 alarmiert. Dort stand unmittelbar neben der Lücke von einem Brande betroffenen alten „Franzosenkaserne“ der Dachstuhl des Vorderhauses mit dem linken Seitenschlag in großer Ausdehnung in Flammen. Die Arbeiter bei Anfang des 17. Juges schon zusammen, daß der Brandinspektor sofort nach Hilfe nachkommen ließ und mit vier Schlauchleitungen den Angriff eröffnete. Trotdem dauerte es über 2 Stunden, bevor die Nacht des entsehten Moments gedroht war. Der Schaden ist bedeutend. Die Ursache des Feuers war nicht mehr festzustellen. Mit den Aufräumungsarbeiten hatte die Wehr bis um 8 Uhr nachmittags zu tun, wobei die Mannschaften unter der Einwirkung der Hitze sehr viel aus-

mit der das Feuer um sich griff, nur ihr Leben retten. Ihre Kleidung und ihr Handwerkszeug müßten sie den Flammen überlassen. Das Feuer sprang auf das neben dem Fabrikgebäude liegende Wohnhaus des Fabrikbesizers Neumann über und sicherte es vollständig ein. Auch eine angrenzende Fabrik war bereits in Feuer geraten. Es gelang jedoch, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Bei den Löscharbeiten erlitten mehrere Feuerwehrlente Ohnmachtsanfälle. Die Höhe des Schadens, der durch Versicherung gedeckt ist, beläuft sich auf über 100 000 Mark.

In Offenbach brach Donnerstag früh gegen 7 Uhr Großfeuer in dem Lederwerk vorm. Jakob Philipp Spicharz u. S. aus, das den größten Teil des Fabriktabissements völlig einäscherte. Bei dem Brande ereignete sich ein schwerer Unfall, als der Arbeiter Jakob Werner sich in einen brennenden Raum begab, um seine Schuhe zu retten. Er trug schwere Brandwunden am Kopfe davon.

Eine ganze Ortschaft niedergebrannt.

Nach einem Telegramm aus Innsbruck ist das Dorf Lufers, die südlichste deutsche Sprachinsel Tirols, bestehend aus 125 Häusern, fast gänzlich ein Raub der Flammen geworden. Verbrannt sind Gemeindehaus, Postamt, Spizenköpffschule und beide Gasthäuser. Nur die italienische Zirkuskasse der League nationale blieb verschont, weil sie abseits stand. Der Ort hat 754 deutsche und 14 italienische Einwohner. Die meisten männlichen Bewohner sind auswärts auf Arbeit.

Ballonunfall.

Der Ballon „Magdeburg“, der am Donnerstagsvormittag in Magdeburg aufstieg, war, mußte gegen 11 Uhr aus etwa 800 Meter Höhe bei Langenweddingen mit ungeheurer Geschwindigkeit durch die meteorologischen Verhältnisse der oberen Luftschichten

auf einem Aderfelde eilig landen. Da die Gondel hierfür nicht mehr vorbereitet werden konnte, wurden dem Gastwirt Schulz Garbelegen die Beine eingeklemmt, so daß er einen schweren Knöchelbruch erlitt.

Ein Danerrelord. Der Moranschleger Bódrines hat am Mittwoch in Paris trotz der Bluthige den Rekord der Distanz, die bisher an einem Tage zurückgelegt worden ist, gebrochen. Der Flieger blieb von 4 Uhr 30 Min. 36 Sek. morgens bis 8 Uhr 18 Min. 18 Sek. nachmittags in der Luft und hat während dieser zehn Stunden und 56 Minuten 808 Kilometer zurückgelegt.

Kleine Notizen.

Paui bei einer Kinderparade in New-York. Während einer Kinderparade im Bodeet Rodaway bei New-York brach ein Klauensteg am Strand ein. Es entstand eine große Panik. 75 Frauen und Kinder kürzten von dem Steg herab und wurden verwundet. Der Anblick der durcheinandergeworfenen Menschen erschien zuerst als ein großes Unglück, jedoch verhieltete der weiche Strand und die geringe Höhe des Falles eine schwerere Katastrophe.

Die Explosion auf dem Dampfer „Gutenberg“. Wie aus Rotterdam gemeldet wird, ist von den durch die Explosion umgekommenen inzwischen noch die Leiche einer Frau geborgen. Vermutet wird dagegen noch die Leiche ihres Töchterchens und die des Feizers Karl.

Selbstmord. Der Dresdener Branddirektor Volmar Keller hat sich gestern mit einem Revolver erschossen. Die Folgen der Hitze. In Basel und Lugano macht sich Wassermangel bemerkbar. In den westlichen Teilen der Schweiz ist die Getreideernte schwer bedroht. Die Früchte fallen von den Bäumen und der zweite Grasschnitt ist nicht mehr möglich.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderfahrten am Sonntag, den 13. August: 1. nach Schlachtenberg, Freibad Wannsee, Römischganz, Neiditz. Abfahrt 6.30 Uhr Bahnhofsplatz. 2. Tiefensee, Gamensee,

Reuenberg, S. Spreewald. Abfahrt! Treffpunkt bis 6.30 Uhr Marienlat 4. Klasse (bestellter Wagen). Allgemeine Familienbesuche. Sonntag von 3-6 Uhr Aders-straße 123 bei Wernide Zahlung und Aufnahme.

Marktpreise von Berlin am 9. August 1911, nach Ermittelung des königlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30.00-50.00. Speisebohnen, weiße 30.00-50.00. Linien 20.00-60.00. Kartoffeln 11.00-16.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1.90-2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.30 bis 1.70. Schweinefleisch 1.20-1.80. Kalbfleisch 1.40-2.30. Hammelfleisch 1.50-2.30. Butter 2.30-2.80. 60 Stück Eier 3.00-5.20. 1 Kilogramm Karpfen 1.40-2.40. Kote 1.60-3.20. Bander 1.60-3.60. Gähnte 1.40 bis 2.80. Rarische 1.00-2.00. Schlei 1.40-3.50. Bleie 0.80-1.60. 60 Stück Krebse 2.00-36.00.

Wetterprognose für Freitag, den 11. August 1911. Nacht kühler, am Tage wieder recht warm, ziemlich heiter und vorwiegend trocken bei schwachen, veränderlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 9. 8. 1911	am 10. 8. 1911	Wasserstand	am 9. 8. 1911	am 10. 8. 1911
Havel, Mühl	49	49	Saale, Großh.	28	28
Bregel, Zusterberg	49	0	Qavel, Spandau	4	1
Weiße Elster, Thorn	—	—	Mathenow	13	2
Oder, Rathor	84	2	Spre, Spreenberg	58	0
Kroffen	16	1	Beelton	81	0
Frankfurt	26	1	Witten	183	10
Spree, Scharn	44	0	Witten	82	2
Landberg	66	1	Rhein, Roggenhans	374	1
Rehe, Gortamm	50	3	Kraus	155	8
Elbe, Heimert	107	3	Adin	121	2
Dresden	223	3	Redar, Weidrom	21	2
Berlin	49	3	Rain, Berlin	—	—
Magdeburg	2	3	Weser, Trien	113	0

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterbeleg.

Todes-Anzeigen

Am 8. August, vormittags 9 1/2 Uhr, verstarb nach langen, schweren Leiden unsere liebe gute Tante Luise Grube im 65. Lebensjahre. Die Beerdigung findet heute Freitag, den 11. August, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des alten Nikolai-Kirchhofes aus statt. Familie Schmidt, Altdorf, Weiserstr. 163.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 9. d. Mts., entfiel nach langen, schweren Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Großmutter und Schwiegermutter Karoline Märzke geb. Schulz im Alter von 62 Jahren. Im Namen der Hinterbliebenen Robert Märzke. Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 12. August, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Heilands-Kirchhofes (Plagenhof) aus statt.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Buchbinder Oskar Georg nach langen, schweren Leiden am 8. August sanft entschliefen ist. Die trauernden Hinterbliebenen. Witwe Anna Georg geb. Hertel und Sohn. Beerdigung am Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Nikolai-Kirchhofes in Friedrichsfelde aus.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Schlosser Karl Lange nach kurzen, schweren Leiden verstorben ist. Dies zeigen selbst an Erna und Karl Lange. Familie Wiczorek, Schöneberg, Roburger Str. 12. Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Kaiserlich-Königlichen Gemeinde, Weißensee, statt.

Todes-Anzeige.

Am 9. d. Mts. verstarb unser Mitarbeiter, der Buchbinder Oskar Georg. Ehre seinem Andenken! Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. August, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Willi Zeidler am 8. August verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Ober-Schöneweide aus statt. Bitte Beteiligung erwartet 121/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlreiche Berlin. Am 8. August verstarb unser Kollege, der Buchbinder Oskar Georg. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes, unseres Vaters sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Kollegen der K. G. B. und dem Charlottenburger Wahlverein unseren besten Dank. Frau Pauline Bojaseh und Kinder. Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die überaus reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner innigst geliebten, unerschütterlichen Frau, unserer herzensguten Mutter Marie Mücke sagen wir allen Verwandten, Bekannten, Vereinsten und Genossen, überhaupt allen denen, welche sich an dem für uns so unendlich schmerzlichen letzten Gange beteiligt haben, unseren tiefgefühlten, herzlichsten Dank. Der trauernde Gatte Friedrich Mücke nebst Kindern, Friedrichsfelder Straße 3.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Hermann Konzowski am 7. August gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 11. August, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Nickerter Gemeinde-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Deutscher Tischler-Verein zu Berlin (E. N. 89.)

Sonnabend, den 12. August, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15: Versammlung. Vereinsangelegenheiten. - Bahnen der Beiträge. Der Vorstand.

Deutscher Tischler-Verein zu Berlin (E. N. 89.)

Sonnabend, den 12. August, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15: Versammlung. Vereinsangelegenheiten. - Bahnen der Beiträge. Der Vorstand.

Deutscher Tischler-Verein zu Berlin (E. N. 89.)

Sonnabend, den 12. August, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15: Versammlung. Vereinsangelegenheiten. - Bahnen der Beiträge. Der Vorstand.

Prof. Dr. Th. Sommerfeld,

Arzt für Augenheilkunde, Zurmühlstr. 3. 271/17

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Wochen-Touren zum Sonntag, d. 13. August. Samtliche Abteilungen 12 1/2 Uhr nach Ober-Schöneweide zum Volksfest. Sammelort in Ober-Schöneweide 1 1/2 Uhr (Marktplatz, Edisonstraße). Start an den bekannten Stellen. Dichtenberg und Umgegend. 1. und 6. Abt.: 5 Uhr; Jerpenschleuse (Reudener). Vereinstour zum Volksfest nach Hohen-Schönhausen. Start an den bekannten Stellen 1 1/2 Uhr. Sammelort 2 Uhr: Plattenstraße 74. Gäste willkommen!

Mitglieder-Versammlung.

1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Berichtserstattung von der General-Versammlung. 3. Verschiedenes. In zahlreichem Besuch ladet ein Die örtl. Verwaltung. 149/10

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftaus): Sitzung der Ortsverwaltung.

Dänischer Kapitän-Kautabak

in Rollen, Bündel und Enden. General-Vertrieb: Karl Röcker, Berlin O. 27. Grüner Weg 112 (Amt VII, 2861).

Oderbruch-Gänse a Pfd. 70 u. 75 Pf.

Kleins, Leber, Keulen, Liesen, Haut, Rumpfe von 2.75 an. Stückenfleisch a Pfund 65 Pf. Diese Woche besonders preiswert: Ia Bratgänse 4.25, 4.50 bis 5 M. Max Schönwald Luckauer Str. 1, Barbarossapl. 2, Motzstr. 53, Flensburger Str. 19, F.-Amt 4. 514 u. 4597. F.-Amt 6. 10 632. G. 10 532. Noabit 1239.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Freitag, den 11. August 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei Borgmann, Andreasstraße 21: General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Der Parteitag in Jena. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Ströbel. 2. Anträge. 3. Aufstellung der Delegierten. 4. Die Brandenburger Konferenz und Anträge. 5. Aufstellung der Delegierten. 6. Vereinsangelegenheiten. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wahl der Delegierten zum Parteitag und zu der Brandenburger Konferenz

Am Sonntag, den 13. August, findet per Urabstimmung die Wahl der Delegierten zum Parteitag und zu der Brandenburger Konferenz in folgenden Lokalen statt: Gesche, Oranienstr. 188. Laaser, Lausitzer Straße 25. Schulz, Forster Straße 17. Freihöfer, Glogauer Straße 4. Grundmann, Paderstr. 29. Boeker, Webersstr. 17. Fellenberg, Caprivistr. 20. Groß, Liebigstr. 14. Einhorn, Wirsbacher Str. 48. Krause, Börsenstr. 8. Wählberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum Wahl d. 3. seine Beiträge entrichtet hat. Die Wahlzeit beginnt um 9 Uhr vormittags und endet um 1 Uhr nachmittags. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Paul Hoffmann, Königsberger Straße 28. Der Vorstand.

Dr. Silberstein

Berliner Str. 93. Von der Weite zurück: Dr. Max Jacobsohn, Blumenstr. 6.

Reell bei soliden Preisen und schöner, grosser Auswahl auch gegen Teilzahlungen. Kaufen Sie jede Art MOBEL am vorteilhaftesten bei Otto Piehl Brunnen-Str. 120 Brautleuten u. Beamten billige Extra-Preise. Wohnungseinrichtungen im Preise von 262.-, 352.-, 458.-, 530.- bis zu den elegantesten.

